

**Local Governance und kollektive Handlungsfähigkeit in  
der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit  
für eine Nachhaltige Entwicklung**  
*Am Beispiel des Projekts *Wir leben 2000 Watt**

**Masterarbeit**

eingereicht an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

am 12. April 2016

**von Johanna Ott**

Matrikelnummer: 12-067-997

Skagerrakstr. 9, D-79100 Freiburg im Breisgau

**Referent: Prof. Dr. Paul Burger**

Leiter Fachbereich für Nachhaltigkeitsforschung, Universität Basel

**Korreferent: Dr. Johannes Heeb**

Leiter Forschungsnetz Regionalentwicklung, regiosuisse

## **Vorwort**

Dieses Vorwort gilt den Menschen, welche mich in den letzten neun Monaten bei der Erstellung der vorliegenden Masterarbeit sowohl fachlich als auch emotional unterstützt haben.

Zuerst möchte ich meinem Referenten Prof. Dr. Paul Burger (Fachbereich für Nachhaltigkeitsforschung, Universität Basel) und meinem Korreferenten Dr. Johannes Heeb (Forschungsnetz Regionalentwicklung, regiosuisse) für die Betreuung und den Vorschlag des Themas im Bereich der *Governance for Sustainable Development* in der grenzüberschreitenden Bodenseeregion danken.

Des Weiteren möchte ich meinen Interviewpartner\*innen Urs Capaul, Carmen Günther, Lorenz Heublein, Wolfgang Himmel, Christiane Kaluza-Däschle, Gabor Mödlagl, Massimo Pedretti, Felix Pfäfflin, Martin Wichmann und Markus Zipf für Ihr freundliches Entgegenkommen und die offene und reflektierte Beantwortung meiner Fragen danken.

Auch danke ich herzlich Svea Flämig, Karolin Gerold, Christoph Helfrich und Veronika Ott für die Korrekturen und konstruktiv-kritischen Anmerkungen beim Lesen meiner Arbeit.

Mein ganz besonderer Dank gilt zudem meinen Eltern, meinen Schwestern und meinen Freund\*innen, welche mich mit liebevollen und motivierenden Worten und Gesten in Form von Postkarten, Paketen, ermunternden Kaffeepausen und vielem mehr unterstützt haben.

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	i
Abkürzungsverzeichnis.....	iv
Abbildungsverzeichnis.....	v
Tabellenverzeichnis .....	v
1. Einleitung .....	1
1.1. Zentrale Begriffe.....	1
1.2. Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen .....	3
1.3. Forschungsdesign .....	5
1.4. Aufbau .....	7
2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion .....	9
3. Theoretische Grundlagen.....	15
3.1. (Local) <i>Governance for Sustainable Development</i> .....	15
3.2. Relevante Forschungsansätze .....	17
3.2.1. Meta-Framework (Lange et al. 2013).....	17
3.2.2. Akteurzentrierter Institutionalismus (Mayntz / Scharpf 1995) .....	21
4. Methodisches Vorgehen .....	25
4.1. Qualitative Fallstudie und vergleichende Perspektive.....	25
4.2. Analyserahmen und -kategorien .....	27
4.3. Datenerhebung und -auswertung .....	30
4.3.1. Qualitative Experteninterviews .....	31
4.3.2. Qualitative Inhaltsanalyse .....	33
5. Untersuchungsgegenstand .....	36
5.1. Kontext und Entstehung des Projekts <i>Wir leben 2000 Watt</i> .....	36
5.1.1. Vorläuferprojekte <i>Lernende Verwaltung</i> und <i>Städte gestalten Zukunft</i> .....	37
5.1.2. Exkurs: Vision 2000-Watt-Gesellschaft.....	38

5.1.3. Regionalstudie 2000-Watt-Gesellschaft Bodensee .....	41
5.2. Ziele des Projekts <i>Wir leben 2000 Watt</i> .....	43
6. Ergebnisse .....	45
6.1. Kommunale Ebene .....	50
6.1.1. Präsentation .....	50
6.1.2. Interpretation .....	54
6.1.3. Fazit .....	57
6.2. Interkommunale Ebene .....	58
6.2.1. Präsentation .....	58
6.2.2. Fazit .....	64
7. Diskussion – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren .....	66
8. Fazit und Ausblick .....	70
9. Literatur- und Quellenverzeichnis .....	74
10. Anhang .....	82
A. Interviewsample .....	82
B. Interviewleitfaden .....	83
C. Vergleich Singen (D) – Feldkirch (A) – Schaffhausen (CH) .....	86

## Abkürzungsverzeichnis

Arbeitsgruppe <i>Luft-, Energie- und Klimaschutz</i>	Arbeitsgruppe LEK
Deutschland	D
Deutsch-Schweizerische Raumordnungskommission	DSRK
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich	ETH
Europäische Union	EU
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung	EFRE
Internationale Bodensee Konferenz	IBK
Internationaler Städtebund Bodensee	ISB
Interreg <i>Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein</i>	Interreg ABH
Most Dissimilar Case Design	MDCD
Österreich	A
Schweiz	CH

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Programmgebiet INTERREG IV ABH und Bodenseeregion.....	13
Abb. 2: Meta-Framework zur Konzeptualisierung von <i>Modes of Governance</i> .....	19
Abb. 3: Analytisches Modell des akteurzentrierten Institutionalismus .....	24
Abb. 4: Analyserahmen in Anlehnung an Lange et al. (2013), Mayntz und Scharpf (1995) sowie Geißel (2007) .....	28
Abb. 5: Absenkpfad der 2000-Watt-Gesellschaft für die Bodenseeregion.....	40
Abb.6: Zielwerte des Absenkpfads der 2000-Watt-Gesellschaft für die Bodenseeregion .....	40

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Theoriegeleitetes Kategoriensystem in Anlehnung an Lange et al. (2013) sowie Mayntz und Scharpf (1995) und Geißel (2007) für die qualitative Inhaltsanalyse.....	35
Tab. 2: Interviewsample.....	82
Tab. 3: Interviewleitfaden städtische Vertreter.....	85
Tab. 4: Vergleich Singen (D) - Schaffhausen (CH) - Feldkirch (A).....	93



# 1. Einleitung

Seit der Globalisierung sehen sich Nationalstaaten, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft immer stärker mit der zunehmenden Komplexität von Problemzusammenhängen und Entwicklungsprozessen konfrontiert (Schimank / Werle 2000, 9). Die Auswirkungen und veränderten Rahmenbedingungen spiegeln sich nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene wider und fordern neue Formen der öffentlichen Aufgabenerfüllung und Problembewältigung (Benz 2004, 13f). Konkret zeigt sich dies in der „Ausdehnung und Verdichtung von Interdependenzen zwischen Ereignissen, Handlungen und Strukturen“ (Schimank / Werle 2000, 9). Benz (2004, 14) sieht einen Rückgang der funktionalen, sektoralen und territorialen Trennung in politischen Prozessen. Kooperationen zwischen staatlichen Institutionen (Regierungen, Verwaltungen) und nicht-staatlichen Organisationen und Akteuren (Verbände, Unternehmen, Zivilgesellschaft, etc.) nehmen zu. In diesem Zusammenhang gewinnen Netzwerke als Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft immer mehr an Bedeutung.

## 1.1. Zentrale Begriffe

Die Forschung zu diesem Themenkomplex, welche sich mit den sich verändernden strukturellen Gegebenheiten und den vielfältigen Formen von Planungs- und Entscheidungsprozessen auseinandersetzt, wird unter dem Begriff Governance gefasst. Governance ist in der Literatur nicht eindeutig definiert. Der Begriff meint in einer sehr breit angelegten Definition „every mode of political steering involving public and private actors, including the traditional modes of government and different types of steering from hierarchical imposition to sheer information measures“ (Héritier 2002, 185). In einem engeren Sinne beinhaltet der Begriff ausschliesslich politische Steuerungsprozesse, in welchen nicht-hierarchische Mechanismen, wie beispielsweise Überzeugung oder Verhandlung, angewandt bzw. staatliche und nicht-staatliche Akteure in die Planung politischer Programme einbezogen werden (Héritier 2002, 185).

Etwa zeitgleich mit dem Governance-Konzept entwickelte sich in den 1980er Jahren der Diskurs um Nachhaltige Entwicklung. Das Aufkommen und Sichtbarwerden nicht mehr zu verdrängender Umweltprobleme sowie gravierender Unterschiede in der Ressourcenverteilung zwischen Nord und Süd führten zu der Frage, wie wir unsere Gesellschaft in Zukunft gestalten wollen und fand schliesslich über den Bericht Our Common Future (WCED 1987) Eingang in die internationale

Politik: „Sustainable Development meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs” (WCED 1987, 43). Diese Definition beinhaltet sowohl inter- als auch intragenerationale Gerechtigkeitsaspekte. Dementsprechend werden nicht nur bestehende Herausforderungen heutiger Gesellschaften, sondern auch Handlungsräume und -optionen kommender Generationen in den Blick genommen. Eine Befriedigung der Bedürfnisse (*needs*) zukünftiger Generationen ist dabei nur möglich, wenn die Funktions- und Handlungsfähigkeit einer Gesellschaft basierend auf sozialen, ökonomischen und (knappen) ökologischen Ressourcen geschaffen und erhalten wird (Burger 2007, 17).

Die Termini der Funktions- und Handlungsfähigkeit einer Gesellschaft schlagen hierbei die Brücke zum oben erläuterten Governance-Konzept. Denn Nachhaltige Entwicklung stellt einen fortwährenden Transformationsprozess dar, welcher geprägt ist durch die zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeiten sozialer und ökologischer Systeme (Kemp et al. 2005, 23). Dies erfordert die gleichzeitige Berücksichtigung aller drei Säulen der Nachhaltigkeit – Soziales, Wirtschaft und Umwelt – in politischen Entscheidungsprozessen:

„Previously these pillars have generally been regarded separately by *Policymakers*, and to approach sustainability through now integrating them requires innovative decisionmaking in the context of new governing arrangements. Sustainability is said to require a climate of ‘dialogue’, ‘partnership’ and ‘shared responsibility’, rather than centralized ‘command and control’ policies. Shared responsibility should involve stakeholder participation and partnership between *Policy* levels, institutions and actors. What is more, genuine sustainability must take the long term into account – it cannot be achieved within simple short-term political and economic cycles.” (Griffin 2010, 366)

Unter kollektiver Handlungsfähigkeit wird das funktionierende Zusammenwirken im Handeln von öffentlichen und privaten Akteuren verstanden, welches auf einem Mix an Koordinationsmechanismen basiert (Schimank / Werle 2000, 16). Sie befindet sich folglich immer „im Spannungsfeld von Gestaltungsabsicht und struktureller Dynamik” (Schimank / Werle 2000, 12). Um der gesellschaftlichen Komplexität gerecht zu werden, wird die gesellschaftliche Funktionsfähigkeit als Voraussetzung angesehen. Dies war keineswegs immer der Fall (Schimank / Werle 2000, 10). Auch mit Blick auf ein mangelndes Regierungshandeln, welches sich in „political inefficiencies, poor *Policy* implementation, democratic and accountability deficiencies and, of course, growing environmental problems” (Griffin 2010, 365) äussert, wird die Relevanz einer *Governance for Sustainable Development* deutlich.

Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf der lokalen Ebene. Diese zeichnet sich insbesondere durch den Begriff der Nähe aus. Holtkamp (2007, 367) sieht diese einerseits räumlich gegeben,

durch die geringste Distanz zwischen den Bürgern<sup>1</sup> und ihren Repräsentanten im Vergleich zu anderen politischen Ebenen und andererseits sozial und emotional in Bezug auf Problemstellungen und Identifikationsbereitschaft. Letzteres trifft sowohl auf lokale Bürger als auch auf kommunale Entscheidungsträger zu. Auch ist der „direkte Einbezug vieler Bürger in politische Willensbildungs- und Planungsprozesse [...] fast nur auf der kommunalen Ebene möglich“ (Holtkamp 2007, 367). Diese Eigenschaften machen die lokale Ebene zu einem interessanten Untersuchungsgegenstand für Governance-Strukturen und -Prozesse.

Dieser noch relativ junge Forschungsstrang (Schwalb / Walk 2007, 9) wird unter dem Begriff der Local Governance gefasst, dessen Definition sich über ein weites Kontinuum erstreckt:

„Bezogen auf Local Governance, kann man nun unterscheiden zwischen Governance im Sinne einer zunehmenden Pluralität von kommunalen Institutionen und politischen Steuerungsmodi (Andrew / Goldsmith 1998) und Local Governance als einer Entwicklung, die ausschließlich zu einer größeren Bedeutung der Koordinierung durch Politiknetzwerke führt, bis hin zu der Extremposition von Local Governance als »autonomous, self-organising network« (Davies 2002: 301).“ (Holtkamp 2007, 369)

Gleichzeitig erfährt die Governance-Forschung durch die lokale Perspektive eine Erweiterung: zum einen durch den Einbezug neuer Akteure und deren Interaktionsformen, zum anderen durch neue territoriale – städtische, kommunale, regionale – Handlungskontexte (Schwalb / Walk 2007, 8f).

## **1.2. Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen**

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, Erkenntnisse bezüglich der Planung und Implementierung von Projekten für eine Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene zu erhalten. Dies geschieht unter der Berücksichtigung 1) der lokalspezifischen institutionellen Rahmenbedingungen, 2) der Interaktionen der beteiligten Akteure sowie 3) der Wechselwirkungen zwischen den vorherigen Komponenten.

Der der Analyse zugrunde gelegte theoretische Ansatz ist der akteurzentrierte Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995), welcher von der Annahme ausgeht, „daß politische Entscheidungen als das Resultat von Interaktionen zwischen individuellen, kollektiven und korporativen Akteuren anzusehen sind, die von dem jeweiligen institutionellen Kontext, in dem sie stattfinden, beeinflußt werden.“ (Scharpf 2000, 41).

---

<sup>1</sup> Im gesamten Text wird aus Gründen der Vereinfachung ausschliesslich die grammatikalisch maskuline Form verwendet. Personen weiblichen wie männlichen Geschlechts sind darin gleichermassen eingeschlossen.

Um dem Anspruch der *Governance for Sustainable Development* gerecht zu werden, muss der Untersuchungsgegenstand nach Lange et al. (2013) zwei Kriterien erfüllen:

„(i) its content has to be consistent with the goals coming from the pursuit of SD [= Sustainable Development], that is, reflecting the functional and normative prerequisites of SD; and (ii) some form of transformative collective action must be induced (like changes in infrastructure management or consumer behaviour), as only then does governance have an actual influence on sustainability in practice.” (Lange et al. 2013, 420)

Der Forschungsgegenstand dieser Arbeit ist das Projekt *Wir leben 2000 Watt*, welches in den Jahren 2012 bis 2014 im Rahmen des Förderprogramms Interreg IV *Alpenrhein – Bodensee – Hochrhein* (ABH) durchgeführt wurde. Dabei handelt es sich um ein Städtenetzwerk in der Bodenseeregion, bestehend aus zehn Kommunen aus den drei Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Kommunen verfolgen durch die Umsetzung diverser Massnahmen die Absicht, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft bis 2050 zu erreichen (2000-Watt-Städte 2013a). Das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft ist auf Wissenschaftler der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) zurückzuführen (Novatlantis 2015). Vorgesehen ist nach Novatlantis<sup>2</sup> (2015) eine langfristige Senkung des weltweiten Energiebedarfs auf 2000 Watt pro Person. Momentan liegt der Durchschnitt in den Industrienationen bei etwa 6000 Watt pro Person, in afrikanischen und asiatischen Ländern bei einem Bruchteil davon. Angestrebt wird folglich ein Ausgleich zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern, um allen Menschen einen guten Lebensstandard zu ermöglichen. Dies wird insbesondere durch die folgenden Schwerpunkte realisiert: 1) Material- und Energieeffizienz, 2) Substitution fossiler durch erneuerbare Energieträger sowie die Senkung der CO<sub>2</sub>-Intensität und 3) neue Lebens- und Unternehmensformen, welche sich unter dem Schlagwort Suffizienz fassen lassen (Novatlantis 2015). Letztere steht im Zentrum des Projekts *Wir leben 2000 Watt* und wird von Linz (2004) folgendermassen definiert:

„In der Öko-Suffizienz geht es um Schritte, Massnahmen, Instrumente und Strategien, mit denen Ressourcen eingespart werden können, und zwar dadurch, dass Menschen ihr Verhalten verändern mit der Absicht, Energie und Rohstoffe anders zu nutzen und von ihnen weniger zu verbrauchen als bisher.” (Linz 2004, 10)

Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* ist auf Basis zweier Vorläuferprojekte, namentlich *Lernende Verwaltung* (Interreg III ABH, Laufzeit: 2005-2008) und *Städte gestalten Zukunft* (Interreg IV

---

<sup>2</sup> „novatlantis – Nachhaltigkeit im ETH-Bereich – ist die Nahtstelle zwischen der Forschung (ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa und Eawag) auf der einen Seite sowie Industrie, Gesellschaft und öffentlicher Hand auf der anderen Seite. Ziel ist es, unter Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aspekte der Nachhaltigkeit, einen Beitrag zu einer dauerhaft zukunftsfähigen Entwicklung unserer Gesellschaft zu leisten. Entsprechend sorgt novatlantis dafür, dass die Nachhaltigkeitsziele und -ergebnisse des ETH-Bereichs in Forschung, Lehre und Betrieb umfassend sichtbar und fassbar werden.” (Novatlantis 2015)

ABH, Laufzeit: 2008-2011) entstanden. Auch ist eine Fortführung findet statt, bisher jedoch ohne eine finanzielle Förderung von aussen.

Interreg ABH ist ein Förderprogramm der Europäischen Union (EU), welches die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region vorantreiben möchte. Auch Nicht-EU-Staaten können sich an dem Regionalprogramm beteiligen. Die Finanzierung setzt sich aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Schweizer Fördermitteln sowie öffentlichen und privaten Geldern zusammen (Interreg ABH). Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* wurde über die Förderungsschwerpunkte *Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Innovation* sowie *Förderung von Netzwerken und Kooperationen* realisiert (Interreg ABH).

Das Projekt erfüllt somit durch die Verfolgung der energie- und gesellschaftspolitischen Vision der 2000-Watt-Gesellschaft sowohl den von Lange et al. (2013, 420) geforderten inhaltlichen Bezug zum Themenkomplex der Nachhaltigen Entwicklung (Energieeffizienz, Energiesubstitution, Suffizienz) als auch das Kriterium des kollektiven Handelns mit transformativen Absichten (grenzüberschreitendes Städtenetzwerk, Änderung von Konsum- und Verhaltensmustern).

Die vorliegende Arbeit befasst sich auf Basis des erläuterten Kontextes mit den folgenden Fragestellungen:

- 1) Welches sind die zentralen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Kommunen in den Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz als Voraussetzung für die Planung und Umsetzung des Projekts *Wir leben 2000 Watt*?
- 2) Welche Interaktionsformen und Wechselwirkungen zwischen der strukturellen und der akteurzentrierten Ebene sind in der Planung und Umsetzung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* festzustellen?
- 3) Welches sind – auf Basis der vorhergehenden Analysen – die zentralen Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf kommunaler und interkommunaler Ebene in der Bodenseeregion?

### **1.3. Forschungsdesign**

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein mehrstufiges Forschungsdesign entwickelt. In einem ersten Schritt erfolgt eine vergleichende Analyse der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen ausgewählter Kommunen aus den drei Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz, welche an dem grenzüberschreitenden Interreg IV-Projekt *Wir leben 2000 Watt* beteiligt waren. In einem zweiten Schritt werden die Interaktionen der Akteure (Öffentlicher Sektor, Zivilgesellschaft, Wirtschaft) und deren Wechselwirkungen mit den aus der komparativen Perspektive er-

mittelten lokalspezifischen Kontexten analysiert. Abschliessend werden zentrale Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion auf kommunaler und interkommunaler Ebene identifiziert.

Als methodische Strategie innerhalb der Fallstudie *Wir leben 2000 Watt* wurde der Vergleich herangezogen. Die Auswahl der Kommunen erfolgte nach der Konkordanzmethode, das heisst alle weisen als abhängige Variable das gleiche zu erklärende Phänomen auf (Lauth / Winkler 2010, 56). Bezogen auf die untersuchten Kommunen ist die abhängige Variable der Output des Projekts *Wir leben 2000 Watt*, das heisst die Ziele, auf welche sich die Akteure einigten, und die Massnahmen, welche zu deren Erreichung durchgeführt wurden (Lange et al 2014, 420). Die unabhängigen Variablen wurden in Anlehnung an Kategorien des Meta-Frameworks nach Lange et al. (2013) und des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995; Scharpf 2000) sowie Geißel (2007) entwickelt.

Das zugrunde gelegte Material besteht zum einen aus öffentlichen Dokumenten bezüglich des Projekts *Wir leben 2000 Watt* sowie der Vorläuferprojekte *Lernende Verwaltung* und *Städte gestalten Zukunft* (Schlussberichte, Pressemitteilungen, Website, Broschüre, etc.), zum anderen aus den Websites der beteiligten Kommunen. Ausserdem wurden eine Regionalstudie zur 2000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion (Schmausser et al. 2011), entstanden im Vorläuferprojekt *Städte gestalten Zukunft*, eine Studie zu Regional Governance in der Bodenseeregion (Zäch / Pütz 2014) und eine SWOT<sup>3</sup>-Analyse zum Interreg V ABH Programmgebiet (Scherer / Zumbusch 2013) hinzugezogen. Des Weiteren wurden qualitative Experteninterviews mit sieben kommunalen Repräsentanten des Projekts *Wir leben 2000 Watt* sowie mit je einem Vertreter des beauftragten Dienstleisters für die Koordination des Projekts und der beauftragten Kommunikationsagentur zur Erstellung der Kampagne durchgeführt.

Die vorliegende Arbeit leistet somit einen Beitrag zum besseren Verständnis von Prozessen der *Governance for Sustainable Development*, welche ein Forschungsthema der Sozialwissenschaften darstellen (Meadowcroft et al. 2005, 5). Durch die Analyse von Projekten oder Programmen, welche die wechselseitigen Abhängigkeiten sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Problem- und Fragestellungen anerkennen und eine Nachhaltige Entwicklung anstreben, werden Erkenntnisse bezüglich der Wechselwirkungen zwischen den strukturellen und prozeduralen Aspekten gewonnen. Dies lässt Rückschlüsse auf kausale Zusammenhänge sowie relevante Faktoren kollektiver Handlungsfähigkeit auf lokaler Ebene zu. Durch den lokalspezifischen Kontext der Fall-

---

<sup>3</sup> Das Akronym SWOT steht für *Strengths, Weaknesses, Opportunities* und *Threats*.

studie ist die Aussagekraft der Ergebnisse beschränkt und lässt sich fast nur auf die untersuchten Fälle anwenden (Landman 2000, 25). Doch hat die bisherige Forschung zum Thema *Governance for Sustainable Development* nach Wang et al. (2012, 842) auf der lokalen Ebene vor allem Antworten auf die Fragen, *was ist* und *warum* Nachhaltigkeit gegeben und weniger auf die Frage, welche Bedingungen und Prozesse für eine gelingende Realisierung von Projekten für eine Nachhaltige Entwicklung zentral sind, also die Frage nach dem *wie*. Auch Robichau (2011, 125) stellt eine Forschungslücke in dem Bereich fest, wie Governance-Prozesse global und lokal umgesetzt und organisiert werden.

## **1.4. Aufbau**

Die vorliegende Arbeit ist in acht Kapitel gegliedert. Im Kapitel *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit* (Kap. 2) erfolgt zur Kontextualisierung des Untersuchungsgegenstandes und zur Verdeutlichung der Relevanz der Forschungsthematik ein Überblick über grenzüberschreitende Kooperationen und Institutionen in der Bodenseeregion.

Im Kapitel *Theoretische Grundlagen* (Kap. 3) werden die zentralen Begriffe (Local) Governance, *Governance for Sustainable Development* und kollektive Handlungsfähigkeit definiert (Kap. 3.1) und die für die vorliegende Arbeit forschungsrelevanten Ansätze des Meta-Frameworks nach Lange et al. (2013) und des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995) erläutert (Kap. 3.2).

Im Kapitel *Methodisches Vorgehen* (Kap. 4) werden die Fallauswahl und der Vergleich als methodische Strategie zur Beantwortung der Forschungsfragen aufgezeigt (Kap. 4.1). Der angewandte Analyserahmen – eine Kombination der Ansätze von Lange et al. (2013) und Mayntz und Scharpf (1995) – wird operationalisiert und mit den Analyseschritten dieser Arbeit verknüpft (Kap. 4.2). Zudem werden die Mittel der Datenerhebung und -analyse dargelegt (Kap. 4.3).

Im Kapitel *Untersuchungsgegenstand* (Kap. 5) erfolgt die Vorstellung des Projekts *Wir leben 2000 Watt*. Darin inbegriffen sind dessen Entstehungsgeschichte und Einbettung in die energie- und gesellschaftspolitische Vision der 2000-Watt-Gesellschaft (Kap. 5.1) sowie dessen im Rahmen der Förderung Interreg IV ABH definierte Ziele (Kap. 5.2).

Im Kapitel *Ergebnisse* (Kap. 6) werden die Resultate der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2002) sowie Gläser und Laudel (2006) präsentiert. Zunächst werden die Analyseergebnisse der kommunalen Ebene (Kap. 6.1) und anschliessend der interkommunalen Ebene (Kap. 6.2) aufgezeigt.

Im Kapitel *Diskussion – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren* (Kap. 7) werden die im vorhergehenden Kapitel präsentierten Resultate diskutiert und auf diese Weise Schlüsselfaktoren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf der kommunalen und interkommunalen Ebene in der Bodenseeregion identifiziert.

Im Kapitel *Fazit und Ausblick* (Kap. 8) erfolgen eine zusammenfassende Rückschau auf die vorliegende Arbeit sowie Vorschläge für weiterführende Analysen.

## 2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion

Der Bodensee umfasst eine Oberfläche von 539 km<sup>2</sup> und ist damit einer der grössten Seen Europas. Er bildet das Zentrum der sogenannten Bodenseeregion, welche sich über 14 Regionen in den vier Nationalstaaten Deutschland, Liechtenstein, Österreich und Schweiz erstreckt (Scherer / Zumbusch 2011, 107). Somit gehört die Bodenseeregion zu den Grenzregionen, welche sich üblicherweise mit gewissen Schwierigkeiten konfrontiert sehen: einerseits durch ihre periphere Lage und die trennende Wirkung der nationalstaatlichen Grenzen, andererseits durch Wettbewerbsverzerrungen aufgrund divergierender staatlicher Preis-, Steuer- und Lohnniveaus und durch mangelhafte grenzüberschreitende Koordination staatlicher Aufgaben in Bereichen der Raumplanung, des Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitswesens (Zäch / Pütz 2014, 30). Doch laut Zäch / Pütz (2014) stellt die Bodenseeregion in gewissen Aspekten eine Ausnahme dar:

„Die Bodenseeregion ist insofern eine typische Grenzregion, als sie über kein (einzelnes) wirtschaftlich starkes Zentrum verfügt und fernab der nationalen Hauptstädte liegt. Sie ist allerdings auch eine untypische Grenzregion weil sie nur teilweise durch ländlich-periphere Strukturen gekennzeichnet ist, wirtschaftlich sehr gut entwickelt und in Rankings von Regionen häufig in der Spitzengruppe zu finden ist.“ (Zäch / Pütz 2014, 34)

Die Region zeichnet sich nach Scherer / Zumbusch (2011, 107) zum einen durch Unterschiede aus. Dies betrifft die politischen Ebenen, auf welchen sich die beteiligten Gebietskörperschaften befinden. In Deutschland zählen nur Teile der Länder Baden-Württemberg und Bayern, sog. Landkreise (kommunale Ebene) zur Bodenseeregion. In Österreich und der Schweiz sind ganze Länder (Vorarlberg) und Kantone (Appenzell, Auser- und Innerrhoden, St. Gallen, Thurgau, Zürich) integriert. Und Liechtenstein ist als souveräner Nationalstaat involviert. Betrachtet man die wirtschaftlichen Bedingungen, so ist ebenso eine hohe Heterogenität festzustellen. Es bestehen wenige Kooperationen und Abhängigkeiten zwischen Unternehmen, auch die sektorale Orientierung geht weit auseinander. Einzig der Tourismus ist allen Teilregionen gemein.

Zum anderen gibt es nach Scherer / Zumbusch (2011, 107) aber auch Gemeinsamkeiten, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion erleichtern. Diese sind eine geteilte Sprache, ähnliche kulturelle Kontexte und eine einheitliche Landschaft. Insbesondere spielen die kollektive Nutzung des Bodensees und des Rheins eine wichtige Rolle.

Diese beiden geteilten natürlichen Ressourcen waren auch Gegenstand der ersten, bereits Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen, grenzüberschreitenden Kooperationen (Röber 2012, 319). Sie

befassten sich mit Themen des Schiffsverkehrs und des Fischereiwesens. Ein weiterer Bereich war der Eisenbahnverkehr und damit die Überwindung von Hindernissen in der grenzüberschreitenden Infrastruktur (Röber 2012, 319). Später arbeiteten mit Aufkommen des Tourismus am Bodensee auch Verbände und Vereine aller Art international zusammen (Blatter / Scherer 2006, 282). Einen Einschnitt in der Geschichte der Kooperationsbeziehungen des Bodensees stellen die beiden Weltkriege dar (Moosbrugger 2007, 27). Ab den 1950er Jahren rückten Themen des Umwelt- und Gewässerschutzes in den Fokus. Der vermehrte Schadstoffeintrag in den Bodensee, welcher als gemeinsame Trinkwasserquelle genutzt wurde, zwang zu strategischem, kollektivem Handeln (Röber 2012, 320). Auch das Thema der Raumplanung gewann durch die anhaltende Zersiedelung, Uferbebauung und Verkehrsbelastung als Folge des Tourismus und des Wirtschaftswachstums an Aufmerksamkeit (Röber 2012, 320) und führte schliesslich Anfang der 1970er Jahre zur Gründung der Deutsch-Schweizerischen Raumordnungskommission (DSRK) und der Deutsch-Österreichischen Raumordnungskommission (DÖRK) (Röber 2012, 323). Beide hatten den Anspruch, als Expertengremien den Informationsaustausch zu fördern und Empfehlungen und Stellungnahmen für die Politik zu erarbeiten (Röber 2012, 323). Eine weitere, 1972 gegründete und bis heute die grenzüberschreitende Zusammenarbeit prägende Einrichtung war die Bodensee Konferenz, welche 1979 in Internationale Bodensee Konferenz (IBK) umbenannt wurde. Diese entstand mit dem Ziel „durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinsame Fragen der Mitgliedsländer im Bodenseeraum zu behandeln und die Zusammengehörigkeit im Bodenseeraum zu stärken“ (Schoch 1997, 52, in: Moosbrugger 2007, 30). Gegründet als Top-Down-Initiative diente die IBK vor allem als Diskussionsforum für Vertreter der Kantons- und Länderebene. Lokalpolitische Akteure wurden bewusst nicht beteiligt (Röber 2012, 324). Die IBK erhob zwar den Anspruch einer politischen Institution, verfügte jedoch lange Zeit weder über die nötigen institutionellen Strukturen noch über eine klare politische Agenda und Ziele (Röber 2012, 324). Aufgrund der geschilderten Defizite und der damit einhergehenden Passivität der IBK gewann die DSRK zunehmend an Bedeutung und veröffentlichte im Jahr 1982 das erste *Internationale Leitbild für das Bodenseegebiet* (Blatter / Scherer 2006, 284). Dieses erste Leitbild war sehr stark raumplanerisch geprägt. Es diente insbesondere dazu, die „Interessen des Bodenseeraumes gegenüber den politischen Zentren und die ökologischen Werte des Naturraumes gegenüber massiv gestiegenen Nutzungsansprüchen zu verteidigen.“ (Blatter / Scherer 2006, 286). In den 1990er Jahren folgte ein Boom der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dies war nicht nur in der Bodenseeregion, sondern allgemein in Europa der Fall. Zurückzuführen ist diese

Entwicklung einerseits auf die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und den dadurch verstärkten Wettbewerb der Regionen, andererseits auf die Einführung des Förderprogramms Interreg durch die Europäische Kommission (Blatter / Scherer 2006, 286). In der Bodenseeregion wurde im Jahr 1991 als Folge der Unzufriedenheit mit der Arbeit der IBK eine zusätzliche Institution gegründet, welche sich – zusammengesetzt aus regionalen Vertretern der Politik, der Verwaltung, der öffentlichen als auch der privaten Wirtschaft – als Interessensvertretung und eine Art Parlament der Bodenseeregion verstand (Röber 2012, 327). Der sogenannte Bodenseerat „wollte nicht bloßes Koordinationsforum bestehender und künftiger Kooperationen sein, sondern aktiv auf die Entwicklung des Bodenseeraumes zu einer europäischen Region, einer »Euregio«, hinarbeiten“ (Moosbrugger 2007, 33). Der Bodenseerat wurde von der IBK und den Kantons- und Landesregierungen positiv aufgenommen. Doch auch in diesem Gremium waren keine Kommunen und keine zivilgesellschaftlichen Akteure integriert (Röber 2012, 327).

Die IBK sah sich durch den Bodenseerat konkurrenziert und reagierte mit verstärktem Engagement und der Umsetzung längst fälliger struktureller Massnahmen. Im Jahr 1990 verabschiedete sie schriftlich niedergelegte Statuten, 1994 richtete sie ein Regionalbüro als Informations-, Beratungs- und Kontaktstelle in Konstanz ein und erarbeitete ausserdem ein neues Leitbild für die Bodenseeregion (Moosbrugger 2007, 33; Röber 2012, 328). Das neue Leitbild betonte das Ziel der Herausbildung eines regionalen Bodenseebewusstseins in der Bevölkerung und erweiterte somit den bisherigen Fokus auf Politik und Verwaltung. Auch thematisch stand nicht mehr der Schutz des Bodensee zur Steuerung der räumlichen Entwicklung im Vordergrund, sondern die Förderung regionaler Entwicklungspotentiale und –ziele durch die Integration politisch-administrativer und zivilgesellschaftlicher Akteure sowie die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Blatter / Scherer 2006, 287).

Ende der 1990er Jahre erfuhr die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einen erneuten Aufschwung sowie eine Ausdehnung der beteiligten Akteure. Dies lässt sich einerseits durch die Initiierung der *Bodensee Agenda 21* mit dem Ziel der Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Region durch die IBK im Jahr 1998 begründen. Die *Bodensee Agenda 21* war mit hohen Finanzmitteln durch öffentliche Gelder ausgestattet (Röber 2012, 288f). Andererseits stellte auch die EU über das Programm Interreg III ABH hohe finanzielle Mittel für den Aufbau grenzüberschreitender Netzwerke zur Verfügung (Blatter / Scherer 2006, 288). Die Bedeutung und das Ansehen der IBK wuchsen im Laufe der Jahre stärker an. Kritisch wird jedoch bis heute die Nichtbeteiligung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure angesehen. Dies führte im Jahr 2009

zur Entstehung der Initiative des Internationalen Städtebundes Bodensee (ISB) (Röber 2012, 330), in welchem sich die grösseren Kommunen in der Bodenseeregion auf eine politische Agenda sowie die Umsetzung entsprechender Projekte einigten.

Im Jahr 2008 erneuerte die IBK ihr Leitbild für die Bodenseeregion. Im Zentrum stehen die Ideen einer gemeinsamen Verantwortung für eine Nachhaltige Entwicklung in der Region sowie einer konstruktiven Zusammenarbeit. Hierfür wurden mehrere Themenfelder und Massnahmen erarbeitet (IBK 2008).

Die IBK erhielt, und hat diese auch bis heute inne, zudem eine wichtige Rolle bei der Durchführung, Beratung und Organisation von Projekten im Rahmen des Interreg-Programmes (Röber 2012, 330). Da der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, das Projekt *Wir leben 2000 Watt*, im Rahmen des Interreg ABH-Programmes durchgeführt wurde, wird dieses im Folgenden näher erläutert.

Interreg ist ein Programm der EU, welches seit dem Jahr 1990 das Ziel einer integrativen, grenzüberschreitenden Regionalentwicklung verfolgt (Zäch / Pütz 2014, 29). Zwar sind die Schweiz und Liechtenstein keine Mitgliedsstaaten der EU, jedoch ist Liechtenstein Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und die Schweiz über bilaterale Abkommen eng mit der EU verknüpft (Scherer / Zumbusch 2013, 3). Die Finanzierung des Förderprogrammes erfolgt zum einen über Gelder aus dem Fonds EFRE (Interreg IV ABH: 24Mio. Euro), zum anderen seitens der Schweiz aus Bundes- und Kantonsmitteln (Interreg IV ABH: 7,5Mio. Euro) (Zäch / Pütz 2014, 36). Der Fonds EFRE verfolgt das Ziel *Europäische Territoriale Zusammenarbeit* (ETZ) und meint die Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den Regionen sowie die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der EU (Interreg ABH). Die Schweizer Mittel werden einerseits durch die Neue Regionalpolitik (NRP) akquiriert, andererseits richteten die am Interreg ABH-Programm beteiligten Kantone einen Fonds ein, um auch fernab des Schwerpunkts der NRP, sprich wirtschaftlicher Entwicklung, Projekte fördern zu können (Zäch / Pütz 2014, 36). Das Interreg ABH Programmgebiet erstreckt sich im Bodenseeraum über Teile der Länder Baden-Württemberg (D) und Bayern (D), das Land Vorarlberg (A) sowie die Schweizer Kantone Aargau, Appenzell, Ausser- und Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich sowie das Fürstentum Liechtenstein (Scherer / Zumbusch 2013, 6) und umfasst somit ein grösseres Gebiet als die von der IBK definierte Bodenseeregion (Abb. 1).



**Abb. 1:** Programmgebiet INTERREG IV ABH und Bodenseeregion (Quelle: Zäch / Pütz 2014, 30).

Das Programm Interreg ABH hat sicherlich zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion beigetragen. Die IBK ist beratendes Mitglied im Begleitausschuss des Programmes. Der Begleitausschluss übernimmt die strategische Steuerung und Kontrolle des Programms. Ein zweites Gremium, der Lenkungsausschuss, genehmigt die Projekte. Beide Ausschüsse setzen sich aus regionalen Vertretern der beteiligten Gebietskörperschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren (Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Gleichstellungsbeauftragte, etc.) zusammen (Zäch / Pütz 2014, 36). Auch wird die Geschäftsstelle der IBK durch Interreg finanziell unterstützt, was deren Stellung als zentrale grenzüberschreitende Einrichtung der Bodenseeregion stärkt (Zäch / Pütz 2014, 37).

Eine Kritik, die seit den 1970er Jahren mit dem Aufkommen der IBK besteht, ist die mangelnde Kooperation regionaler Akteure mit der kommunalen Ebene (Zäch / Pütz 2014, 38). Auch Röber (2012) attestiert der Bodenseeregion folgendes Defizit bezüglich der grenzüberschreitenden Kooperationen:

„Unabhängig von der großen Bandbreite an Themen und einer langen regionalen Kooperationserfahrung, ist die politisch- und administrative grenzüberschreitende Kooperation in der Bodenseeregion durch einen hohen Grad der Fragmentierung, die Dominanz kleiner, relativ exklusiver Expertengremien sowie das Fehlen starker, lokal verankerter Kooperationsstrukturen bzw. -gremien gekennzeichnet.“ (Röber 2012, 311f)

Mit über 300 Kooperationen und einer Vielzahl an beteiligten Akteuren und Organisationsformen entsteht zunächst der Eindruck eines sehr dichten Kooperationsnetzwerkes (Röber 2012, 313). Blickt man auf die Entwicklungstrends in anderen Grenzregionen mit ähnlicher Kooperationstradition, so ist einerseits die Entstehung ebenenübergreifender, formal institutionalisierter Netzwerke und andererseits die tragende Rolle lokalpolitischer und administrativer Akteure in der Etablierung und Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit festzustellen (Röber 2012, 314). In der Bodenseeregion hingegen sind Entwicklungen in diese Richtung bisher nicht erkennbar (Röber 2012, 314). Dies ist angesichts der positiven Voraussetzungen in der Bodenseeregion erstaunlich (Röber 2012, 312). Auch zeigt die Erfahrung, dass insbesondere auf der lokalen Ebene Fortschritte erzielt werden können, indem praktische Lösungsansätze angeboten und realisiert werden (Gabbe 2006, 385).

Aufgrund der geschilderten Defizite in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, sprich dem Mangel an Kooperationen mit und auf der lokalen Ebene, stellt insbesondere die Untersuchung von Projekten mit lokalen Akteuren und der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und der Bevölkerung einen interessanten Untersuchungsgegenstand dar.

Bisherige Analysen im Bodenseeraum befassen sich vor allem mit der regionalen Ebene, beispielsweise mit historischen Entwicklungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie strategischen Ausrichtungen und Entwicklungstendenzen (vgl. Blatter / Scherer 2006, Köhler 2007, Moosbrugger 2007, Scherer / Walser 2009, Scherer / Zumbusch 2011, Röber 2012). Andere Studien werfen den Blick auf bestimmte grenzüberschreitende, regionale Einrichtungen, wie beispielsweise das Programm Interreg ABH oder die Bodensee Agenda 21 (vgl. Walser 2006, Scherer / Zumbusch 2013, Zäch / Pütz 2014).

Nicht durchgeführt wurden bisher Studien auf der lokalen Ebene, was die Analyse konkreter grenzüberschreitender Projekte, welche von der Frage geleitet werden, wie bestimmte Prozesse, eingebettet in lokalspezifische Kontextbedingungen, zu einem bestimmten Output führen, meint. Der Fokus liegt folglich auf der Umsetzung und der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen und dem Handeln der beteiligten Akteure. Dies kann zur Offenlegung von Hindernissen und Chancen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene beitragen, welche eine zentrale Rolle bei der Realisierung des Ziels einer Nachhaltigen Entwicklung in der Bodenseeregion einnimmt.

### 3. Theoretische Grundlagen

Das Interesse dieser Arbeit gilt der Planung und Implementierung von Projekten für eine Nachhaltige Entwicklung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Der Untersuchungsgegenstand sieht sich daher zum einen mit Fragen der (Local) *Governance for Sustainable Development* und der kollektiven Handlungsfähigkeit konfrontiert. Zum anderen stellt sich die Frage nach der analytischen Fassbarkeit des komplexen Zusammenspiels der strukturellen Voraussetzungen und der zwischen den Akteuren ablaufenden Prozesse. Diesen theoretischen Herausforderungen widmet sich das folgende Kapitel.

#### 3.1. (Local) *Governance for Sustainable Development*

Ganz allgemein kann in Zusammenhang mit dem Begriff Governance die Abkehr von einer rein staatszentrierten Sichtweise, ergo die Hinwendung zu einer umfassenderen Perspektive auf soziale Prozesse, festgehalten werden (Mürle 1998, 5). Doch eine klare Definition ist bis heute nicht gegeben. Im Gegenteil: Bevir zeigt im Jahr 2009 50 verschiedenen Verständnisse des Begriffs auf (Bevir (2009), in: Robichau 2011, 114). Meadowcroft et al. (2005, 5) beschreiben Governance als „the complex ways in which order and orientation are maintained in contemporary socio-political systems“. Darin inbegriffen sehen sie sowohl traditionelle Aktivitäten der Regierungen als auch weitere Prozesse, die soziale Interaktionen regeln und dies beides auf der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebene (Meadowcroft et al. 2005, 5). Die Unterschiede zwischen den traditionellen und den neueren Erscheinungsformen gesellschaftspolitischer Prozesse verdeutlicht Gray (2005) in der Gegenüberstellung von Government und Governance:

„Government’s »connotations of a legally based, centralised, sovereign state authority, formally elected and possessing constitutional powers’ are thus distinguished from governance, with its ‘more informally based, decentralised, shared, collective and inclusive decision-making structures«” (Gray 2005, 2, in: Griffin 2010, 365)

Letzteres beinhaltet auch und vor allem den Einbezug neuer Akteure und somit das Zusammenspiel staatlicher und nicht-staatlicher Akteure (Schwalb / Walk 2007, 9).

*Governance for Sustainable Development* verknüpft die regulativen Mechanismen und die Beteiligung neuer Akteure mit dem Ziel, eine Nachhaltige Entwicklung anzutreiben (Meadowcroft et al. 2005, 5). Beide Elemente sind dabei als dynamische Prozesse zu begreifen, in welchen sich kontinuierlich (strukturelle) Anpassungen und Neujustierungen abspielen (Meadowcroft et al. 2005, 5). Das in dieser Arbeit verwendete Verständnis von Governance lehnt sich an breitere

Definitionen an: „process of – more or less institutionalized – interaction between public and / or private entities ultimately aiming at the realization of collective goals” (Lange et al. 2013, 406). Dieses schliesst sowohl die regulativen Aspekte als auch die normative Ausrichtung, in diesem Fall auf eine Nachhaltige Entwicklung, mit ein.

Somit rückt die kollektive Problembewältigung, nicht die kollektive Problemverdrängung in den Fokus der Forschung (Schimank / Werle 2000, 9). Dabei sehen sich Akteure auf den verschiedenen politischen Ebenen und in der Zivilgesellschaft immer stärker damit konfrontiert, ihr Handeln zu reflektieren und transparent zu gestalten:

„Heterogenes und Fernes erweist sich immer häufiger als kausal miteinander verknüpft; und einmal ins Bewußtsein getreten, müssen solche Interdependenzen fortan im Handeln berücksichtigt werden – und sei es nur, daß man zu begründen hat, warum man es sich erlaubt, über bestimmte Neben- oder Fernwirkungen des eigenen Tuns gleichgültig hinwegzugehen.” (Werle, Schimank 2000, 9)

Anders ausgedrückt geht es darum, Handlungsoptionen zu erarbeiten, welche dem lokalen Kontext entsprechen und gleichzeitig in Bezug zu globalen Problemstellungen stehen (Kemp 2005, 15).

Voraussetzung hierfür ist die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der Gesellschaft. Diese ist nicht auf die hierarchische Steuerung durch staatliche Akteure beschränkt (Schimank / Werle 2000, 12), sondern basiert auf dem funktionierenden Zusammenspiel und der Koordination des Handelns vielfältiger Akteure mit unterschiedlichen Interessen und aus unterschiedlichen Kontexten (Schimank / Werle 2000, 14-16).

Diese Annahme war in den Wissenschaften laut Schimank / Werle (2000, 10f) nicht immer selbstverständlich: Hayek (1969) betonte den Markt, sprich die Konkurrenz zwischen ausschliesslich auf den Eigennutz bedachten gesellschaftlichen Akteuren, als Mechanismus, welcher Lösungen für gesellschaftliche Probleme bietet. Kollektive Handlungsfähigkeit und politische Steuerung würden dem komplexen Aufbau der Gesellschaft nicht gerecht werden und gesellschaftliche Probleme überhaupt erst schaffen oder intensivieren. Luhmann (1984) sah die Evolution als Schlüsselweg für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme, also das nicht intendierte Wirken gesellschaftlicher Prozesse. Intentionen, insbesondere kollektiv koordinierte Intentionen, und daraus folgende Handlungen wären zum Scheitern verurteilt.

Im wissenschaftlichen Diskurs um Nachhaltige Entwicklung wurden diese Annahmen revidiert. Kollektive Handlungsfähigkeit wird dort sogar als Bedingung für eine langfristig tragfähige Gesellschaft vor dem Hintergrund beschränkter Ressourcen gesetzt (Burger 2007, 17).

Governance-Mechanismen und Prozesse der kollektiven Handlungsfähigkeit sind insbesondere auf der lokalen Ebene ein relevanter Untersuchungsgegenstand. Denn dort ist die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure durch die geringe Distanz zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung naheliegend (Geißel 2007, 23). Auch treffen auf der lokalen Ebene durch das Subsidiaritätsprinzip<sup>4</sup> die unterschiedlichen rechtlichen Weisungen der internationalen, nationalen und regionalen Instanzen (Kantons- und Länderebene) zusammen (Gabbe 2006, 389). Die lokale Ebene kann folglich als Experimentierfeld für neue Kooperationsformen dienen (Bogumil 2001, in: Geißel 2007, 23).

### 3.2. Relevante Forschungsansätze

Der in dieser Arbeit angewandte Analyserahmen setzt sich aus zwei theoretischen Konzepten zusammen. Zum einen handelt es sich um den von Lange et al. (2013) beschriebenen Meta-Framework zur Konzeptualisierung von *Governance for Sustainable Development*. Wichtig ist hierbei die Berücksichtigung aller Elemente der politikwissenschaftlichen Triade *Polity*, *Politics* und *Policy* sowie deren Interdependenzen (Lange et al. 2013, 410). Zum anderen basiert der Analyserahmen auf dem Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995; Scharpf 2000). Dieser sieht sowohl eine Analyse der Struktur- als auch der Prozessebene vor. Aufgrund der Offenheit des Meta-Frameworks von Lange et al. (2013) gegenüber verschiedenen theoretischen Ansätzen (Lange et al. 2013, 409) ist eine Kombination der beiden Konzepte zulässig und mit Blick auf das Forschungsdesign und das Forschungsinteresse an (Mikro-) Prozessen sowohl auf der kommunalen als auch auf der interkommunalen Ebene notwendig.

#### 3.2.1. Meta-Framework (Lange et al. 2013)

Der folgende Analyserahmen, entwickelt von Lange et al. (2013), dient der Strukturierung der Komplexität der *Governance for Sustainable Development* und eignet sich zur Analyse der Kontextbedingungen des Projekts *Wir leben 2000 Watt*, welches eine Nachhaltige Entwicklung anstrebt und als ein *Mode of Governance for Sustainable Development* definiert werden kann (vgl. Kap. 1.2).

---

<sup>4</sup> Subsidiarität ist ein „gesellschaftspolitisches Prinzip, das nach den Kriterien der Erforderlichkeit und der besseren Erfüllung den kleineren Einheiten (Individuum, Familie, Gemeinde, Region, Teilstaat) Handlungspriorität vor den nächsthöheren gibt. Die übergeordnete Gemeinschaft soll nur tätig werden und ist dann aber auch zur Hilfe verpflichtet, wenn die untergeordnete Ebene der sozialen oder politischen Unterstützung bedarf.“ (Nohlen / Grotz 2011, 613f)

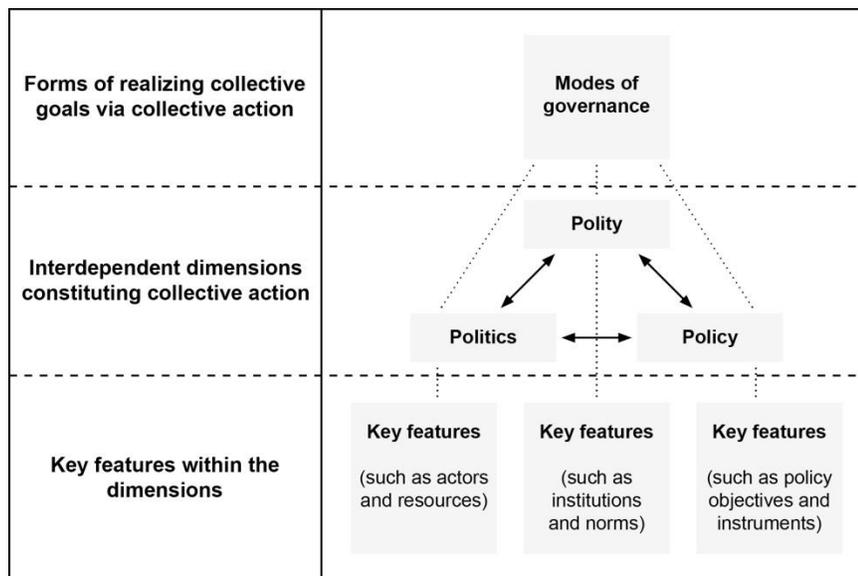
Das dieser Arbeit zugrunde gelegte Verständnis von Governance beruft sich auf die Ausführungen von Lange et al. (2013, 406) und meint einen mehr oder weniger institutionalisierten Interaktionsprozess, welcher staatliche und / oder nicht-staatliche Akteure einbezieht und die Realisierung kollektiv definierter Ziele anstrebt. Kurz gefasst geht es um die Umsetzung kollektiver Ziele mittels kollektiven Handelns (Lange et al. 2013, 407). Demzufolge stellen *Modes of Governance* die unterschiedlichen Erscheinungsformen dar, wie kollektive Ziele mittels kollektiven Handelns realisiert werden können (Lange et al. 2013, 407). Die Setzung Nachhaltiger Entwicklung als politisches Ziel zieht folgende Implikationen mit sich und erfordert einen umfassenden Ansatz, um die Komplexität der damit einhergehenden gesellschaftlichen Prozesse erschliessen zu können:

„First, there is a need to steer a process of deep social transformation requiring action across a variety of temporal, spatial and structural scales. Second, the steering logic exhibits a multi-dimensional character due to uncertain and ambivalent objectives (that might also change over time), the need for a longterm perspective, and consideration of multiple levels, sectors and steering instruments.” (Lange et al. 2013, 406)

Veränderungen in der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse werden nicht als ein einfacher Shift von Government zu Governance, also von einer staatszentrierten zu einer gesellschaftszentrierten Perspektive, begriffen. Sie werden als ein Umgestaltungsprozess verstanden, der mehrere Dimensionen umfasst – neue Akteure, veränderte Rahmenbedingungen und Funktionsweisen der Politik, neue politische Instrumente – und einen vielschichtigen gesellschaftlichen Wandel mit sich zieht:

„Examples of changes are shifts in the locus of governance such as novel actors and increasing levels of *Policy*-making, as well as shifts in the focus of governance like changing institutional rules and new *Policy* instruments. These changes have also had an influence on other aspects of governing such as power relations between actors, decision-making structures, the way *Policy* is made, how problems are defined and which solutions are considered legitimate” (Lange et al. 2013, 408)

Um dieser Vielschichtigkeit gerecht zu werden, ist es notwendig, einen Analyserahmen zu entwerfen, welcher den Anspruch erhebt, all diese Facetten miteinzubeziehen. Lange et al. (2013, 410) erfüllen dies anhand der gleichzeitigen Berücksichtigung aller drei in den Politikwissenschaften etablierten Dimensionen von *Polity*, *Politics* und *Policy* sowie deren Interdependenzen (Abb. 2).



**Abb. 2:** Meta-Framework zur Konzeptualisierung von *Modes of Governance* (Quelle: Lange et al. 2013, 412; verändert).

Die Dimension *Politics* fokussiert auf Prozesse und umfasst die an der Initiierung und Koordination des *Mode of Governance* beteiligten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure sowie deren Beziehungen zueinander. Wichtige Aspekte sind zudem der Einsatz und die Abhängigkeit von zur Verfügung stehenden Ressourcen (Lange et al. 2013, 410).

Die Dimension *Polity* beinhaltet den strukturell gegebenen Rahmen, innerhalb dessen der *Mode of Governance* stattfindet. Darin inbegriffen sind die institutionellen, normativen und prozeduralen Voraussetzungen, welche das Handeln der Akteure prägen (Lange et al. 2013, 410). „Accordingly, the institutional embedding of governance is usually characterized as a system of formal and informal ‘rules of the game’ shaping the patterns of interaction among involved actors” (Lange et al. 2013, 411).

Die Dimension *Policy* bezieht sich auf Politikinhalt, sprich auf die Ziele und Formen politischer Steuerung. Sie umschließt sowohl die Definition von Problemstellungen als auch das Erarbeiten von Strategien und die Umsetzung konkreter Massnahmen zur Zielerreichung (Lange et al. 2013, 411).

Das Wechselspiel der Dimensionen *Polity* und *Politics* (Lange et al. 2013, 409) lässt sich als politisches Spielfeld bezeichnen. Beispielsweise bestimmt der institutionelle Rahmen, welche Akteure und politischen Ebenen an einem Governance-Prozess teilhaben sowie deren Kompetenzverteilungen. Gleichzeitig können Transformationen im Akteurshandeln die institutionellen Regeln beeinflussen.

Das Wechselspiel der Dimensionen *Polity* und *Policy* (Lange et al. 2013, 409) steckt den institutionellen Rahmen für die Formulierung und Implementation von Politikinhalten ab. *Polity* legt die Regeln und Verfahren fest, mittels derer die *Policy* realisiert wird. Veränderungen in der Dimension *Policy* können jedoch auch zur Überarbeitung der institutionellen Prozesse führen.

Das Wechselspiel der Dimensionen *Politics* und *Policy* (Lange et al. 2013, 409) definiert beispielsweise die Handlungsräume staatlicher und nicht-staatlicher Akteure bei der Umsetzung konkreter Massnahmen. Doch können auch Mängel im Realisierungsprozess zur Evaluation der Dimension *Politics* führen.

Der Meta-Framework von Lange et al. 2013 versucht, ein umfassendes Raster zur Analyse von Governance-Prozessen für eine Nachhaltige Entwicklung zu bieten. Dabei bleibt er jedoch offen für verschiedenen theoretische Ansätze (Lange et al. 2013). Im Unterschied zu anderen Analyse-rahmen für *Modes of Governance* orientieren sich Lange et al. (2013) nicht an Idealtypen zur Strukturierung der komplexen Vielfalt an *Modes of Governance* (Arnouts et al. 2012; Hysing 2009; Driessen et al. 2012)<sup>5</sup>. Sie ermöglichen es stattdessen durch die Verwendung des etablierten und umfangreichen, gleichzeitig jedoch verständlichen Dreiklangs von *Polity*, *Politics* und *Policy*, eine komplexere Realität abzubilden (Lange et al. 2013, 417). Abgesehen von Driessen et al. (2012) berücksichtigen neuere Analyserahmen für *Modes of Governance* meist nur zwei der drei politischen Dimensionen und vernachlässigen somit jeweils eine wichtige Komponente im Wechselspiel politischer Prozesse (Arnouts et al. (2012): *Policy*; Hysing (2009): *Polity*) (Lange et al. 2013, 417). Durch die umfassende und flexible Konzeptualisierung des Meta-Frameworks von Lange et al. (2013) bleibt dieser offen für neue oder hybride Formen von *Modes of Governance* (Lange et al. 2013, 417).

Auch in dieser Arbeit wird die Darstellung eines *complex real world mode* (Lange et al. 2013, 417) angestrebt. Die Beachtung struktureller und prozessualer Aspekte erlaubt es, das komplexe Zusammenspiel der Dimensionen *Polity*, *Politics* und *Policy* in der lokalen Umsetzung eines Projekts der Nachhaltigen Entwicklung zu greifen und auf diese Weise wichtige Einblicke in Mikroprozesse und relevante Faktoren kommunaler Politik zu erhalten.

---

<sup>5</sup> Eine Darstellung und Diskussion der Analyserahmen für *Modes of Governance* von Arnouts et al. (2012), Hysing (2009) und Driessen et al. (2012) im Vergleich zum Meta-Framework von Lange et al. 2013 finden sich in Lange et al. (2013, 211-218).

### **3.2.2. Akteurzentrierter Institutionalismus (Mayntz / Scharpf 1995)**

Im Rahmen dieser Arbeit wird eine Doppelperspektive angestrebt. Dies meint die Betrachtung sowohl der Struktur- als auch der Prozessebene in Bezug auf das Projekt *Wir leben 2000 Watt*. Durch den Meta-Framework nach Lange et al. (2013) erfolgt eine ausführliche Analyse der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen des Untersuchungsgegenstandes. Mittels des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995) wird der Blick stärker auf die beteiligten Akteure und deren Interaktionen gerichtet.

Scharpf (2000, 74) argumentiert, dass Politik „per definitionem intentionales Handeln von Akteuren [ist], die ein großes Interesse daran haben, bestimmte Ergebnisse zu erzielen“. Somit ergeben sich produktive Anknüpfungen des theoretischen Ansatzes des akteurzentrierten Institutionalismus (Mayntz / Scharpf 1995) mit dem Meta-Framework von Lange et al. (2013). Auch hier wird intentionales Handeln in den Fokus gerückt, indem Governance als das kollektive Handeln von Akteuren zur Realisierung kollektiv vereinbarter Ziele definiert wird (Lange et al. 2013, 407). Die Ergänzung des Meta-Frameworks (Lange et al. 2013) durch den akteurzentrierten Institutionalismus (Mayntz / Scharpf 1995) ermöglicht eine gezieltere Analyse der beteiligten Akteure sowie deren Handlungsorientierungen und kollektives Interagieren auf interkommunaler Ebene.

Der akteurzentrierte Institutionalismus (Mayntz / Scharpf 1995) stellt nicht den Anspruch, eine eigenständige inhaltsbezogene Theorie, sprich ein Erklärungsmodell, zu sein. Vielmehr stellt er eine „Forschungsheuristik, [welche] die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte der Wirklichkeit lenkt“ (Mayntz / Scharpf 1995, 39) dar. Dabei verknüpft er handlungstheoretische mit institutionalistischen bzw. strukturalistischen Elementen. Scharpf (2000, 74) sieht den Mehrwert dessen in „eine[r] größere[n] Übereinstimmung zwischen den theoretischen Perspektiven und der beobachtbaren Realität politischer Interaktionen, die von den Strategien zweckgerichteter Akteure bestimmt sind, welche in institutionellen Kontexten handeln, die diese Strategien zugleich ermöglichen und beschränken“. Dies impliziert, dass die institutionellen Rahmenbedingungen das Handeln der Akteure nicht determinieren, sondern einen stimulierenden oder restringierenden Handlungskontext bilden (Mayntz / Scharpf 1995, 43). Das Konzept des institutionellen Kontexts wird dabei als „Sammelbegriff zur Beschreibung der wichtigsten Einflüsse auf jene Faktoren, die unsere Erklärungen eigentlich bestimmen – nämlich Akteure mit ihren Handlungsorientierungen und Fähigkeiten, Akteurkonstellationen und Interaktionsformen“ (Scharpf 2000, 78) verwendet.

Von besonderem Interesse sind im akteurzentrierten Institutionalismus korporative Akteure, das meint formale Organisationen, welche sich aus individuellen Akteuren zusammensetzen (Schimank 2007, 171). Als wichtige Voraussetzungen für deren Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit werden „die Fähigkeit zur kollektiven Willensbildung und zur effektiven Steuerung des Handelns der eigenen Mitglieder [angesehen]; hiervon hängt es ab, ob Handlungen der Organisation (statt einzelnen ihrer Mitglieder) zugeschrieben werden können“ (Mayntz / Scharpf 1995, 50).

Die (individuellen und korporativen) Akteure zeichnen sich zum einen durch bestimmte Fähigkeiten, sprich Handlungsressourcen (persönliche Merkmale, materielle Ressourcen, institutionell zugewiesene Kompetenzen und Rechte), zum anderen durch motivationale, kognitive und relationale Handlungsorientierungen aus (Scharpf 2000, 86).

Die motivationalen Handlungsorientierungen können als Antriebsfaktoren für sinnhaftes Handeln bezeichnet werden und setzen sich zusammen aus Interessen, Normen und Identitäten (Mayntz / Scharpf 1995, 54). Interessen werden meist ausreichend durch die Berücksichtigung sogenannter Standardinteressen wie Autonomiesicherung, Domänenabgrenzung, Wachstum oder Erwartungssicherheit gefasst (Schimank 2007, 172). Normen sind dem institutionellen Kontext zuzuordnen und beinhalten den Organisationszweck (zu erfüllende Aufgaben) sowie die zulässigen Mittel und Wege (zur Aufgabenerfüllung) (Mayntz / Scharpf 1995, 56). Unter Identität fallen individuelle lebensgeschichtliche Ereignisse oder sozialisationsbedingte Eigenschaften sowie eine gewachsene Organisationskultur oder *corporate identities* (Mayntz / Scharpf 1995, 57).

Unter den kognitiven Handlungsorientierungen wird das „je situativ relevante Tatsachen- und Kausalwissen der Akteure – einschließlich ihrer Wahrnehmungen, Deutungen und Erwartungen des Handelns der Gegenüber“ (Schimank 2007, 172) verstanden.

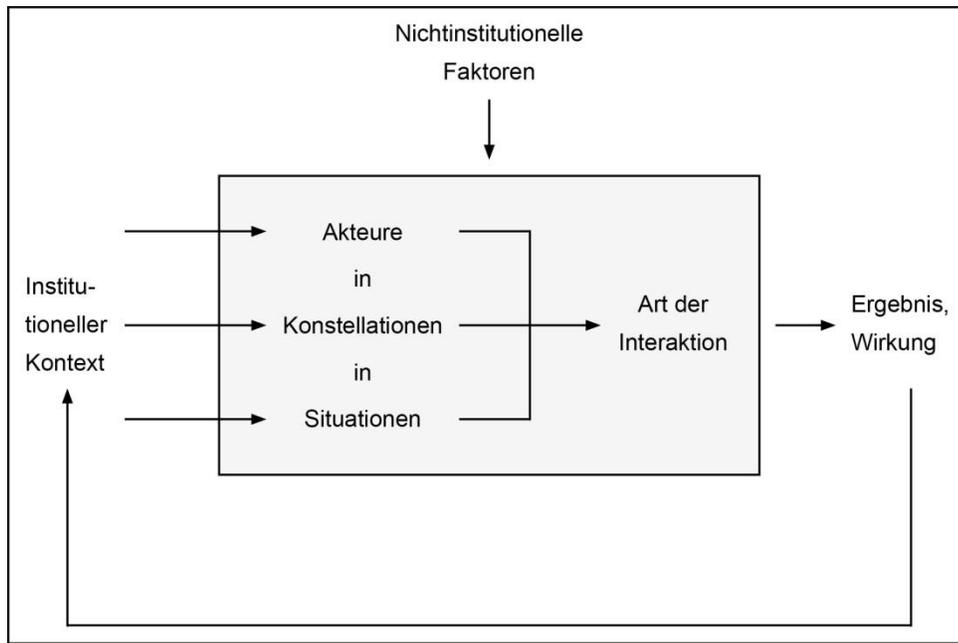
Die relationalen Orientierungen, auch Interaktionsorientierungen, spiegeln die grundlegende Stimmung zwischen den Akteuren wider. Diese kann kooperativ, eigennutzmaximierend, kompetitiv oder feindselig ausgerichtet sein und ist in manchen Kontexten institutionell bestimmt, sprich normativ erwartet (Mayntz / Scharpf 1995, 57).

Des Weiteren wird das Handeln der individuellen und korporativen Akteure durch vielfältige situative Umweltfaktoren geprägt, welche den Beteiligten potentiell sowohl Handlungschancen bieten als auch die Konfrontation mit Schwierigkeiten oder Problemen mit sich ziehen (Mayntz / Scharpf 1995, 58).

Mit den geschilderten Elementen haben Mayntz und Scharpf (1995) ein umfangreiches Handlungskonzept geschaffen, in welchem institutionelle Regelungen nur einen Teilaspekt der motivationalen Orientierungen darstellen (Schimank 2007, 172). Dies ist im Rahmen dieser Arbeit von Interesse, da durch die Aufnahme der Analyse kollektiver und individueller Handlungsorientierungen und Prozessabläufe umfassende Erkenntnisse bezüglich der Funktionsweise grenzüberschreitender Zusammenarbeit gewonnen werden können. Es wird ein tiefergehender Einblick in die politischen Prozesse auf der Mikroebene ermöglicht als es anhand der groben Kategorien *Polity*, *Politics* und *Policy* – wie im Meta-Framework von Lange et al. (2013) vorgesehen – möglich ist.

Prozesse werden von Mayntz und Scharpf (1995) als die Konstellationen und Interaktionen zwischen den unterschiedlichen beteiligten Akteuren umschrieben (Scharpf 2000, 87 + 90). Hier hebt der akteurzentrierte Institutionalismus vier verschiedene idealtypische Formen der Handlungskoordination, sprich *Modes of Governance*, hervor: Die einseitige (ohne Kenntnis der Interdependenz der Handlungen) oder wechselseitige (mit Kenntnis der Interdependenz der Handlungen) Anpassung, die Verhandlung (zeitlich begrenzte bilaterale Vereinbarungen oder längerfristig angelegte Netzwerke), die Abstimmung und die hierarchische Entscheidung (Mayntz / Scharpf 1995, 61). Diese lassen sich auf einem Kontinuum von minimaler bis maximaler kollektiver Handlungsfähigkeit anordnen: „In hierarchisch strukturierten Organisationen können alle Arten von Interaktionsformen realisiert werden, wohingegen ein selbstorganisiertes Netzwerk weder die Ausübung hierarchischer Autorität noch Mehrheitsentscheidungen ermöglichen kann“ (Scharpf 2000, 92).

Den Ausführungen von Lange et al. (2013) folgend wird im Rahmen dieser Arbeit auf eine Strukturierung entlang idealtypischer Darstellungen von *Modes of Governance* verzichtet und der Fokus auf reale Erscheinungsformen, geprägt durch vielfältige Faktoren und Interaktionsformen, gelegt. Die Beleuchtung der idealtypischen *Modes of Governance* dient in der vorliegenden Arbeit lediglich zur Sensibilisierung für unterschiedliche Grade der kollektiven Handlungsfähigkeit. Die folgende Abbildung (Abb. 4) stellt den komplexen Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus in seiner Essenz dar. Im Mittelpunkt stehen Strukturen und Prozesse der Handlungskoordination zwischen Akteuren. Dabei bilden die Akteure und ihre Konstellationen, der sie rahmende institutionelle Kontext, die motivationalen, kognitiven und relationalen Handlungsorientierungen sowie die sich daraus ergebenden Optionen und Einschränkungen des kollektiven Handelns die zentralen analytischen Kategorien (Schimank / Werle 2000, 13).



**Abb. 3:** Analytisches Modell des akteurzentrierten Institutionalismus (Quelle: Mayntz / Scharpf 1995, 45; verändert).

Die Kombination der geschilderten Forschungsansätze (Lange et al. 2013; Mayntz / Scharpf 1995) zur Operationalisierung des Untersuchungsgegenstands, sprich die konkrete Anwendung auf das Projekt *Wir leben 2000 Watt* und die Verknüpfung mit dem methodischen Vorgehen, erfolgt im Kapitel 4.2 dieser Arbeit.

## 4. Methodisches Vorgehen

Der Gegenstand dieser Arbeit ist eine qualitative Fallstudie, in welcher das Projekt *Wir leben 2000 Watt*, ein Städtenetzwerk, untersucht wird. Das grenzüberschreitende Städtenetzwerk setzt sich aus zehn Kommunen in der Bodenseeregion zusammen.

Das methodische Vorgehen der vorliegenden Arbeit ist in mehrere Schritte gegliedert. Zunächst erfolgt zur Analyse der politisch-institutionellen Kontexte auf der kommunalen Ebene die vergleichende Betrachtung ausgewählter Kommunen des Projekts *Wir leben 2000 Watt* mittels des Meta-Frameworks nach Lange et al. (2013). Aufbauend auf den daraus hervorgehenden Erkenntnissen bezüglich der Strukturebene liegt der Fokus in einem zweiten Schritt auf den Prozessen der interkommunalen Zusammenarbeit. Dies meint das Akteurshandeln zur Erreichung der kollektiv definierten Ziele im Kontext der 2000-Watt-Gesellschaft. Durch diese Doppelperspektive wird das Forschungsdesign dem Anspruch des akteurzentrierten Institutionalismus gerecht, denn laut Mayntz und Scharpf bleibt „[d]ie Analyse von Strukturen ohne Bezug auf Akteure [...] genauso defizitär wie die Analyse von Akteurshandeln ohne Bezug auf Strukturen“ (Mayntz / Scharpf 1995, 46). In einem letzten Schritt werden zentrale Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion identifiziert.

### 4.1. Qualitative Fallstudie und vergleichende Perspektive

In den Politikwissenschaften werden nach Jahn (2013, 233f) klassischerweise folgende Strategien zur Fallauswahl angewandt: Aarebrot / Bakka (2003, 67f) unterscheiden zwischen der Auswahl nach a) geographischen bzw. räumlichen Gesichtspunkten und b) analytischen Aspekten, das bedeutet nach zentralen Kriterien der Analyse. Des Weiteren gibt es positive und negative Auswahlkriterien. Die positive Auswahl erfolgt nach dem Einschlussverfahren anhand bestimmter Aspekte, sprich einzelner Merkmale. Um hierbei Willkür zu vermeiden und eine ausreichende Vergleichsbasis zu schaffen, müssen die spezifischen Ausprägungen entlang der Forschungsfrage dargelegt werden (George / Bennett 2005, 83f). Die negative Auswahl erfolgt nach dem Ausschlussverfahren: aus einer definierten, repräsentativen Grundgesamtheit werden Fälle aus forschungspragmatischen Gründen mittels grundlegender analytischer Kriterien entnommen. Es muss folglich begründet werden, „warum bestimmte Fälle der Grundgesamtheit *nicht* in die Untersuchung eingehen (Ausschlussverfahren)“ (Jahn 2013, 234).

Die Auswahl des vorliegenden Untersuchungsgegenstands erfolgte zum einen nach dem geographischen Aspekt der räumlichen Lage der Bodenseeregion, in welcher die vier Länder Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein aneinandergrenzen. Dadurch kann der Forschungsgegenstand dem Interesse an Prozessen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gerecht werden. Bei der Auswahl der Kommunen für die komparative Analyse wurde im Sinne der Forschungsabsicht das negative Kriterium (Ausschlussverfahren) der Beteiligung an einem grenzüberschreitenden Projekt mit Nachhaltigkeitsbezug auf kommunaler Ebene angewandt. Durch die Wahl nur eines Projekts wurde ein vergleichbarer Rahmen für die divergierenden Ausgangspositionen der Kommunen geschaffen. Mit der Wahl des Interreg IV ABH-Projekts *Wir leben 2000 Watt*, welches sowohl einen Nachhaltigkeits- als auch einen Governance-Bezug aufweist, wurde Liechtenstein aufgrund der Nicht-Beteiligung der Analyse entnommen. Von den insgesamt zehn angeschriebenen und am Projekt teilnehmenden Kommunen aus der Schweiz, Deutschland und Österreich stellten sich Vertreter von sieben Städten für ein Interview zur Verfügung. Diese Art der Datenerhebung war für die Aufnahme in die weiteren Analysen notwendig.

Nach Lauth / Winkler (2010, 40) dient der Vergleich in den Politikwissenschaften dem Ziel, politische Phänomene zu erklären und kausale Zusammenhänge zu identifizieren. Diese methodische Strategie wird in der vorliegenden Arbeit zur Identifikation von Faktoren und Prozessen, welche bei gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen zu einem erarbeiteten Output führen, genutzt. Hierfür werden in einem ersten Schritt drei am Projekt *Wir leben 2000 Watt* beteiligte Städte vergleichend analysiert. Das Forschungsinteresse liegt in Erkenntnissen zu Prozessen der Local Governance und der kollektiven Handlungsfähigkeit in der grenzüberschreitenden Bodenseeregion. Dieser lokalspezifische Kontext und die Beschränkung der vergleichenden Analyse auf nur drei Städte grenzt die Aussagekraft der Ergebnisse stärker ein (Landman 2000, 25).

Für die vergleichende Perspektive wurde je Land eine Kommune untersucht. Im Falle Österreichs war nur eine Kommune (Feldkirch) in das Projekt *Wir leben 2000 Watt* involviert, in Bezug auf die Schweiz und Deutschland wurden die Kommunen ausgewählt, welche nach der Erhebung und Sichtung der Daten den höchsten Informationsgehalt aufwiesen (D: Singen, CH: Schaffhausen). Insgesamt wurden in der komparativen Analyse exemplarisch drei Kommunen detailliert betrachtet. Die restlichen Kommunen wurden jedoch in die Analysen auf interkommunaler Ebene einbezogen.

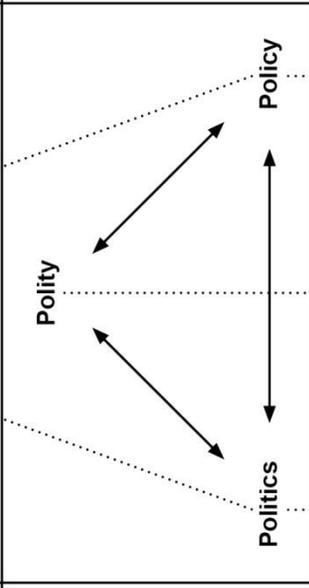
Grundsätzlich werden in komparativen Studien abhängige und unabhängige Variablen voneinander unterschieden. Nach Lauth / Winkler (2010, 42) benennt die abhängige Variable ein zu erklä-

rendes Phänomen. Die unabhängigen Variablen beinhalten hingegen mögliche Ursachen zur Erklärung eines Phänomens.

Das beschriebene Sample spiegelt die Wahl der Konkordanzmethode sowie des most dissimilar case designs (MDCD) wider. Bei der Konkordanzmethode variiert die abhängige Variable, sprich das zu erklärende Phänomen, nicht oder nur gering (Lauth / Winkler 2010, 56). Bezogen auf das Fallbeispiel ist die abhängige Variable der Output des Projekts *Wir leben 2000 Watt*, das heisst die gemeinsam formulierten Ziele und die umgesetzten Massnahmen (Lange et al. 2014, 420). Das MDCD sieht nach Lauth / Winkler (2010, 56f) eine grosse Verschiedenheit der Fälle bezüglich der unabhängigen Variablen vor, dies ermöglicht die Frage nach den Ursachen für ein gleiches Ergebnis bei divergierenden Voraussetzungen. Da die in dieser Arbeit gewählten Fälle drei Ländern entspringen und somit unterschiedliche politisch-institutionelle Rahmenbedingungen aufweisen, entspricht die durchgeführte Analyse dem MDCD. Die vergleichende Perspektive wird im ersten Schritt der Analyse auf kommunaler Ebene angewandt und dient der Beantwortung der ersten Forschungsfrage, aber in Teilen auch bereits der zweiten Forschungsfrage. In den späteren Analysen wird der Blick stärker auf die interkommunale Ebene gerichtet, was Antworten auf die zweite und die dritte Forschungsfrage liefert.

## **4.2. Analyserahmen und -kategorien**

Der in dieser Arbeit angewandte Analyserahmen basiert auf den theoretischen Grundlagen des Meta-Frameworks nach Lange et al. (2013) und des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995) (vgl. Kap. 3.2). Die folgende Abbildung (Abb. 4) zeigt die Verknüpfung der beiden Ansätze und deren methodische Operationalisierung im Rahmen dieser Arbeit auf. Die Strukturierung des umfassenden Ansatzes des akteurzentrierten Institutionalismus erfolgt in Anlehnung an Geißel (2007, 29), welcher in einem Überblick zum Zusammenhang von Local Governance und Zivilgesellschaft auf die Kategorien *Kontext*, *Prozesse*, *Akteure* und *Problemstruktur* fokussiert. Eine Übernahme dieser Kategorien ist aufgrund des ähnlichen Schwerpunkts dieser Arbeit (Local Governance und kollektive Handlungsfähigkeit) sinnvoll.

Forschungsdesign	Analysekategorien auf Basis des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995) in Orientierung an Geißel (2007)		Meta-Framework zur Konzeptualisierung von <i>Modes of Governance</i> nach Lange et al. (2013)														
<b>Output</b> Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i> <i>(abhängige Variable)</i>			<b>Mode of Governance</b>  		Formen der Realisierung kollektiver Ziele durch kollektives Handeln												
<b>Prozessebene</b> 2) Analyse des kollektiven Handelns (interkommunale Ebene) 3) Identifikation zentraler Faktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ( <i>unabhängige Variablen</i> )	<b>- Problemstruktur:</b> Kollektiv definierte Herausforderung, handlungsrelevante Umweltaspekte <b>- Akteure:</b> Kognitive und motivationale Handlungsorientierungen, Interaktionsorientierungen <b>- Prozesse:</b> Handlungskoordination in verschiedenen Phasen des Policy-Zyklus		<b>Polity</b> - institutioneller, - normativer und - prozeduraler Rahmen <b>Politics</b> - Akteure - Ressourcen <b>Policy</b> - Ziele und Strategien, - deren Umsetzung und Massnahmen		Wechselwirkungen zwischen Dimensionen, Konstitution kollektiven Handelns												
<b>Strukturebene</b> 1) vergleichende Analyse dreier Städte (kommunale Ebene) <i>(unabhängige Variablen)</i>	<b>- Kontexte:</b> Politisch-institutioneller Rahmen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene		<table border="1"> <tr> <td data-bbox="950 1039 1039 1228">- Akteure - Ressourcen</td> <td data-bbox="950 1228 1039 1417">- institutioneller, - normativer und - prozeduraler Rahmen</td> <td data-bbox="950 1417 1039 1627">- Ziele und Strategien, - deren Um- setzung und Massnahmen</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1039 1039 1112 1228">A</td> <td data-bbox="1039 1039 1112 1228">CH D</td> <td data-bbox="1039 1039 1112 1228">A</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1112 1039 1185 1228">CH</td> <td data-bbox="1112 1039 1185 1228">D</td> <td data-bbox="1112 1039 1185 1228">CH D</td> </tr> <tr> <td data-bbox="1185 1039 1258 1228">D</td> <td data-bbox="1185 1039 1258 1228">A</td> <td data-bbox="1185 1039 1258 1228">A CH D</td> </tr> </table>		- Akteure - Ressourcen	- institutioneller, - normativer und - prozeduraler Rahmen	- Ziele und Strategien, - deren Um- setzung und Massnahmen	A	CH D	A	CH	D	CH D	D	A	A CH D	Hauptmerkmale der Dimensionen
- Akteure - Ressourcen	- institutioneller, - normativer und - prozeduraler Rahmen	- Ziele und Strategien, - deren Um- setzung und Massnahmen															
A	CH D	A															
CH	D	CH D															
D	A	A CH D															

**Abb. 4:** Analyserahmen in Anlehnung an Lange et al. (2013), Mayntz und Scharpf (1995) sowie Geißel (2007) (Quelle: eigene Darstellung).

In einem ersten Schritt erfolgt die vergleichende Analyse der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen dreier am Projekt *Wir leben 2000 Watt* beteiligter Städte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (kommunale Ebene) (vgl. Abb. 4). Dies geschieht entlang der Dimensionen *Politics*, *Polity* und *Policy* und kann der Kategorie *Kontexte* von Geißel (2007) gleichgesetzt werden. *Polity* enthält die institutionellen, normativen und prozeduralen Gegebenheiten (Lange et al., 410). *Politics* meint die auf kommunaler Ebene an der Umsetzung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* beteiligten Akteure sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Lange et al. 2013, 410). *Policy* umfasst die Ziele und Formen der politischen Steuerung, definierte Problemstellungen sowie die Umsetzung von Strategien und Massnahmen zur Zielerreichung. Geißel (2007) betont zudem die Beachtung der internationalen, nationalen und lokalen Ebenen. Der erste Schritt entspricht der Analyse der Strukturebene des Projekts *Wir leben 2000 Watt*, das heisst dem institutionellen Rahmen, welcher nach Mayntz und Scharpf (1995) wie folgt definiert wird:

„Der institutionelle Rahmen [...] konstituiert Akteure und Akteurkonstellationen, strukturiert ihre Verfügung über Handlungsressourcen, beeinflusst ihre Handlungsorientierungen und prägt wichtige Aspekte der jeweiligen Handlungssituation, mit der der einzelne Akteur sich konfrontiert sieht.“ (Mayntz / Scharpf 1995, 49)

In einem zweiten Schritt wird das kollektive Handeln des Städtenetzwerks analysiert und somit verstärkt Prozesse in den Blick genommen (vgl. Abb. 4). Hierbei verschiebt sich der Fokus von der kommunalen auf die interkommunale Ebene. Im Zentrum steht die kollektive Handlungsfähigkeit der Akteure im Rahmen des Projekts *Wir leben 2000 Watt*. Das untersuchte Städtenetzwerk wird hierbei nach den theoretischen Grundlagen des akteurzentrierten Institutionalismus als korporativer Akteur verstanden: „Korporative Akteure sind [...] handlungsfähige, formal organisierte Personen-Mehrheiten, die über zentralisierte, also nicht mehr den Mitgliedern individuell zustehende Handlungsressourcen verfügen“ (Mayntz / Scharpf 1995, 49f). Korporative Akteure setzen sich aus individuellen Akteuren zusammen, welche zur Erklärung des strategischen Handelns beitragen (Mayntz / Scharpf 1995, 50). Diese wurden im ersten Schritt der Analyse berücksichtigt. Der zweite Schritt konzentriert sich auf das kollektive Handeln. Lange et al. (2013, 409) konzeptualisieren dieses anhand der Interdependenzen zwischen den Dimensionen *Polity*, *Politics* und *Policy*. Diese beeinflussen sich wechselseitig. Auch im akteurzentrierten Institutionalismus wird die Reziprozität der Struktur- und Prozessebene hervorgehoben (Mayntz / Scharpf 1995, 46). Für die Analyse dieser Wechselseitigkeit und der vielfältigen Interaktionsformen werden die Kategorien *Problemstruktur*, *Akteure* und *Prozesse* nach Geißel (2007) herangezogen.

Unter der Kategorie *Problemstruktur* wird die gemeinsam definierte Herausforderung, welcher sich das Projekt *Wir leben 2000 Watt* widmet, verstanden. Zudem beinhaltet sie die Betroffenheit der Akteure, die Komplexität des Problems sowie formulierte Lösungsansätze (Geißel 2007, 33). Mayntz und Scharpf (1995, 59) fassen dies unter dem Begriff der Handlungssituation und verstehen darunter alle unmittelbar handlungsrelevanten Merkmale. Das meint wahrgenommene Umweltaspekte, die die Akteure zum Handeln herausfordern entweder, weil sie sie mit einem Problem konfrontieren oder, weil sie ihnen besondere Chancen bieten (Mayntz / Scharpf 1995, 58).

Die Kategorie *Akteure* umfasst die beteiligten öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure sowie deren spezifische Interessen und Handlungsressourcen (Geißel 2007, 29). Dies beinhaltet die nach Mayntz und Scharpf (1995, 52-58) definierten kognitiven (Situationsdeutungen, Ziel-Mittel-Hypothesen) und motivationalen Handlungsorientierungen (Interessen, Normen, Identität) sowie die Interaktionsorientierungen (feindlich, kompetitiv, eigennutzorientiert, kooperativ). Diese betreffen jeweils die individuellen sowie die korporativen Akteure.

In der Kategorie *Prozesse* werden die verschiedenen Interaktionen entlang des *Policy-Zyklus* berücksichtigt, sprich das Agenda-Setting, die Entscheidungsfindung, die Umsetzung und die Evaluation des Projekts *Wir leben 2000 Watt* (Geißel 2007, 29).

Der dritte Schritt identifiziert auf Basis der vorhergehenden Analysen auf kommunaler und interkommunaler Ebene zentrale Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion (vgl. Abb. 4).

Alle drei Analysen erfolgen stets mit Blick auf den Output des Projekts *Wir leben 2000 Watt*, welcher die abhängige Variable darstellt. Dieser beinhaltet die definierten Ziele des Städtetzwerks sowie die tatsächlich umgesetzten Massnahmen und – falls möglich – Rückschlüsse auf deren Wirkung. Die restlichen Kategorien – *Kontexte*, *Problemstruktur*, *Akteure* und *Prozesse* und deren Wechselwirkungen – gelten als unabhängige Variablen, welche zur Erklärung möglicher Ursachen für den gegebenen Output beitragen können (vgl. Abb. 4).

### **4.3. Datenerhebung und -auswertung**

Die Daten basieren einerseits auf einer umfassenden Recherche zum Interreg IV ABH Projekt *Wir leben 2000 Watt*. Für die Analyse wurden öffentliche Dokumente (Schlussberichte, Pressemitteilungen, Website, Broschüre, etc.) des Projekts selbst sowie der Vorläuferprojekte *Lernende Verwaltung* und *Städte gestalten Zukunft* hinzugezogen. Informationen lieferten auch diverse Studien, welche in der Bodenseeregion zu den Themen Governance und 2000-Watt-Gesellschaft

durchgeführt wurden. Hierzu zählen eine Regionalstudie im Rahmen des Projekts *Städte gestalten Zukunft* zum Umsetzungspotential der 2000-Watt-Vision in der Bodenseeregion (Schmausser et al. 2011), eine deskriptive Analyse zu Regional Governance im Bodenseeraum (Zäch / Pütz 2014) sowie eine SWOT-Analyse zum Interreg V ABH Programmgebiet (Scherer / Zumbusch 2013).

Des Weiteren, und hier liegt der Schwerpunkt der Datenerhebung, wurden qualitative Experteninterviews mit am Projekt *Wir leben 2000 Watt* beteiligten Akteuren durchgeführt.

#### **4.3.1. Qualitative Experteninterviews**

Qualitative Interviews charakterisieren sich nach Lamnek (2005) durch die folgenden Aspekte:

Das *Prinzip der Offenheit* legt fest, dass die Befragten ihre Antworten nicht einem bestimmten Schema anpassen müssen. Durch das Vermeiden geschlossener Fragen erhalten die Befragten die Möglichkeit, eigene Formulierungen und Kontextualisierungen zu gebrauchen und so Bedeutungszusammenhänge zu schaffen (Lamnek 2005, 345 + 348).

Zudem gilt es, in der Fragestellung eigene Wertungen und Prädeterminationen auszuschliessen. Dies lässt sich in der Offenheit für und in der Aufnahme von unerwarteten Aspekten in die Analyse ausdrücken (*Prinzip der Relevanzsysteme der Betroffenen*) (Lamnek 2005, 351).

Unterstützend wirkt hierbei das *Prinzip der Flexibilität*, indem der Interviewer die Gestaltung des Interviews zu einem Teil dem Befragten überlässt. Das bedeutet, dass der Interviewer sich – durch eine flexible Handhabung der Abfolge und Formulierung der Fragen – an die spezifischen Bedingungen der Interviewsituation und an die Bedürfnisse des Befragten anpasst (*Prinzip der Kommunikativität*) (Lamnek 2005, 348f).

Das *Prinzip der Reflexivität* erlaubt es, den Befragten zu bitten, bestimmte Aussagen genauer auszuführen oder zu werten und somit Deutungs- und Interpretationshilfen für den Interviewer zu stimulieren: „Paraphrasieren, Nachfragen, vorsichtiges Interpretieren der Äußerungen durch den Forscher bzw. Interviewer sind Hilfsmittel, um den zu Befragenden anzuregen, seine Äußerungen zu explizieren, zu präzisieren, zu reflektieren.“ (Lamnek 2005, 350).

Zur Datenerhebung wurden in dieser Arbeit qualitative leitfadengestützte Experteninterviews gewählt. Diese sind stärker strukturiert und theoriegeleitet als alternative explorative Interviewformen. „Leitfadeninterviews verfolgen [...] das Ziel, spezifische Informationen über ein zu untersuchendes Phänomen zu generieren, die anderweitig nicht zu erhalten wären“ (Kaiser 2014, 31). Unter Beachtung der oben formulierten Prinzipien wird die Rekonstruktion sozialer Prozesse

angestrebt (Gläser / Laudel 2006, 107). Bei der Operationalisierung des Leitfadens, welcher die Grundlage des Interviews bildet, „muss der Interviewer [...] sein Erkenntnisinteresse in den kulturellen Kontext des Gesprächspartners übersetzen.“ (Gläser / Laudel 2006, 108). Ausserdem soll der Leitfaden nach Hopf (1978) die folgenden vier Kriterien berücksichtigen (Gläser / Laudel 2006, 111f): 1) Der zu rekonstruierende Prozess wird aus möglichst verschiedenen Perspektiven behandelt, um die Befragten zu komplexen, interdependenten, von ihnen selbst gewählten Beschreibungen anzuregen. 2) Der Interviewleitfaden ist an den Erfahrungshintergrund der Befragten angepasst. 3) Der Befragte wird ermutigt, Situationen, deren Bedeutung und seine persönliche Involviertheit zu schildern. 4) Zur Deutung der Aussagen im Interview ist eine ausreichende Erfragung des persönlichen und sozialen Kontexts der Befragten notwendig.

Der nach dem SPSS-Prinzip<sup>6</sup> von Helfferich (2011, 182) erstellte Leitfaden für die städtischen Vertreter im Projekt *Wir leben 2000 Watt* orientiert sich an den formulierten Forschungsfragen und ist demnach in drei Teile gegliedert (vgl. Anhang B: Interviewleitfaden). Der erste Teil befasst sich mit den institutionellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Städte und den persönlichen Aufgaben sowie dem Arbeitskontext (Kompetenzen, Ressourcen) der Befragten. Der zweite Teil fokussiert auf die Planungs- und Entscheidungsprozesse im Projekt *Wir leben 2000 Watt* sowie involvierte Akteure und Interaktionen mit diesen. Dabei werden auch Motivationen, Interessen und mögliche Konflikte abgefragt. Der dritte Teil befasst sich mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es werden potentielle Hürden angesprochen sowie – aufgrund der positiven Resonanz auf das Projekt *Wir leben 2000 Watt* – Faktoren für den Erfolg eruiert.

Die Leitfäden für die Interviews mit den Vertretern des Koordinationsbüros und der Kommunikationsagentur sind ähnlich strukturiert, jedoch an deren Auftrag im Projektablauf angepasst. Demnach konzentrieren sie sich stärker auf den zweiten und dritten Teil des oben geschilderten Leitfadens und auf Prozessabläufe.

Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte nach der Strategie der Vollerhebung (Flick 2007, 157). Es wurden alle zehn am Projekt *Wir leben 2000 Watt* beteiligten Städte angeschrieben, ebenso das beauftragte Koordinationsbüro und die beauftragte Kommunikationsagentur. Abgesehen von einer Kommune meldeten sich alle recherchierten Ansprechpartner zurück. In zwei Fällen fand ein Stellenwechsel bzw. eine Pensionierung statt, wodurch keine geeigneten Interviewpartner mehr zur Verfügung standen. Insgesamt waren die angeschriebenen Personen sehr

---

<sup>6</sup> „Hinter dem Kürzel SPSS stehen die vier Schritte »Sammeln«, »Prüfen«, »Sortieren« und »Subsumieren.«“ (Helfferich 2011, 182)

entgegenkommend und vermittelten die entsprechenden Ansprechpersonen und deren Kontakte (Schneeballeffekt). Von den übrigen städtischen Vertretern erklärten sich alle zu einem Interview bereit, so auch die Vertreter des Koordinationsbüros und der Kommunikationsagentur (vgl. Anhang A: Interviewsample).

Die Interviews fanden in zwei Erhebungsphasen vom 10.02. bis zum 12.02.2016 (Vertreter der Städte Radolfzell, Konstanz, Winterthur und Feldkirch sowie der Vertreter der Kommunikationsagentur) sowie am 01.03.2016 (Vertreter der Städte Konstanz und Schaffhausen sowie der Vertreter des Koordinationsbüros) statt. Sie wurden *face-to-face* an den jeweiligen Arbeitsplätzen der Befragten durchgeführt, um eine möglichst vertraute Alltagssituation zu ermöglichen (Lamnek 2005, 388). Die Interviews dauerten im Durchschnitt etwa eine Stunde und wurden für die spätere Analyse – mit der schriftlichen Einwilligung der Befragten – auf Tonband aufgezeichnet. Die Transkription erfolgte mit Hilfe der Software MAXQDA<sup>7</sup> unter den folgenden Kriterien nach Gläser / Laudel (2006, 188): 1) Das Gesagte wird in Standardorthographie verschriftlicht, das heißt es werden keine umgangssprachlichen Redewendungen übernommen. 2) Aussersprachliche Handlungen wie Lachen, Räuspern und Husten oder besondere Betonungen einzelner Wörter werden nur in das Transkript aufgenommen, wenn sie die Bedeutung einer Aussage verändern. 3) Unterbrechungen des Gesprächs werden notiert. 4) Nicht verstandene Passagen werden im Transkript gekennzeichnet.

#### **4.3.2. Qualitative Inhaltsanalyse**

Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgte anhand der qualitativen Inhaltsanalyse in modifizierter Form nach Gläser / Laudel (2006) mit dem Software-Programms MAXQDA<sup>8</sup>.

Die von Mayring (1983) entwickelte qualitative Inhaltsanalyse folgt dem Grundgedanken, „Texte systematisch [zu] analysieren, indem sie das Material schrittweise mit theoriegeleitet am Material entwickelten Kategoriensystemen bearbeitet.“ (Mayring 2002, 114). Im Unterschied zur quantitativen Inhaltsanalyse zählt hierbei nicht die Häufigkeit des Auftretens von Informationen im Material, sondern der Inhalt der Information (Gläser / Laudel 2006, 193). Durch das methodische Vorgehen wird das erhobene Datenmaterial so bearbeitet und reduziert, dass nur noch die zur Beantwortung der Forschungsfragen relevanten Informationen enthalten sind (Gläser / Laudel 2006, 194).

---

<sup>7</sup> MAXQDA ist eine in den Sozial- und Humanwissenschaften weit verbreitete Software zur Analyse qualitativer und Mixed Methods Daten (Website: <http://www.maxqda.de/>).

<sup>8</sup> Nähere Informationen zur Analyse qualitativer Daten am Computer sowie eine Übersicht über vorhandene Software-Programme sind in Mayring (2015b, 115-122) nachzulesen.

Der erste Schritt, die sogenannte Extraktion, beinhaltet die Entnahme der benötigten Ausschnitte des Materials auf Basis eines vorab definierten Kategoriensystems:

„Das Kategoriensystem [...] baut auf den in den theoretischen Vorüberlegungen konzipierten Untersuchungsvariablen bzw. Einflussfaktoren auf. Dadurch wird sichergestellt, dass die theoretischen Vorüberlegungen die Extraktion anleiten. [...] Das Kategoriensystem ist aber zugleich offen: Es kann während der Extraktion verändert werden, wenn im Text Informationen auftauchen, die relevant sind, aber nicht in das Kategoriensystem passen.“ (Gläser / Laudel 2006, 195)

In der kontinuierlichen Adaptation des Kategoriensystems liegt auch der entscheidende Unterschied zum Verfahren nach Mayring. Dieser berücksichtigt das Prinzip der Offenheit, indem er zunächst einen Probedurchlauf durch einen Grossteil des Materials durchführt (Mayring 2015a, 61f). Dies ist jedoch enorm zeitaufwendig und ineffizient (Gläser / Laudel 2006, 195).

In einem zweiten Schritt werden die extrahierten Textstellen durch Paraphrasieren zusammengefasst<sup>9</sup>. Dadurch werden Redundanzen vermieden und Fehler oder Widersprüche im Material korrigiert (Gläser / Laudel 2006, 195): „Ziel der Analyse ist es, das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktionen einen überschaubaren Corpus schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring 2015a, 67).

Der letzte Schritt der qualitativen Inhaltsanalyse umfasst die Auswertung der aufbereiteten Daten mit dem Ziel, die formulierten Forschungsfragen zu beantworten. Dies beinhaltet die Rekonstruktion des untersuchten Projekts sowie das Herausarbeiten möglicher Wirkungszusammenhänge.

Die folgende Tabelle (Tab. 1) stellt das theoriegeleitete Kategoriensystem für die Qualitative Inhaltsanalyse der in dieser Arbeit erhobenen Daten dar. Die entwickelten Kategorien sind von dem in Kapitel 4.2 erläuterten Analyserahmen – in Anlehnung an den Meta-Framework nach Lange et al. (2013) (vgl. Kap. 3.2.1) sowie an den Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995) (vgl. Kap. 3.2.2) – abgeleitet.

---

<sup>9</sup> Neben der Technik der *Zusammenfassung* gibt es in der qualitativen Inhaltsanalyse noch zwei weitere: die *Explikation* und die *Strukturierung*. Bei der Explikation wird für ein tieferes Verständnis der extrahierten Textstellen weiteres Material hinzugezogen. Bei der Strukturierung werden bestimmte Aspekte aus dem Material herausgefiltert oder es wird eine übergreifende Einschätzung anhand festgelegter Dimensionen vorgenommen. Ziel ist es, eine bestimmte Struktur aus dem Material herauszuarbeiten. Detaillierte Informationen zu den verschiedenen Grundtechniken der qualitativen Inhaltsanalyse finden sich in Mayring (2002, 115-121).

<b>Kontexte</b>	
<i>Polity</i>	institutionelle, normative, prozedurale Bedingungen (EU, A / CH / D, Länder / Kantone, Städte)
<i>Politics</i>	Akteure, Einsatz und Abhängigkeit von Ressourcen (Städte)
<i>Policy</i>	Ziele, Strategien, Massnahmen (EU, A / CH / D, Länder / Kantone, Städte)
<b>Problemstruktur</b>	
Problemdefinition	kollektiv definierte Herausforderung, Betroffenheit der Akteure, Lösungsansätze
Situationsmerkmale	Handlungschancen / Schwierigkeiten
<b>Akteure</b>	
kognitive Orientierungen	relevantes Tatsachen- und Kausalwissen, Wahrneh- mungen / Deutungen / Erwartungen
motivationale Orientierungen	Antriebsfaktoren: Interessen, Normen, Identität
relationale Orientierungen	feindlich, kompetitiv, eigennutzmaximierend, koopera- tiv
<b>Prozesse</b>	
Interaktionen intern	Koordination, Regeln, Prozesse im Netzwerk
Interaktionen extern	Koordination, Regeln, Prozesse mit externen Akteuren
<b>Output</b>	
Ziele	langfristig, kurzfristig
(nicht) realisierte Massnahmen	Aktionen, Kommunikationskampagne, Einbezug Ener- gieversorger / Politik / Bevölkerung

**Tab. 1:** Theoriegeleitetes Kategoriensystem in Anlehnung an Lange et al. (2013) sowie Mayntz und Scharpf (1995) und Geißel (2007) für die qualitative Inhaltsanalyse (Quelle: eigene Darstellung).

## 5. Untersuchungsgegenstand

Der gewählte Untersuchungsgegenstand, das Projekt *Wir leben 2000 Watt*, zeichnet sich durch seine besondere Lage aus. Es befindet sich im Bodenseeraum, in welchem die Staaten Deutschland, Österreich und Schweiz aufeinandertreffen. Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* wurde im Rahmen des Programms Interreg ABH zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit realisiert.

Mit Blick auf das Interreg ABH Programmgebiet sind für das Projekt *Wir leben 2000 Watt* die folgenden Gebietskörperschaften von Relevanz: das Land Vorarlberg (Stadt Feldkirch), die deutschen Landkreise Bodenseekreis (Stadt Überlingen) und Konstanz (Städte Konstanz, Radolfzell und Singen) sowie die Kantone Schaffhausen (Stadt Schaffhausen), St. Gallen (Städte St. Gallen und Gossau), Thurgau (Stadt Arbon) und Zürich (Stadt Winterthur).

In die spätere Analyse aufgenommen wurden insbesondere die Städte, deren Vertreter sich zu einem Interview bereit erklärten: Feldkirch, Konstanz, Radolfzell, Singen, Schaffhausen, St. Gallen und Winterthur. Dies liegt darin begründet, dass die für die Analyse auf der Mikroebene benötigten Informationen, insbesondere mit Blick auf die stattgefundenen Prozesse im Projekt, nur auf diese Weise zu erheben sind.

In der folgenden Kontextualisierung und Darstellung des Untersuchungsgegenstands wird daher ein besonderer Fokus auf die genannten Städte gelegt.

### 5.1. Kontext und Entstehung des Projekts *Wir leben 2000 Watt*

Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* ist ein Städtetzwerk aus Vertretern der jeweiligen Verwaltungen. Es strebt langfristig die Realisierung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft an. Im Rahmen des Projekts wurden Teilaspekte der energie- und gesellschaftspolitischen Vision der 2000-Watt-Gesellschaft behandelt. Insbesondere lag der Fokus auf dem Thema Suffizienz, welches eine Änderung des Konsum- und Alltagshandelns der Bevölkerung vorsieht. Das Projekt entstand auf Basis zweier Vorläuferprojekte, namentlich *Lernende Verwaltung* und *Städte gestalten Zukunft*. Diese sind wichtig für die Entwicklung und das Verständnis des Untersuchungsgegenstandes. Das folgende Kapitel gibt einen Einblick in die beiden Projekte.

### 5.1.1. Vorläuferprojekte *Lernende Verwaltung und Städte gestalten Zukunft*

Das Projekt *Lernende Verwaltung* wurde über das Förderprogramm Interreg ABH III finanziert und von Oktober 2005 bis Juni 2008 umgesetzt. Der Grundgedanke dieses Projekts findet sich im Konzept der Lernenden Region. In diesem wird eine Region als in einen kontinuierlichen sozialen Lernprozess involviert begriffen. Veränderungen werden wahrgenommen, bewertet und mit den vorhandenen Erfahrungen zu neuem Wissen verknüpft. So wird Neues in bereits vorhandene (Wissens-) Strukturen integriert (Himmel 2000, 1). Auf verschiedene Institutionen verteilte Kompetenzen und Potentiale werden flexibel miteinander kombiniert und bieten die Chance, intelligente Lösungen für sich verändernde Rahmenbedingungen zu schaffen (Himmel 2000, 1). Denn: „Erfolgreiche Regionen zeichnen sich durch eine Politikfelder übergreifende, integrative Zusammenarbeit, durch gemeinsam getragene Leitbilder und durch attraktive Fremdzuschreibung aus“ (Himmel 2003, 183).

Die konkrete Umsetzung des Projekts bestand in der Bildung von insgesamt 16 Arbeitsgruppen zu aktuellen Fragestellungen in den Gemeinden sowie in der Gründung einer internen Online-Plattform zum Wissensaustausch. Auf dieser wurden von den kommunalen Verwaltungsmitarbeitern als Experten für die jeweiligen Schwerpunkte relevante Dokumente und *Best Practice*-Beispiele aus den teilnehmenden Städten zur Verfügung gestellt (Interreg ABH 2008).

Eine der gebildeten Arbeitsgruppen befasste sich mit dem Themenkomplex *Luft, Energie und Klimaschutz* (LEK). Diese entstand 2007 und war bis 2009 unter dem genannten Titel aktiv (Schmausser et al. 2011, 4). Ziel war es, gemeinsam nach Lösungen, Konzepten und Strategien zur Bewältigung der allen Städten gemeinsamen Herausforderung der Bereiche Luft, Energie und Klimaschutz zu suchen (Interreg ABH 2008). Das gemeinsame Selbstverständnis fusste auf zwei Säulen:

„Erstens sozial: Die Mitglieder kamen aus sehr unterschiedlichen politischen Kulturen, einigten sich aber in einer intensiven Anfangsphase rasch auf einen konstruktiven Arbeitsmodus. Zweitens inhaltlich: Dabei ging es vorerst um den Erfahrungsaustausch, dann um eine kritische Beleuchtung der vorgefundenen Arbeitsfelder, die mit der Einigung auf die gemeinsame Vision «2000-Watt-Gesellschaft» endete.“ (Schmausser et al. 2011, 4)

Fortgesetzt wurde das Engagement der Arbeitsgruppe LEK mit der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft im Rahmen des Interreg ABH IV Projekts *Städte gestalten Zukunft* in den Jahren 2008 bis 2011. Insgesamt wurden vom Vorläuferprojekt *Lernende Verwaltung* sechs Arbeitsgruppen zu den Schwerpunkten Klimawandel und Demographischer Wandel übernommen (Interreg ABH 2011).

Kernstück des Projekts *Städte gestalten Zukunft* war eine Regionalstudie, welche die Ausgangslage, das Potential sowie eine Strategie zur Umsetzung der 2000 Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion erarbeitete. Diese diente als Basis für qualifizierte politische Entscheidungen und wurde in einem partizipativen Prozess mit den Verwaltungsmitarbeitern der beteiligten Städte und Vertretern der kommunalen Energieversorger erstellt (Schmausser et al. 2011, 4).

Zum besseren Verständnis der Inhalte und Ziele des Projekts *Wir leben 2000 Watt* folgt nun ein Exkurs zur Vision der 2000-Watt-Gesellschaft. Anschliessend werden zentrale Ergebnisse der Regionalstudie von Schmausser et al. (2011) vorgestellt.

### **5.1.2. Exkurs: Vision 2000-Watt-Gesellschaft**

Das folgende Kapitel bezieht sich hauptsächlich auf Angaben des Programms *novatlantis. Nachhaltigkeit im ETH-Bereich* (Novatlantis 2015). Die Grundidee der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft ist auf die Wissenschaftler Kesselring und Winter an der ETH zurückzuführen. Diese konstatierten bereits im Jahr 1994, dass der weltweite durchschnittliche Energiebedarf von 2000 Watt Dauerleistung, umgerechnet 17500kWh, pro Person pro Jahr nicht überschritten werden sollte. Ausserdem stellten sie ein Ungleichgewicht bezüglich des Energiebedarfs zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern fest und forderten einen Ausgleich. Seit dem Jahr 2001 werden über das Programm *novatlantis* Leuchtturm-Projekte im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft in Ballungsräumen der Schweiz realisiert. Im Jahr 2002 wurde das Ziel der Senkung des Energiebedarfs auf 2000 Watt pro Person pro Jahr im Bericht *Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002* des Bundesrates (BR 2002) festgehalten und durch das Ziel der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 1t pro Person pro Jahr bis zum Jahr 2050 ergänzt:

„Das Szenario 2000-Watt-Gesellschaft dient der Energie- und Klimapolitik als Zielvorstellung, was langfristig eine Reduktion der Treibhausgase (primär CO<sub>2</sub>) auf nachhaltig 1 Tonne/Kopf, eine Deckung des Energieverbrauchs von 500 Watt/Kopf aus fossilen und 1500 Watt/Kopf aus erneuerbaren Energieträgern erfordern würde.“  
(BR 2002, 24)

Im Jahr 2008 wurden die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft per Abstimmung in die Gemeindeordnung der Stadt Zürich aufgenommen. Das Interesse an dem Konzept nimmt seitdem schweizweit zu. Nicht nur in Gemeinden, sondern auch in der Bevölkerung ist es inzwischen ein etablierter Begriff. Im Jahr 2010 wurde schliesslich die Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft als Teil des

Programms Energiestadt von EnergieSchweiz<sup>10</sup> gegründet, welche fortan die Umsetzung der Ziele auf den verschiedenen politischen Ebenen unterstützt.

In der Schweiz ist die Idee der 2000-Watt-Gesellschaft bereits eine weitgehend verbreitete Idee und hat durch die umgesetzten Pilotprojekte Realitätsbezug erhalten. In den Nachbarländern Deutschland und Österreich ist dieses Konzept jedoch noch relativ neu und erfährt erst durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Wissenstransfer über Netzwerke mit der Schweiz zunehmend an Interesse.

Die 2000-Watt-Gesellschaft ist eine energie- und gesellschaftspolitische Vision, welche sowohl intra- als auch intergenerationale Gerechtigkeitsaspekte berücksichtigt: „Alle Menschen haben ein gleiches Anrecht auf die vorhandenen Ressourcen. Dies gilt sowohl für Menschen der verschiedenen Länder als auch der kommenden Generationen“ (Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft). Die Erde wird folglich als ein System mit begrenzten Ressourcen, darunter Rohstoffe, Energie, Raum oder die Aufnahmekapazität der Umwelt, begriffen. Um langfristig bestehen zu können, muss sich die Menschheit in dieses System integrieren und klimaverträglich handeln (Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft). Ein Schlüsselpunkt ist dabei das in der Übereinkunft von Kopenhagen (UNFCCC 2009, 5-7) international anerkannte 2-Grad-Ziel des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)<sup>11</sup>, welches durch eine Beschränkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 1t pro Person und Jahr erreicht werden kann (Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft).

Aktuell ist die Weltgemeinschaft jedoch weit von den gesteckten Zielen entfernt:

„2000 Watt Dauerleistung pro Person [...] entsprechen in etwa dem heutigen globalen Mittel des Energiebedarfs der Weltbevölkerung. Dabei bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern im Norden und den Ländern im Süden und Osten. Bangladesh beispielsweise hat pro Kopf einen Energiebedarf von etwa 150 Watt, die USA von rund 12000 Watt und Deutschland von zirka 5500 Watt.“ (Kessler / Schmausser 2011, 8)

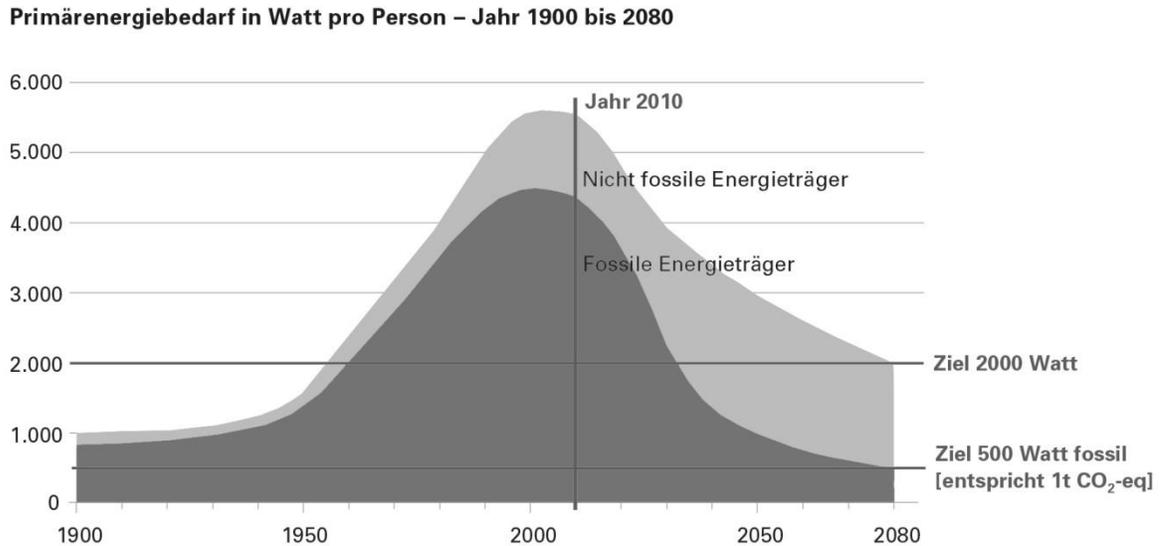
Die 2000-Watt-Gesellschaft betont, dass wirtschaftliche Entwicklung und eine hohe Lebensqualität in allen Ländern der Erde möglich sein soll. Hierfür ist eine starke Reduktion des Energiebe-

---

<sup>10</sup> „EnergieSchweiz ist ein umfassendes energiepolitisches Programm des Bundesamts für Energie BFE. Es hat die Aufgabe, die Umsetzung der nationalen Energiepolitik zu fördern und zu unterstützen. In einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie Partnern aus Wirtschaft, Forschung und Umwelt werden Massnahmen entwickelt, um die Energieeffizienz zu steigern, die erneuerbaren Energien auszubauen, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und das Klima zu entlasten. [...] Dazu arbeitet EnergieSchweiz für Gemeinden mit dem Label Energiestadt. Mit Beratung, Erfahrungsaustausch und finanziellen Beiträgen schafft Energiestadt einen Anreiz für die Gemeinden, aktiv an der Energiestrategie mitzuarbeiten.“ (EnergieSchweiz 2015, 3)

<sup>11</sup> „The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) is the leading international body for the assessment of climate change. It was established by the United Nations Environment Programme (UNEP) and the World Meteorological Organization (WMO) in 1988 to provide the world with a clear scientific view on the current state of knowledge in climate change and its potential environmental and socio-economic impacts.“ (IPCC 2016)

darfs in den Industrieländern notwendig. Folgender Zielpfad (Abb. 5) und folgende Meilensteine (2030, 2050, 2080) (Abb. 6) wurden für die Bodenseeregion von Schmausser et al. (2011) entwickelt.



**Abb. 5:** Absenkpfad der 2000-Watt-Gesellschaft für die Bodenseeregion (Quelle: Kessler / Schmausser 2011, 7; verändert).

	2005 <sup>1</sup>	2030	2050	2080
Primärenergie in Watt / Kopf	5.600 [100 %]	3.900 [70 %]	3.000 [53 %]	2.000 [36 %]
Treibhausgase in Tonnen CO <sub>2</sub> -eq / Kopf und Jahr [bezogen auf Primärenergie]	9.0 [100 %]	4.5 [50 %]	2.0 [22 %]	1.0 [11 %]

<sup>1</sup> Durchschnittswerte für die Bodenseeregion [gerundet]

**Abb. 6:** Zielwerte des Absenkpfad der 2000-Watt-Gesellschaft für die Bodenseeregion (Quelle: Kessler / Schmausser 2011, 9; verändert).

Die wichtigsten Handlungsfelder zur Verwirklichung der Ziele sind nach Novatlantis (2015): 1) Energie- und Materialeffizienz, 2) die Substitution fossiler durch erneuerbare Energiequellen und damit einhergehend die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und 3) ein Wandel der gesellschaftlichen Konsum- und Lebensmuster. Hervorgehoben wird jedoch, dass diese Veränderungen keinen Verlust an Lebensqualität bedeuten. Vielmehr wird auf innovative Technologien und den bewussten Umgang damit gesetzt.

Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* fokussiert in der Umsetzung auf einen der Handlungsschwerpunkte der 2000-Watt-Gesellschaft, nämlich den Wandel der Konsum- und Lebensmuster in der Bevölkerung. Dieser Bereich wurde bisher in der Politik sehr nachlässig behandelt. Gefasst unter dem Schlagwort Suffizienz wird dieser Themenkomplex jedoch als zentral für die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft angesehen. Linz (2004, 10) versteht darunter Schritte, Massnahmen, Instrumente und Strategien, welche zur Ressourceneinsparung beitragen, indem Menschen ihr bisheriges Verhalten bewusst ändern und so ihren Energiebedarf und Rohstoffverbrauch verringern. Der Grund, weshalb dieses Thema von der Politik und auch von der Wirtschaft bisher eher gemieden wurde, ist zum einen, dass laut Linz (2004, 10f) in der Bevölkerung mit dem Begriff negative Konnotationen wie Verzicht, Askese und Kargheit assoziiert werden. Suffizienz wird folglich als eine rückwärtsgewandte, fortschrittsfeindliche Strategie wahrgenommen, die eher zu vorindustriellen Verhältnissen passt (Linz 2004, 11). Zum anderen beinhaltet die Umstellung auf eine energie- und ressourcenschonende Lebens- und Konsumweise vordergründig einen Konflikt mit den wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen, im Falle des Projekts *Wir leben 2000 Watt* vor allem mit den Interessen der Energieversorger.

„Soll Suffizienz aus diesem abwertenden Verständnis befreit und zu einem der Leitgedanken zukunftsfähigen Lebens und Wirtschaftens werden, muss sie auf zweifache Weise geöffnet werden: Sie muss die begrenzte Sichtweise auf die Einzelnen und ihren Konsum aufgeben, sodass die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Einzelexistenzen und ihrer Entscheidungen erkennbar werden. Und Suffizienz muss sich als ein das Leben und Wirtschaften nicht behinderndes sondern förderndes und optimierendes Prinzip erweisen“ (Linz 2004, 11)

Diesem Vorhaben widmet sich das Projekt *Wir leben 2000 Watt*.

### **5.1.3. Regionalstudie 2000-Watt-Gesellschaft Bodensee**

Nach der Kontextualisierung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* in die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft werden im Folgenden die wichtigsten und für den Untersuchungsgegenstand relevanten Ergebnisse der Regionalstudie von Schmausser et al. (2011) dargelegt.

Die untersuchten Städte haben überwiegend zwischen 30.000 und 50.000 Einwohner. Ausnahmen bilden Konstanz und St. Gallen mit 75.000 bis 85.000 Einwohnern und Winterthur mit über 100.000 Einwohnern (Schmausser et al. 2011, 151; BFS). Durch ihre Lage in unterschiedlichen Staaten, Ländern und Landkreisen bzw. Kantonen weisen die Städte verschiedene politisch-institutionelle Rahmenbedingungen auf und sind divergierenden energie- und klimapolitischen Zielen und Gesetzgebungen verpflichtet. Auf nationaler Ebene will Deutschland die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 um 40%, die Schweiz um

20% und Österreich um 13% senken. Die erneuerbaren Energien sollen in Österreich bis zum Jahr 2020 auf 34% und in der Schweiz auf 24% ausgebaut werden. In Deutschland unterscheidet man im Bereich der erneuerbaren Energien zusätzlich zwischen Strom (Ausbau auf 30%) und Wärme (Ausbau auf 14%). Auf kommunaler Ebene sind alle Städte Mitglieder des Klimabündnisses, welches die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50% bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 vorsieht (Kessler / Schmausser 2011, 10f).

Der Primärenergiebedarf (Watt pro Person) liegt in Singen und Schaffhausen bei ca. 5400 Watt, in Konstanz und Radolfzell bei ca. 4000 Watt und in Feldkirch bei 3500 Watt. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen (t pro Person) erreichen in fast allen Städte ca. 7t, in Schaffhausen 6,7t und in Konstanz 6,2t. Der Strommix variiert sehr stark. Hervorzuheben ist Feldkirch mit 0% an nuklearen und 83% an erneuerbaren Energieträgern. Insgesamt weisen alle Städte einen hohen Anteil an erneuerbaren Energieträgern auf: Konstanz 68%, Radolfzell und Schaffhausen 46% sowie Singen 37%. Der Anteil fossiler Energieträger ist in Radolfzell mit 36% am höchsten und in Konstanz mit 9% und Schaffhausen mit 2% am niedrigsten. Dafür liegt der Anteil nuklearer Energieträger in Schaffhausen bei 52%. Auch in Singen mit 46% ist er sehr hoch. In Radolfzell und Konstanz liegt er bei 18% bzw. 23%. Für die Städte St. Gallen und Winterthur liegen keine Daten vor (Schmausser et al. 2011, 151).

Will die Region die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen, ist ein *weiter wie bisher* nicht möglich. Eine Senkung des primären Energiebedarfs auf 2000 Watt sowie der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 1t pro Person bis zum Jahr 2080 ist aber unter den folgenden Voraussetzungen realisierbar (Schmausser et al. 2011, 11; Kessler / Schmausser 2011, 6):

1) Die konsequente Verbesserung der Energieeffizienz: Mit den entsprechenden Massnahmen im Wärme-, Elektrizitäts- und Verkehrsbereich (u.a. Kommunikationsoffensive zum Thema nachhaltiges Bauen, Entwicklung regional abgestimmter Siedlungskonzepte, Erfahrungsaustausch zum Thema öffentliche Beleuchtung, Lobbyarbeit für den Öffentlichen Nahverkehr) ist in diesem Bereich eine Reduktion um bis zu 50% bis zum Jahr 2080 möglich.

2) Ein umfassender Ausbau der erneuerbaren Energieträger: Mit der Nutzung der heute bekannten Potentiale könnte die Region im Energiesektor langfristig zur Selbstversorgerin werden. Empfohlene Umsetzungsschritte in diesem Bereich sind die Verwirklichung eines Pilotprojekts der kommunalen Energieversorger, sprich einer gemeinsamen Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien, eine Machbarkeitsstudie der kommunalen Energieversorger zum Nutzungspotential der

tiefen Geothermie in der Bodenseeregion sowie die Erstellung kommunaler und regionaler Energienutzungspläne.

3) Ein energiebewusstes Verhalten im Alltag und bezüglich des Konsums: Dies ist erreichbar, wenn das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die Komfortsteigerung zukünftig nicht mehr primär an quantitativen Zunahmen, sondern an qualitativen Verbesserungen gemessen werden. Ein erster Schritt wird hier in der Realisierung einer Kommunikationskampagne zum Thema privater Konsum gesehen.

Zudem sind klare politische Ziele mit langfristiger Perspektive und Anpassungen in Wirtschaft und Gesellschaft notwendig. Einige Städte haben die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft bereits per Beschluss politisch verankert (Kessler / Schmausser 2011, 11). Schmausser et al. (2011, 10) sehen den Dreiklang Energieeffizienz, Substitution und Suffizienz als Bedingung für die Verwirklichung der 2000-Watt-Gesellschaft Bodensee an, das meint die kontinuierliche Realisierung von Aktivitäten in allen drei Handlungsfeldern. Dabei nehmen der Anstoss eines gesellschaftlichen Wandels und die Änderung energieintensiver Konsum- und Verhaltensweisen eine zentrale Rolle ein:

„Es braucht Querschnittsaktivitäten in den Bereichen Sensibilisierung, Information, Kommunikation, Aus- und Weiterbildung und ein starkes Marketing der Bodenseeregion als 2000-Watt-Region. Über das Marketing kann eine Klammer um die zahlreichen Aktivitäten gebildet werden und es wird eine regionale und überregionale Ausstrahlung erzielt. Kommunale und regionale Leuchtturmprojekte stiften Identität und machen die 2000-Watt-Gesellschaft greif- und erlebbar.“ (Schmausser et al. 2011, 10)

An diese Aufforderung knüpft das Projekt *Wir leben 2000 Watt* an, wie im folgenden Kapitel deutlich wird.

## **5.2. Ziele des Projekts *Wir leben 2000 Watt***

Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* schliesst an das Vorläuferprojekt *Städte gestalten Zukunft* an und möchte in den drei in der Regionalstudie (Schmausser et al. 2011) als zentral identifizierten Handlungsfeldern – Effizienz, Substitution und Suffizienz – aktiv werden. Dabei strebt es an, die folgenden Akteursebenen zu erreichen: Politik und Verwaltung, Energieversorger und -dienstleister sowie die Bevölkerung. Die Intention ist eine möglichst weite Streuung der Idee der 2000-Watt-Gesellschaft (Interreg ABH 2014). Finanziert wurde das Projekt über das Programm Interreg ABH IV in den Förderschwerpunkten *Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Innovation*

sowie *Förderung von Netzwerken und Kooperationen*. Im Rahmen des Projektantrags wurden die folgenden Ziele definiert (Interreg ABH 2014):

Die Ebenen der Politik und der Energieversorger sollen zum einen über das Ziel der Verstärkung der Beschlüsse bezüglich der 2000-Watt-Gesellschaft in den Verwaltungen und in den diesen angegliederten Eigenbetrieben adressiert werden. Dies soll durch regelmässige Treffen sowie die Integration politischer Akteure und Vertreter der Eigenbetriebe bzw. Energieversorger in durch das Projekt *Wir leben 2000 Watt* organisierte Konferenzen erreicht werden. Zum anderen soll eine grenzüberschreitende Plattform für Energieversorger etabliert werden. Diese soll dem Austausch sowie der Entwicklung gemeinsamer Strategien und der Realisierung gemeinsamer Projekte dienen. Drittens soll die Kommunikation und Abstimmung (Projekte, Strategien, Aktionen, Kommunikationswege) mit den regionalen Energieinstituten und –fachstellen auf kantonaler und Landesebene verbessert werden.

Für die Ebene der Bevölkerung soll ein Konzept zur Bürgerbeteiligung erarbeitet werden. Ziel ist es, durch eine breit angelegte Kommunikationskampagne bei den Bürgern die Begeisterung für eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung zu wecken. In einem 2000-Watt-Werkzeugkoffer sollen Instrumente und Erfahrungen von Projekten in den Partnerstädten gesammelt und Multiplikatoren in den Gemeinden sowie der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* soll durch eine engagierte Öffentlichkeitsarbeit, auch in sozialen Netzwerken, begleitet werden. Ausserdem soll das Projekt professionell koordiniert und evaluiert werden.

Eine Übersicht zur Ausgestaltung der Ziele und zum Output des Projekts *Wir leben 2000 Watt* erfolgt im Rahmen der Ergebnispräsentation (Kap. 6) der Arbeit.

## 6. Ergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse präsentiert und diskutiert. Zunächst werden die Kategorien *Output* und *Problemstruktur* behandelt, da sie den Rahmen für die nachfolgenden Analysen bilden.

Anschliessend werden im Rahmen der exemplarischen Gegenüberstellung der drei Städte Singen (D), Schaffhausen (CH) und Feldkirch (A) anhand der Kategorien *Polity*, *Politics* und *Policy* Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen erörtert (Forschungsfrage 1 und 2) und Rückschlüsse darauf gezogen, welche Prozesse unter welchen Bedingungen zum erzielten Output führen können.

Daraufhin rückt der Fokus von der kommunalen Ebene auf die interkommunale Ebene. Es werden die leitenden Handlungsorientierungen der beteiligten Städte (Kategorie *Akteure*) aufgezeigt. Anschliessend werden die Prozesse der Koordination und Interaktion innerhalb des Netzwerks und nach aussen (Kategorie *Prozesse*) analysiert (Forschungsfrage 2). Des Weiteren werden grenzüberschreitende Aspekte der Zusammenarbeit in den Blick genommen. Diese Kategorie wurde zusätzlich in die Inhaltsanalyse aufgenommen.

Bei der Analyse sowohl der kommunalen als auch der interkommunalen Ebene besteht das Ziel, während der Analyse Herausforderungen und Erfolgsfaktoren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion zu identifizieren (Forschungsfrage 3). Erfolg wird in diesem Kontext als das Erreichen der kollektiv definierten Ziele im Projekt *Wir leben 2000 Watt* definiert. In dieser Arbeit findet folglich keine Bewertung des Outputs statt. Im Zentrum stehen Prozesse und Faktoren, welche unter gegebenen lokalspezifischen Bedingungen zu einem bestimmten Ergebnis führen.

### ***Problemstruktur***

Das Thema, welchem sich das Projekt *Wir leben 2000 Watt* widmet, wurde abgeleitet aus der im Vorläuferprojekt *Städte gestalten Zukunft* durchgeführten Regionalstudie zum Umsetzungspotential der 2000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion. Dort wird die Notwendigkeit koordinierten Handelns auf den unterschiedlichen politischen Ebenen aufgezeigt: „Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung sind Veränderungen im regionalen, nationalen und internationalen Umfeld mit ähnlicher Ausrichtung und Zielen und in der Folge ein breit abgestützter gesellschaftlicher Wandel“ (Schmausser et al. 2011, 9). Eine entscheidende Rolle schreibt die Regionalstudie den Kommunen aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgern und konkreten Umsetzungsmöglichkeiten

zu: „Eine vorbildhafte, interkommunale Zusammenarbeit mit Ausstrahlung auf die gesamte Region kann einen wichtigen, zusätzlichen Beitrag leisten, damit sich die Bodenseeregion insgesamt in die richtige Richtung entwickelt“ (Schmausser et al. 2011, 9). Dies könne laut der Regionalstudie anhand eines starken Marketings der Bodenseeregion als 2000-Watt-Region erreicht werden (Schmausser et al. 2011, 10). Um den Zielpfad (vgl. Kap. 5.1.2) einhalten zu können, müsse schnell und konsequent gehandelt werden. Dies erfordere einen langfristigen politischen Durchhaltewillen. Verzögerungen brächten Risiken für die wirtschaftliche Stärke der Region sowie steigende Anpassungskosten mit sich (Schmausser et al. 2011, 10).

In diesem Kontext betonen die Interviewpartner die Wichtigkeit des Angriffs von Lebensstilfragen, denn – so auch die Argumentation in der Regionalstudie – die technologischen Effizienzgewinne würden durch die zunehmenden Ansprüche in der Bevölkerung aufgehoben (Schmausser et al. 2011, 20). Das Thema der Suffizienz wurde bisher sowohl in der Schweiz, wo die Idee der 2000-Watt-Gesellschaft entwickelt wurde, als auch in den anderen Ländern nachlässig behandelt. Auch im Rahmen der Energielabels (Energienstadt<sup>12</sup>, *European Energy Award* (eea)<sup>13</sup>, e5<sup>14</sup>) liegt der Fokus auf den Bereichen Effizienz und Substitution. Dies hängt nach Angaben der Interviewpartner mit den folgenden Aspekten zusammen: 1) Suffizienz stellt in der Gesellschaft ein Reizwort dar und wird mit Verzicht, Einschränkung und dem Verlust an Lebensqualität in Verbindung gebracht. Dies lässt sich insbesondere auch für Politiker, welche auf Wählerstimmen angewiesen sind, nicht attraktiv kommunizieren. 2) Wirtschaftliche Akteure sehen in dem Konzept eine Negativspirale, da die angestrebte Verringerung des Konsums (Produkte, Energie, etc.) ihrer Ansicht nach mit finanziellen Einbussen verbunden sei. Im Extremfall führe dies zu einem Verlust von Arbeitsplätzen und damit zu unerwünschten ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Region. 3) Zwar stellt man eine gewisse Öffnung für das Thema Suffizienz in der Politik und in der Gesellschaft fest, wie auch das Projekt *Wir leben 2000 Watt* bezeugt, doch aufgrund des fehlenden gesellschaftlichen Konsenses steigen parallel die Gegenreaktionen an.

---

<sup>12</sup> Für eine Erläuterung des Konzepts der Energiestadt von EnergieSchweiz siehe Kapitel 5.1.2 dieser Arbeit.

<sup>13</sup> Der European Energy Award ist „[e]in Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren für kommunale Energieeffizienz und Klimaschutz, das lokale Potenziale erkennt und nutzt und die Akteure vor Ort einbindet. Sowohl die Anstrengungen als auch die Erfolge einer Kommune lassen sich damit neutral messen und vergleichen.“ (Bundesgeschäftsstelle eea 2016)

<sup>14</sup> „Im Rahmen eines EU-Projekts wurde das e5-Programm im Jahr 2002 zusammen mit Partnern aus Deutschland, Schweiz, Polen und Österreich zu einem gemeinsamen europäischen Qualifizierungsprogramm für Gemeinden, dem European Energy Award® weiterentwickelt – der eingeführte Markenname e5-Programm blieb in Österreich aber erhalten.“ (Energieinstitut Vorarlberg)

## ***Output***

Im Folgenden werden die Umsetzung und Ausgestaltung der im Antrag definierten Ziele (vgl. Kap. 5.2) auf Basis des Abschlussberichtes des Projekts *Wir leben 2000 Watt* (Interreg ABH 2014), des Abschlussberichtes zur Werbekampagne (2000-Watt-Städte 2014) und der qualitativen Interviews dargestellt:

Die Verstetigung der Beschlüsse zur Verwirklichung der 2000-Watt-Gesellschaft wurde in nahezu allen Städten erreicht. Allerdings sind nicht alle Städte gleich engagiert, manche scheiden sogar aus dem Städtenetzwerk aus, d.h. die Umsetzung von Massnahmen ist trotz der politischen Beschlüsse vorerst eingestellt. Dies ist teils auf die Pensionierung oder einen Stellenwechsel des Vertreters der Stadt zurückzuführen (Städte Arbon, Radolfzell, Überlingen). Eine Ausnahme bildet die Stadt Schaffhausen. Dort wurde die Aufnahme der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in die Stadtverfassung per Abstimmung abgelehnt (Stadt Schaffhausen 2014). Eine weitere Teilnahme am Projekt *Wir leben 2000 Watt* und die Verfolgung der Ziele unter dem Titel der 2000-Watt-Gesellschaft ist für diese Stadt daher nicht möglich.

Zur Zwischen- und Endkonferenz des Projekts wurden politische Vertreter der kommunalen Verwaltungen, der städtischen Eigenbetriebe und der Energiefachstellen und -institute eingeladen und aktiv beteiligt. Beispielsweise eröffnete der Stadtrat und Direktor der technischen Betriebe der Stadt St. Gallen die Endkonferenz des Projekts *Wir leben 2000 Watt*, welche in St. Gallen stattfand (Stadt St. Gallen 2014). Dieser hielt auch einen Vortrag über städtische Energiepolitik im Fokus globaler Herausforderungen. Im Rahmen einer Diskussionsrunde waren die Bürgermeister der Städte Feldkirch und Konstanz, ein Stadtrat der Stadt Winterthur, eine Vertreterin der schweizweiten Initiative *Mobility Carsharing* sowie ein Nachhaltigkeitsforscher, tätig an der Universität Wien und der ETH, vertreten. Der Bürgermeister der Stadt Bregenz stellte in einem Vortrag die Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den ISB vor. Ebenso am Programm beteiligt waren Vertreter der Interreg ABH Netzwerkstelle der Ostschweiz sowie Mitarbeiter des beauftragten Kommunikationsbüros und die Projektpartner. Diese ausführliche Darstellung soll exemplarisch das starke Bemühen des Projekts *Wir leben 2000 Watt* um die Integration der Akteure auf den verschiedenen politischen Ebenen, der Energieversorger sowie gesellschaftlicher Multiplikatoren zur Verbreitung der Idee der 2000-Watt-Gesellschaft aufzeigen.

Die Realisierung der trinationalen Plattform für Energieversorger wurde auf die Stufe des ISB gehoben (IBK 2013). Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* hat sich aus diesem Vorhaben zurückgezo-

gen. Durch die Mitgliedschaft im ISB sind die Städte bzw. die städtischen Eigenbetriebe weiterhin beteiligt, jedoch teilweise durch andere Vertreter.

Ein Austausch und eine Abstimmung mit den Energiefachstellen und –instituten fanden statt. Sie empfehlen die im Rahmen des Projekts *Wir leben 2000 Watt* erarbeiteten Kommunikationsmaterialien und unterstützen deren Inhalte.

Die Kommunikationskampagne *Wir leben 2000 Watt* wurde von einer extern beauftragten Kommunikationsagentur entwickelt, welche schwerpunktmässig auf dem Themengebiet der Nachhaltigkeit arbeitet. Sie bildet das zentrale Element des Projekts und konzentriert sich auf vier Massnahmen.

Die Werbekampagne (Massnahme 1) beinhaltete eine Informationsbroschüre (Auflage: 130.000), ein Infofolder (Auflage: 28.000) und eine Website. Die Broschüre wurde in den Städten Feldkirch, Singen und Konstanz mit einem Grusswort der Bürgermeister an alle Haushalte verteilt. Die Website wurde von rund 10.000 Nutzern besucht und bietet Tipps, Hintergrundinformationen und Links zu weiteren Onlineangeboten (CO2-Rechner, Share-Economy-Plattform, etc.). Zwischen Herbst 2013 und Herbst 2014 setzten die Partnerstädte die Werbekampagne (Plakate, Folien auf Bussen des öffentlichen Nahverkehrs, etc.) um und erreichten etwa 1,5 Mio. Menschen. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel wurde auf stadteneigene Werbeflächen gesetzt, sodass ein Set an Formaten und Medien entstand, auf welches die Städte gemäss ihren individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten zurückgreifen konnten. Das 2000-Watt-Puppentheater (Massnahme 2) inklusive Ausmalplakat wurde für Kinder entwickelt. Es wurde den städtischen Kindergärten und Schulen kostengünstig – über ein eigens dafür eingerichtetes Budget – angeboten (60 Aufführungen für ca. 3000 Kinder in Schulen und Kindergärten). Aufgrund des Multiplikatoren-effekts dieser Zielgruppe konnten viele Menschen erreicht werden (Kinder, Eltern, Grosseltern). Am Aktionstag *2000-Watt-Menü* (Massnahme 3) beteiligten sich 50 Gastronomiebetriebe (ca. 13.000 Gäste). Auch hier wurde den Gastronomen für die Umsetzung ein je individuelles Set an Materialien (Tischkarte, Servietten, Aufkleber, Bierdeckel, etc.) zur Verfügung gestellt.

Ein Werbefilm zum Abspielen in Arztpraxen (Massnahme 4) wurde im Gegensatz zu den vorherigen Massnahmen nicht gut angenommen.

Zudem entwickelten die Kommunen über das stadteneigene Budget passend zu Veranstaltungen oder bestehenden Schwerpunkten weitere Materialien und Instrumente. Diese waren ein 2000-Watt-Saisonkalenderspiel und eine mobile Ausstellung, mit welchen sich das Projekt *Wir leben 2000 Watt* auf zahlreichen Veranstaltungen präsentierte (bspw. Stadtbuurete in Winterthur,

Abendmarkt in Radolfzell, Umwelttage und Schulführungen in Feldkirch). Die anderen Städte erhielten über die Kommunikationsagentur Zugriff auf die entworfenen Vorlagen.

Der 2000-Watt-Werkzeugkoffer enthält rund 60 Massnahmen und Aktivitäten, die in den Partnerstädten bereits mit positiven Erfahrungen durchgeführt wurden und anderen Städten und gesellschaftlichen Multiplikatoren als Inspiration und Wegweiser dienen sollen.

Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* wurde von einem extern beauftragten Koordinationsbüro begleitet, welches bereits sowohl über Erfahrung in der Umsetzung grenzüberschreitender Projekte verfügt, als auch einen Schwerpunkt auf Themen der Nachhaltigkeit setzt. Das Büro übernahm die Koordination des Gesamtprojekts, die Moderation der Treffen der Teilgruppen sowie die Administration im Rahmen des Programms Interreg ABH.

Die Resonanz auf das Projekt in den Medien und bei den involvierten Akteuren war nach Angaben der Interviewpartner sehr positiv (rund 25 Berichte und Beiträge in Printmedien sowie rund 25 Online-, TV- und Radio-Berichte). Dies wird insbesondere auf die attraktive Gestaltung der Kommunikationskampagne, sprich das professionelle Marketing durch die Kommunikationsagentur, zurückgeführt. Weitere Gründe sehen die Interviewpartner im modularen Aufbau und in der Möglichkeit des individuellen Zugriffs auf einen Pool an Materialien und Instrumenten – sowohl für die Städte als auch für weitere Akteure (bspw. Gastronomen). Dadurch konnte jede Stadt die Aktivitäten umsetzen, die ihren verfügbaren Ressourcen und Optionen entsprachen. Dies führte zu einem unterschiedlich stark ausgeprägten Engagement und Output in den einzelnen Städten. Weitere Merkmale für den Erfolg des Projekts sind Anfragen nach der Broschüre durch Städte und Schulen (als Unterrichtsmaterial). Diese stammen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. In der Region besteht ausserdem weiterhin Interesse an Aufführungen des 2000-Watt-Puppentheaters. In der Fachwelt und in Erfahrungsaustauschgruppen wurden auf Nachfrage Vorträge zur Realisierung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* gehalten.

Nicht erreicht wurde das Schaffen eines regionalen Bewusstseins: Die Werbekampagne mit den diversen Aktivitäten wurde in den Städten rund um den Bodensee parallel durchgeführt, doch die Vermarktung als grenzüberschreitende 2000-Watt-Region Bodensee ist nach Aussagen der Interviewpartner nicht in der Bevölkerung angekommen.

Durch die Verleihung des Preises *Climate Star* des Klima-Bündnisses Europa in der Kategorie *Kommunale Netzwerke* erhielt das Projekt *Wir leben 2000 Watt* eine Auszeichnung. Die Kriterien hierfür waren: *Nachhaltigkeit, Multiplikatoreneffekt, Medienwirksamkeit, Innovation und Einbindung der Bevölkerung*. Die Interviewpartner sehen als Gründe für diesen Erfolg die internationale

Zusammensetzung der Projektpartner und die entstandene Lebendigkeit durch die gemeinsame Entwicklung und Realisierung von Massnahmen.

## 6.1. Kommunale Ebene

Das folgende Kapitel betrachtet in vergleichender Perspektive die drei Städte Singen (D), Schaffhausen (CH) und Feldkirch (A). Die Städte sind geprägt von sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Gesetzgebung, den politischen Strukturen sowie den Kompetenzen und Ressourcen, über die die jeweiligen Vertreter verfügen. Der Fokus liegt im Folgenden auf Aspekten, welche Relevanz für das Projekt *Wir leben 2000 Watt* besitzen. Baurechtliche und raumplanerische Bedingungen werden daher aus der Analyse ausgeklammert<sup>15</sup>. Auch die klima- und energiepolitischen Zielsetzungen auf EU-, Staats-, Länder- und Kantonsebene sowie die divergierenden Startpositionen bezüglich des Strommixes und des Primärenergiebedarfs (vgl. Kap. 5.1.3) werden nur dann berücksichtigt, wenn sie zur Erklärung eines Phänomens beitragen. Die detaillierte Übersicht über die drei Städte entlang der Kategorien Output, *Polity*, *Politics* und *Policy* findet sich im Anhang dieser Arbeit (vgl. Anhang C). Die Daten für die komparative Analyse sind den qualitativen Interviews, der Regionalstudie von Schmausser et al. (2011), dem Abschlussbericht des Projekts *Wir leben 2000 Watt* (Interreg ABH 2014) sowie den Websites der Städte Singen, Schaffhausen und Feldkirch entnommen. Folgende Ausführungen bilden die Beantwortung der ersten Forschungsfrage:

- 1) Welches sind die zentralen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Kommunen in den Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz als Voraussetzung für die Planung und Umsetzung des Projekts *Wir leben 2000 Watt*?

### 6.1.1. Präsentation

#### *Polity*

Alle drei Staaten sind föderal organisiert und es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Somit sind den Kommunen weitreichende Zuständigkeiten zugeteilt. In der Schweiz verfügen die Kommunen zudem teilweise über eigene Verfassungen, so auch die Stadt Schaffhausen. In Österreich und Deutschland befindet sich die Legislative hingegen auf der Ebene der Länder, das heisst die Kommunen verfügen dort nicht über gesetzgeberische Kompetenzen. Eine weitere Besonderheit

---

<sup>15</sup> Eine Darstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den baurechtlichen und raumplanerischen Rahmenbedingungen auf den verschiedenen politischen Ebenen in der Bodenseeregion findet sich in der Regionalstudie zur 2000-Watt-Gesellschaft Bodensee (Schmausser et al. 2011, 50-53).

der Schweiz ist die geltende direkte Demokratie. Diese ermöglicht es den Bürgern, per Volksabstimmungen über Verfassungsänderungen zu entscheiden oder selbst Gesetzesvorschläge einzubringen. Exekutives Element ist in allen drei Ländern auf kommunaler Ebene der Stadt- bzw. Gemeinderat. Dieser setzt sich aus Vertretern der politischen Parteien zusammen, denen jeweils Verwaltungseinheiten (Referate) unterstellt sind. Der Stadt- bzw. Gemeinderat verfügt über die Kompetenz der Beschlussfassung und hat die Oberaufsicht über das Verwaltungshandeln.

### ***Politics***

Die Vertreter der Städte im Projekt *Wir leben 2000 Watt* befinden sich auf unterschiedlichen hierarchischen Ebenen und sind in unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten und Prozesse eingebettet.

In Singen ist die Leiterin der Umweltschutzstelle, welche dem Fachbereich Bauen (Referat) unterstellt ist, für das Projekt *Wir leben 2000 Watt* zuständig. In der Umweltschutzstelle ist seit 2015 zusätzlich ein Klimaschutzmanager angestellt, welcher zuvor für die Stadt Radolfzell im Projekt *Wir leben 2000 Watt* vertreten war. Die Umweltschutzstelle koordiniert umwelt- und naturschutzrelevante Aufgaben und ist zugleich Ansprechstelle für Bürger. Zentral ist die Umsetzung der im eea-Programm enthaltenen Energiestrategie. Die Teilnahme am Projekt *Wir leben 2000 Watt* wurde per Beschluss vom Gemeinderat festgelegt. Auch die entwickelte Charta der 2000-Watt-Städte (2011) sowie die Aufnahme der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in das städtische Leitbild wurden per Beschluss entschieden. Es findet eine jährliche Berichterstattung über das Projekt *Wir leben 2000 Watt* durch die Leiterin der Umweltschutzstelle im Gemeinderat statt.

In Schaffhausen ist der im Bereich Umwelt und Energie angestellte Stadtökologe Vertreter für das Projekt *Wir leben 2000 Watt*. Der Bereich Umwelt und Energie ist Teil des Bereichs Stadtplanung, welcher dem Baureferat unterstellt ist. Der Vertreter ist zuständig für Aufgaben des Klima- und Umweltschutzes sowie die Ausführung des Energierichtplans der Stadt Schaffhausen. Im Projekt *Wir leben 2000 Watt* hat er zudem die Administration für die Schweizer Städte im Rahmen des Programms Interreg IV ABH übernommen, was mit einem deutlichen Mehraufwand und Verantwortung verbunden war. Im Jahr 2014 stimmte die Bevölkerung per Abstimmung gegen die Aufnahme der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in die Stadtverfassung. Seitdem ist die Stadt Schaffhausen nicht mehr im Städtenetzwerk vertreten und hat ihre Aktivitäten unter dem Titel der 2000-Watt-Gesellschaft eingestellt. Die energie- und klimapolitischen Ziele werden jedoch weiterverfolgt.

Für die Stadt Feldkirch sind zwei Personen im Projekt *Wir leben 2000 Watt* vertreten. Zum einen der Gruppenleiter des Bauamts (Referat) in der Funktion als Stadtbaumeister. Zum anderen durch die Leiterin der Umwelta Abteilung, welche dem Bauamt unterstellt ist. Teilweise war bei Treffen des Projekts *Wir leben 2000 Watt* zusätzlich eine Mitarbeiterin aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit vertreten. In der Stadt Feldkirch ist der Bereich Energie als Querschnittsthema angelegt. Der Stadtbaumeister ist verantwortlich für Energiestrategien, die Leiterin der Umwelta Abteilung für die Koordination der Aktivitäten in diesem Bereich. Allerdings werden die konkreten Massnahmen zur Erreichung bestimmter Ziele im Energiebereich den jeweiligen Abteilungen des Bauamts zugeordnet, sodass jede Abteilung einen Energiebezug aufweist und durch die dezentrale Organisation ein regelmässiger Austausch stattfindet.

Die finanziellen Ressourcen im Rahmen des Programms Interreg IV ABH wurden gleichmässig unter den beteiligten Städten aufgeteilt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass der Fördersatz für die Schweiz – aufgrund der Nicht-Mitgliedschaft in der EU – geringer ausfällt. Das Budget für gemeinsame Aktivitäten setzte sich aus einem festen Betrag pro Stadt zusammen. Das Budget für städtische Eigenaktivitäten war somit in der Schweiz niedriger als in Deutschland und Österreich. Für eine gelingende Umsetzung des Projekts *Wir leben 200 Watt* und langfristig der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ist es notwendig, mit den lokal zuständigen Akteuren des Öffentlichen Nahverkehrs und der Energieversorgung zu kooperieren.

In Singen ist der Öffentliche Nahverkehr Teil der Stadtwerke, welche einen Eigenbetrieb der Stadt Singen darstellen. Energieversorger (Erdgas, Strom, Wärme) ist eine externe GmbH. Zwischen der Stadt Singen und dem Energieversorger besteht eine Kooperation im Bereich der Energieberatung.

In Schaffhausen umfassen die Städtischen Werke, welche ein Referat der Stadt bilden, die Gas-, Wasser- und Stromversorgung. Die Versorgungs- und Geschäftsstrategie wird durch das Stadtparlament festgelegt. Eine Tochterfirma, ein Energiedienstleistungsunternehmen, betreut zudem das Kundenzentrum Energiepunkt der Stadt Schaffhausen. Allerdings gibt es neben dem städtischen Energieversorger noch einen kantonalen Anbieter, welcher für die neu eingemeindeten Stadtgebiete zuständig ist. Zwischen den beiden Anbietern besteht ein gewisses Konkurrenzverhältnis, was eine Zusammenarbeit erschwert. Der Öffentliche Nahverkehr wird durch die Schaffhauser Verkehrsbetriebe, welche dem Finanzreferat der Stadt Schaffhausen unterstellt sind, gesteuert.

In Feldkirch umfassen die Stadtwerke, ein Unternehmen der Stadt Feldkirch, sowohl den Öffentlichen Nahverkehr als auch die Strom-, Wärme- und Wasserversorgung. Sie zeichnen sich durch ein hohes Engagement im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz aus, was auch ein Blick auf den Strommix der Stadt bestätigt: 17% fossile Energieträger, 0% nukleare Energieträger und 83% erneuerbare Energieträger (Schmausser et al. 2011, 151).

### ***Policy***

Teilnahmevoraussetzung für das Projekt *Wir leben 2000 Watt* war die Beteiligung der Städte am eea-, Energiestadt- oder e5-Label. Dies impliziert, dass alle involvierten Städte bereits ein gewisses Niveau und Knowhow im Bereich Energie- und Klimaschutz nachweisen können (2000-Watt-Städte 2011, 3).

Singen strebt das ambitionierte Ziel der Auszeichnung eea Gold an. Ausserdem verfügt die Stadt über ein umfangreiches Leitbild zum Energie- und Klimaschutz, in welches auch die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft integriert sind. Zielsetzung bis 2020 sind die Vorgaben der EU (20% Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990, 20% Anteil der erneuerbaren Energieträger am Total, 20% Anteil erneuerbarer Strom) sowie qualitative Bestrebungen in den Bereichen Nachhaltiges Planen, Bauen und Wohnen, Mobilität, Kultur und Bildung, aber auch umweltbewusstes Handeln und Kooperation. Es wurden insbesondere Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz von Gebäuden und Erneuerbare Energien (Photovoltaik- und Holzpellet-Anlagen) durchgeführt. Auch gibt es ein Energie-Förderprogramm. Im Bereich Suffizienz bestand bereits vor dem Projekt *Wir leben 2000 Watt* die Kooperation 2000-Watt-Familien mit den Städten Radolfzell und Konstanz.

Schaffhausen ist Energiestadt und ausgezeichnet mit dem eea Gold. Die Stadt verfolgt die Ziele des Aktionsprogramms EnergieSchweiz und hat diese für die Verwaltung zusätzlich um 10% verschärft. Auch besteht ein Gesamtverkehrskonzept. Die Stadt Schaffhausen bietet viele finanzielle Anreize: zum einen über ein Förderprogramm für Gebäudesanierungen, zum anderen über Rabattaktionen für Elektrovelos oder energiesparende Kaffeemaschinen. Die Beratungsstelle Energiepunkt enthält Ausstellungen und einen Klimashop. Es gibt zudem ein Filmprojekt in Kooperation mit Schulen. In der Stadt Schaffhausen werden im Bereich Energie- und Klimaschutz viele Projekte in Kooperation mit privaten Organisationen und Akteuren (Fahrradhändler, Landwirte, etc.) organisiert.

Feldkirch ist im e5-Programm Vorreiter und zählt als energieeffizienteste Stadt Österreichs. Die Stadt verfügt über ein umfassendes Umweltleitbild mit Klimaschutzzielen und Zielen bezüglich

des Anteils erneuerbarer Energien. Für gemeindeeigene Gebäude strebt sie eine Erhöhung der Deckung des Gesamtenergiebedarfs durch erneuerbare Energien von heute 30% auf 55% im Jahr 2020 an. Auch hat die Stadt einen Energiemasterplan entwickelt, in welchem sie die Ziele und Aktivitäten des e5-Programms und der 2000-Watt-Gesellschaft vereinen und messen möchte. Ein weiteres Ziel der Stadt ist die Profilierung als Fahrradstadt, wofür ein städtisches Verkehrskonzept ausgearbeitet wurde. Feldkirch bietet eine Energieförderung sowie eine Energieberatung an. Auch hat die Stadt einen Umweltbericht verfasst.

### **6.1.2. Interpretation**

Ein detaillierter Überblick über den Output der Städte Singen, Schaffhausen und Feldkirch befindet sich im Anhang dieser Arbeit (vgl. Anhang C). Grob lässt sich feststellen, dass die städtischen Aktivitäten in Feldkirch sehr zahlreich, vielfältig und unter Einbindung verschiedener Akteure stattfanden. Singen weist einen hohen Output bei der Kommunikationskampagne auf. Schaffhausen verzeichnet unter den drei Städten den geringsten Output. Die komparative Analyse identifizierte folgende Zusammenhänge zwischen den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen und dem Output des Projekts *Wir leben 2000 Watt*:

Zur Erreichung der Zielgruppe der Bevölkerung und einer möglichst hohen Reichweite der Kommunikationskampagne gaben die Interviewpartner die Zusammenarbeit mit externen Akteuren als zentral und notwendig an. Die städtischen Verkehrsbetriebe stellen durch ihre Omnipräsenz in der Stadt und als angestrebte Alternative zum motorisierten Individualverkehr einen attraktiven Partner dar. Kindergärten und Schulen nehmen als Sozial- und Bildungseinrichtungen eine wichtige Funktion zur Informationsverbreitung (Multiplikatoren) und Bewusstseins-schaffung ein. Die Energieversorger sind als Kontaktstelle zur Bevölkerung bezüglich Energiefragen und als Anbieter des Strommix entscheidende Akteure im Bereich Energieeffizienz und -substitution, aber auch im Bereich Sensibilisierung. Für den Aktionstag *2000-Watt-Menü* waren die Städte zudem auf die Kooperation mit den Gastronomen angewiesen.

Als wichtige Aspekte für eine gelingende Zusammenarbeit erwiesen sich nach Angabe der Interviewpartner die Überzeugung und Motivation zur Teilnahme, insbesondere im persönlichen Kontakt. Dies gelang durch das Aufzeigen von Vorteilen und Synergien sowie die Geringhaltung des Aufwands für die Partner, indem benötigte Materialien kostengünstig und flexibel zur Verfügung gestellt wurden:

„Der persönliche Kontakt ist wichtig und auch, wie man die Person, die mitmachen soll, antrifft. Es menschelt einfach.“ (Interview Singen)

„Es braucht seine Zeit. Man muss mit den Menschen reden, es ihnen erklären und sie einbinden. [...] Ich habe gemeint, es ist doch in eurem Sinne [gemeint sind die städtischen Verkehrsbetriebe]: ihr nehmt eine Folie, die sich für den Öffentlichen Nahverkehr einsetzt, ihr wollt ja auch, dass die Leute vom Auto auf den Bus oder das Fahrrad umsteigen. [...] Wenn die Leute das Gefühl haben, sie werden mitgenommen, dann machen sie auch mit.“ (Interview Singen)

Eine Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben und den Energieversorgern ist leichter möglich, wenn diese Eigenbetriebe der Stadtverwaltung sind. Dies ist in Feldkirch und Schaffhausen der Fall. In Singen existiert eine Kooperation mit dem externen Energieanbieter im Bereich der Energieberatung, allerdings ist deren Gelingen sehr personenabhängig.

Die Überzeugung externer Partner erfordert ein hohes Engagement der Vertreter im Projekt *Wir leben 2000 Watt* und auch entsprechende personelle Ressourcen. An dieser Stelle weisen die Interviewpartner darauf hin, dass manche Städte die Kooperation im Rahmen des Städtetzwerks aufgrund eines Stellenwechsels oder der Pensionierung eines Vertreters beendet haben:

„Es geht oftmals schlicht um die Frage, ob es in der Stadt jemanden gibt, der sich um so ein Projekt kümmern kann. [...] In Radolfzell gibt es beispielsweise gerade keinen Klimamanager, die sind daher momentan nicht in der Lage das Projekt weiterzuführen. Es fehlt ein Mitarbeiter, der sich mit der Thematik beschäftigt. In Arbon ist der Vertreter in Rente gegangen und dann ist da plötzlich keiner mehr, der das Projekt leitet.“ (Interview Singen)

Hier sticht die Stadt Feldkirch hervor, welche im Vergleich zu Singen und Schaffhausen über zwei bis drei Personen verfügt, die sich an den Treffen des Projekts *Wir leben 2000 Watt* beteiligen. Auch die Anlage des Energiethemas als Querschnittsthema, sodass alle Abteilungen des Bauamts Verantwortung für die Umsetzung der Energiestrategie übernehmen müssen, ist ein zentraler Faktor.

„In Feldkirch sind von mehreren Abteilungen Mitarbeiter involviert, die ziehen am gleichen Strang. Da sind beispielsweise aus dem Amt, an das die Kindergärten angeschlossen sind, die Verantwortlichen mit dabei und können das umsetzen. In Feldkirch hatten wir oft drei Mitarbeiter in der Projektgruppe, das war wirklich einzigartig, und dann noch der Leiter vom Amt. Da hat man gemerkt, dass das in Feldkirch eine hohe Priorität hat und, dass das einfach auch personell viel höher ausgestattet ist. Deswegen konnten die auch viel mehr umsetzen.“ (Interview Kommunikationsagentur)

Hier wird auch die hohe Bedeutung politischer Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten angesprochen. Feldkirch gilt als energieeffizienteste Stadt Österreichs und möchte sich zudem ein Profil als Fahrradstadt aufbauen. Die politische Priorität für Themen der Nachhaltigen Entwicklung ist folglich sehr hoch angesiedelt. Eine Folge ist die stärkere personelle und finanzielle Aus-

stattung für städtische Eigenaktivitäten. Dies zeigt sich auch im sehr hohen Output des Projekts *Wir leben 2000 Watt* (vgl. Anhang C). Auch in Singen ist die politische Unterstützung durch drei Beschlüsse des Gemeinderats bezüglich des Projekts *Wir leben 2000 Watt* und der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft gegeben:

„Unsere Politiker wollen wirklich im Umwelt- und Klimaschutz vorankommen. Das war sicher ausschlaggebend, dass alles so positiv entschieden wurde.“ (Interview Singen)

Ein weiteres Beispiel für die starke Kopplung des Erfolgs eines Projekts an politische Prozesse<sup>16</sup> ist die Stadt Schaffhausen. Der lokale Vertreter im Projekt *Wir leben 2000 Watt*, welcher bereits seit dem Vorläuferprojekt *Lernende Verwaltung* beteiligt ist und als Initiator für die Aufnahme der Idee der 2000-Watt-Gesellschaft in das Städtenetzwerk gilt, musste in Folge einer Abstimmung zur Aufnahme der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in die Stadtverfassung aussteigen. Die Gründe für das negative Ergebnis sehen die Interviewpartner zum einen in der Veränderung politischer Konstellationen im Stadtparlament und einer aufwendigen Gegeninitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Zum anderen in der höheren Präsenz der 2000-Watt-Gesellschaft in der Schweiz durch städtebauliche Pilotprojekte im Vergleich zu Deutschland und Österreich. In der Gegeninitiative der SVP wird die polarisierende Wirkung des Themas der Suffizienz in der Gesellschaft deutlich:

„Die Gegner haben im Kesseler Loch, einer Steinzeithöhle, mit Fellen bekleidet eine Pressekonferenz abgehalten und gesagt: Da steuern wir mit der 2000-Watt-Gesellschaft hin. [...] Wobei wir immer betont haben, dass wir die modernste Technik anstreben. Und Technik schliesst einen Rückgang zur Steinzeit immer aus, vielmehr beruft sie sich auf den aktuellsten Stand der Zeit.“ (Interview Schaffhausen)

Um Massnahmen realisieren zu können, sind die Vertreter der Städte folglich auf die Unterstützung der Verwaltungsspitze und der Politik angewiesen. Deshalb ist es notwendig, diese in Vorgänge des Projekts durch Information und Überzeugung sowie Veranstaltungen einzubinden. Der Oberbürgermeister von Feldkirch nahm an einer Podiumsdiskussion auf der Abschlussveranstaltung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* teil.

Aufgrund der geltenden direkten Demokratie sind die Schweizer Vertreter noch einmal stärker gefordert, Lobbying für Projekte im Umwelt- und Energiebereich sowie die dahinterstehenden Ideen und Massnahmen zu betreiben:

---

<sup>16</sup>Die Interviewpartner führen auch den geringen Output (vgl. Interreg 2014, 12-15) bzw. den Ausstieg der Städte Überlingen (D), Gossau (CH) und Arbon (CH) auf die fehlende politische Unterstützung bzw. Priorisierung zurück.

„Wir müssen damit rechnen, dass ein Vertreter im Parlament eine Volksabstimmung erzwingt. Insofern sind wir gut beraten, wenn wir zu Vorhaben im Energie- und Umweltbereich offensiv kommunizieren. [...] Wir müssen klar sagen, was das Projektziel ist, welche Zielgruppen angesprochen werden, welche Konsequenzen, Vor- und Nachteile sich für die Stadt ergeben“ (Interview St. Gallen)

Einfluss hat die Politik auch auf die Strategien der städtischen Eigenbetriebe, sprich die Verkehrsbetriebe oder Energieversorger, indem sie Ziele und Massnahmen bezüglich der Themen Effizienz, Substitution und Suffizienz in der Geschäftsstrategie festlegen. Dies ist in Feldkirch der Fall. In Singen ist die Energieversorgung unabhängig von der städtischen Verwaltung. In Schaffhausen erfolgt viel Engagement im Bereich der Bewusstseinsbildung für Energiethemen über die Energieberatung der Stadtwerke.

### **6.1.3. Fazit**

Als zentrale Faktoren des politisch-institutionellen Kontexts mit Einfluss auf den Output des Projekts *Wir leben 2000 Watt* werden die folgenden identifiziert:

- persönliches Engagement der Vertreter im Projekt
- personelle und finanzielle Ressourcenausstattung
- Unterstützung durch Verwaltungsspitze und Politik
- politische Priorität umwelt- und energiepolitischer Fragestellungen
- Möglichkeit des Einflusses der Politik auf städtische Eigenbetriebe (Verkehr, Energie)
- dezentrale Organisation und Bearbeitung der Themenbereiche Energie und Umwelt in der Stadtverwaltung, Anlage als Querschnittsthema

Ein Risikofaktor ist die Polarisierung des Themas der Suffizienz in der Gesellschaft. Hier ist es notwendig, die positiven Aspekte in den Vordergrund zu stellen und durch eine klare und attraktive Kommunikation ein Bewusstsein für das Thema zu schaffen. Ein weiterer Risikofaktor ist ein Personalwechsel oder die Pensionierung eines Mitarbeiters bei der Bearbeitung der Themenbereiche Umwelt und Energie durch nur eine Person.

## 6.2. Interkommunale Ebene

Die folgende Analyse dient der Beantwortung der zweiten Forschungsfrage:

- 2) Welche Interaktionsformen und Wechselwirkungen zwischen der strukturellen und der akteurzentrierten Ebene sind in der Planung und Umsetzung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* festzustellen?

Ein Teil der Antwort auf die zweite Forschungsfrage wurde bereits im vorherigen Kapitel (vgl. Kap 6.1) gegeben. Allerdings bezogen sich diese Ergebnisse ausschliesslich auf die kommunale Ebene. Im Folgenden werden die Ergebnisse bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit präsentiert. Hier liegt ein stärkerer Fokus auf den Akteuren im Projekt *Wir leben 2000 Watt* und deren Handlungsorientierungen (Kategorie *Akteure*). Auch werden die Koordination des Handelns innerhalb des Netzwerks und die Interaktionen mit externen Akteuren (Kategorie *Prozesse*) dargelegt. Der Unterschied zur vorherigen Analyse besteht im letzten Teil darin, dass das Städteternetzwerk als korporativer Akteur in den Blick genommen wird und nicht die einzelnen Vertreter als individuelle Akteure. Abschliessend werden relevante Faktoren bezüglich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion erarbeitet. Grundlage der Untersuchung sind die qualitativen Interviews sowie die Regionalstudie von Schmausser et al. (2011).

### 6.2.1. Präsentation

#### *Handlungsorientierungen der städtischen Akteure*

Als motivationale Handlungsorientierungen geben die Interviewpartner zum einen den finanziellen Anreiz durch die Interreg-Förderung an:

„Was die Entscheidung auch erleichtert hat, ist die Interreg-Förderung. Dadurch wurde es sehr, sehr attraktiv. [...] Wir haben aus dem Gesamtbudget einen bestimmten Betrag erhalten, den wir für stadteigene Projekte nutzen konnten. [...] Wir [= die Stadt] haben nur unsere Arbeitszeit reingesteckt.“ (Interview Winterthur)

Zum anderen hat der innovative Charakter des Projekts *Wir leben 2000 Watt* die Teilnahme interessant gemacht. Innovativ war sowohl der thematische Schwerpunkt, nämlich die Auseinandersetzung mit Lebensstilfragen, als auch die Umsetzung gemeinsam entwickelter Massnahmen im Rahmen eines grenzüberschreitenden Netzwerks:

„Neben den klassischen Themen der Energieeffizienz und Substitution spielen Lebensstilfragen, also Fragen der Suffizienz, eine ganz grosse Rolle. Und uns ist es gelungen, das Thema entsprechend zu platzieren. Übrigens auch, glaube ich, in einer gewissen Vorreiterfunktion. [...] Ja, da können wir schon ein bisschen stolz sein, dass wir das so frühzeitig erkannt haben, dass es ein Dreiklang ist.“ (Interview Konstanz)

„Das Innovative ist, dass nicht die Hardware in den Vordergrund gestellt wird, dass man sagt, wir haben da ein neues Kraftwerk gebaut oder eine supereffiziente Heizung, sondern im Vordergrund steht das Kommunikationskonzept mit konkreten Aktionen, mit konkreten Zielgruppen. Und das ist das eigentlich Innovative.“ (Interview St. Gallen)

„Was bei diesem Projekt anders ist, im Vergleich zu anderen Zusammenarbeiten oder Netzwerken, ist, dass wir wirklich mit dem Ziel herangegangen sind, auch konkret etwas umzusetzen, Massnahmen aufzulegen.“ (Interview Winterthur)

Als kognitive Handlungsorientierungen werden der Erfahrungs- und Wissensaustausch mit den anderen Städten zu Themen im Bereich Energie und Umwelt genannt:

„Im Austausch zwischen den Städten liegt ein Riesenpotential [...]. Die Synergien, die es im Projekt gibt, die sind immens.“ (Interview St. Gallen)

„Wenn sie nicht über den Tellerrand schauen, wenn sie nicht schauen, was macht die Nachbargemeinde, was machen andere Städte, dann sind sie sehr schnell, ich will nicht sagen isoliert, aber sie verlieren den Adlerblick. [...] Die politischen Konstitutionen und die Amtsorganisation sind unterschiedlich, aber die Probleme sind im Grunde die gleichen. [...] Lernen vom anderen, also learning on demand, das heisst, sich auf eine konkrete Aufgabenstellung hin fit machen, aus- und weiterbilden, das ist das Ziel.“ (Interview Feldkirch)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Erkenntnis, dass eine Stadt allein eine Kommunikationskampagne wie diese nicht umsetzen kann:

„Der Vorteil ist, dass sich zehn Städte einfach mehr leisten können als eine Stadt. [...] Die haben also ihr Geld zusammen geworfen und deswegen konnten die mehr umsetzen und alle von derselben Broschüre und Website profitieren.“ (Interview Kommunikationsagentur)

Die Interaktionsorientierung im Städtenetzwerk war sehr kooperativ geprägt und der Zugriff auf ein Netzwerk, in welchem man sich gegenseitig unterstützt, wird von den Interviewpartnern wertgeschätzt:

„Insgesamt war die Gruppe sehr diskussionsfreudig, aber sie war auch sehr konstruktiv. Klar gab es unterschiedliche Ausgangspositionen und unterschiedliche Umsetzungsmöglichkeiten, aber es war viel Verständnis für die Situation des anderen vorhanden und man hat immer versucht, den Weg zu finden, von dem alle irgendwie profitieren.“ (Interview Kommunikationsagentur)

„Wenn ich heute etwas brauche im Bereich Energie und Umwelt oder, das muss nicht mal unbedingt sein, dann habe ich ein sehr gutes Netzwerk in diesen Städten und das ist sehr hilfreich.“ (Interview St. Gallen)

### ***Koordination und Interaktionen im Städtenetzwerk***

Die koordinativen und administrativen Aufgaben (Förderantrag, Fördermittelzuweisung, Rechtmässigkeit der Mittelverwendung, etc.) im Rahmen der Interreg-Förderung übernahm ein externes Dienstleistungsbüro. Von den Interviewpartnern wird als positiv erachtet, dass das Büro bereits sowohl über Erfahrung im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Projekten in der Bodenseeregion sowie mit dem Förderprogramm Interreg verfügt, als auch einen thematischen Schwerpunkt der Nachhaltigen Entwicklung in seiner Arbeit aufweist. Für die Städte in den EU-Mitgliedstaaten (D, A) war zusätzlich die Stadt Konstanz und für die Schweizer Städte die Stadt Schaffhausen zuständig. Dies war für die beiden Städte mit einem grossen Mehraufwand verbunden.

„Sie brauchen bei solchen Projekten einen Partner. Die Interreg-Abrechnung und die Förderanträge, die überfordern jeden in der Verwaltung. Sie brauchen da einen Dienstleister, der spezialisiert ist.“ (Interview Konstanz)

Die Prozesse bezüglich der Kommunikationskampagne wurden ebenso von einer externen Kommunikationsagentur koordiniert und moderiert. Zunächst erfolgte eine Bestandserhebung für den Bereich Klimaschutz und Kommunikation in den jeweiligen Städten. Auf dieser Basis und mit eigenen Ideen wurde ein Set an zwölf Massnahmen entwickelt, aus welchen in einem Diskussionsprozess vier Massnahmen zur Umsetzung ausgewählt wurden. Entscheidungen wurden stets im Konsens getroffen, was die Kompromissbereitschaft der teilnehmenden Städte forderte:

„Es gab in der Gruppe schon sehr unterschiedliche Meinungen und diese vier Massnahmen, auf die wir uns geeinigt hatten, das war letztendlich ein Kompromiss. Vier Massnahmen, die am wenigsten auf Ablehnung stiessen, bei denen alle mitgehen konnten, bei denen sich keiner gegenüber seiner Verwaltungs- oder Politikführung verbiegen musste.“ (Interview Kommunikationsagentur)

Es gab für die Planungs- und Entscheidungsprozesse ein sogenanntes Kern- und Begleitteam. Die Bearbeitung einzelner Massnahmen und Aktivitäten wurde demnach in Teilgruppen aufgesplittet. Das Erarbeitete wurde an die Gesamtgruppe weitergeleitet, es gab Rückkopplungen und die Möglichkeit für Feedback. Der Informationsaustausch war folglich gegeben.

„Das Kernteam hat sich öfter getroffen und Sachen erarbeitet, sonst wäre man nie so schnell zum Zug gekommen. Das Vorbereitete haben sie immer sofort per Email gestreut und man konnte es sich anschauen, sich Gedanken darüber machen und rückmelden: das gefällt mir nicht oder das müsste man noch ändern oder ich hätte noch einen Vorschlag. Das war jederzeit möglich.“ (Interview Singen)

Von allen Interviewpartnern wurde die Wichtigkeit einer externen, professionellen Moderation genannt. Mit Blick auf den Organisationsaufwand wurde ausserdem eine Beschränkung der

Gruppengrösse auf zehn bis fünfzehn Städte als notwendig angesehen. Weiter stellt die Berücksichtigung der unterschiedlichen Tempi durch die verschiedenen Verwaltungsabläufe und den mehr oder weniger starken politischen Rückhalt in den einzelnen Städten eine Herausforderung dar.

Hervorgehoben wurde das konstruktive und kooperative Arbeitsklima im Städtenetzwerk, was ein Vertrauensverhältnis entstehen liess. Dies führen die Interviewpartner einerseits auf den zwischenmenschlichen Umgang in den Planungs- und Entscheidungsprozessen, andererseits auf die Möglichkeiten des Kennenlernens und das persönliche Interesse an den individuellen Akteuren auch ausserhalb der Arbeit zurück.

„Wir waren wirklich alle gleichberechtigt, ob das Gossau als kleinere Gemeinde oder Konstanz als die grösste Gemeinde war, das war völlig irrelevant.“ (Interview Schaffhausen)

„Hierarchien spielen keine Rolle, das war während des gesamten Projekts keine Diskussion.“ (Interview Konstanz)

„Das ist übrigens eine Regel gewesen vom ersten Tag an, wir sind per du.“ (Interview Feldkirch)

„Wir hatten uns auch einfach mal so getroffen, was wichtig ist. Wir sind zum Beispiel zusammen Mittagessen oder Wandern gegangen. Das war sehr gut. [...] Ich denke, das ist auch ganz wichtig, dieses Arbeitsklima.“ (Interview Singen)

„Vielleicht ist das besonders bei uns, dass wir die soziale Komponente in den Vordergrund gestellt haben, dass wir den Menschen kennenlernen wollten, mit dem wir kooperieren.“ (Interview Feldkirch)

Als wichtiger Faktor für die gelingende Zusammenarbeit wird zudem die Sozialkompetenz und Teamfähigkeit sowie das Engagement und Fachwissen der Akteure genannt.

„Wir sind schon eine Gruppe [...], die stark durch die Persönlichkeiten lebt, denen das Thema wichtig ist. Wenn wir zusammenkommen, entsteht eine verstärkende Wirkung. Und das trägt schon auch.“ (Interview Winterthur)

„Es kommt auch stark darauf an, wie die Teammitglieder sind, also fachtechnische Eigenschaften, aber auch soziale Eigenschaften, die sie mitbringen.“ (Interview St. Gallen)

Seit dem Auslaufen der finanziellen Förderung durch das Programm Interreg ABH im Jahr 2013 existiert das Städtenetzwerk weiterhin und es finden regelmässige Treffen statt. Die Städte entwickelten eine Charta, in welcher die Regeln der Zusammenarbeit und die Ziele für die nächsten fünf Jahre festgelegt werden. Diese muss nun durch die entsprechenden politischen Gremien be-

geschlossen werden. Angestrebt wird der Fokus auf einen noch stärkeren Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den Städten nach der Grundidee des Vorläuferprojekts *Lernende Verwaltung*. Auch sollen weiterhin kollektiv konkrete Massnahmen umgesetzt werden. Dabei wird die zentrale Herausforderung darin gesehen, das Projekt auch ohne finanzielle Unterstützung durch das Programm Interreg weiter lebendig zu halten:

„Das physische Sich-Treffen und das Vermeiden von Stagnation, das heisst, dass man sich nicht nur trifft und sich ein bisschen etwas erzählt, sondern, dass man gemeinsam Ideen entwickelt und umsetzt, dass man sich gemeinsam weiter bewegt – das ist die zentrale Herausforderung.“ (Interview Konstanz)

### ***Interaktionen des Städtetzwerks auf regionaler Ebene***

Einer Empfehlung der Regionalstudie folgend war das Städtetzwerk bestrebt, den Austausch und die Zusammenarbeit mit Akteuren auf der regionalen Ebene zu intensivieren:

„Ebenso wichtig wie die Abstimmung mit der kommunalen Ebene ist aber die Abstimmung mit [...] weiteren laufenden regionalen Aktivitäten und Programmen in der Bodenseeregion [...] und mit der Politik auf Bundes- und Landes- bzw. Kantonsebene. Hier können Synergien genutzt und Impulse ausgesandt werden.“ (Schmausser et al. 2011, 139)

Im Projektantrag vorgesehen war die Gründung einer Plattform für Energieversorger in der Bodenseeregion. Dieses Vorhaben wurde jedoch auf ein anderes regionales Gremium, den ISB, verlagert. Die Interviewpartner begründen dies zum einen durch die fehlenden Kapazitäten im Rahmen des Projekts *Wir leben 2000 Watt*. Zum anderen gab es geeignetere Gremien, um eine solche Plattform zu realisieren. Die Möglichkeit des Austausches der Energieversorger zu klassischen Energiethemen (Effizienz, Substitution) bestand bereits innerhalb des ISB. Das Bedürfnis, sich parallel hierzu zum Thema Suffizienz auszutauschen, war nicht vorhanden.

„Es gibt ja den Internationalen Städtebund Bodensee und da haben wir das Gefäss genutzt, um über unser Projekt *Wir leben 2000 Watt* zu informieren. Das heisst, die Energieversorger aus der Region haben sich sowieso über das Gremium getroffen. Aber eine weitergehende Zusammenarbeit oder Involvierung hat nicht stattgefunden.“ (Interview St. Gallen)

Über die Stadt St. Gallen blieb jedoch ein Informationstransfer bezüglich der weiteren Entwicklungen der Plattform im ISB bestehen. Auch wurden die Energieversorger zur Start- und Schlusskonferenz des Projekts *Wir leben 2000 Watt* eingeladen.

Die Interaktion mit politischen Akteuren auf der Landes- bzw. Kantonsebene ist nach Angabe eines Interviewpartners durch ein gewisses Konkurrenzverhältnis geprägt. Gleichzeitig ist die

IBK, welche sich aus Vertretern dieser Ebenen zusammensetzt, genehmigende Behörde, was die Einreichung von Projektanträgen im Rahmen des Programms Interreg anbelangt. Es wird eine mangelnde Durchlässigkeit zwischen der kommunalen und der Landes- bzw. Kantonsebene kritisiert. Doch gerade in Bezug auf das Thema der Suffizienz erachtet der Interviewpartner eine Zusammenarbeit als wichtig, da die Kommunen durch ihre Bürgernähe einen entscheidenden Einfluss auf Fragen der Verhaltensänderung haben können. Daher wird ein stärkerer Einbezug der Kommunen in Diskussionen und Stellungnahmen auf Landes- und Kantonsebene gefordert.

Die gleiche Kritik wird in Bezug auf die Interaktion mit den Energieinstituten und –fachstellen auf Landes- bzw. Kantonsebene genannt, welche auch den Auftrag haben, sich mit Programmen und Werbemitteln an die Bürger zu wenden. Hier fand allerdings ein Abgleich der Aktivitäten statt, um Redundanzen zu vermeiden und Synergien zu identifizieren. Der Informationsaustausch wurde über die Kerngruppe des Projekts *Wir leben 2000 Watt* gewährleistet. Die Energieinstitute und –fachstellen wurden auch in Veranstaltungen des Projekts eingebunden.

### ***Grenzüberschreitende Aspekte***

Grundsätzlich werden die unterschiedlichen Gesetzgebungen und Verwaltungsstrukturen sowie die divergierenden politischen Systeme (direkte Demokratie in der Schweiz) von den Interviewpartnern nicht als Hindernis wahrgenommen:

„Wir sprechen eine Sprache in der Bodenseeregion, das ist ein riesiger Vorteil. Die Schweizer haben ein bisschen eine andere Kultur, die Deutschen haben ein bisschen eine andere Kultur. Aber das ist auch etwas Belebendes. Das sind keine echten Hemmnisse. Die politischen Strukturen sind anders, die politischen Systeme sind anders, gerade in der Schweiz. Aber das war auch kein Hemmnis, sondern eher eine Bereicherung. Natürlich ist die Zusammenarbeit auch geprägt von den Menschen in der Gruppe. [...] Man muss natürlich – wenn man solche Projekte macht – eine Bereitschaft zur internationalen Kommunikation haben.“ (Interview Konstanz)

Durch die verschiedenen Ausgangslagen wird eine gewisse Einschränkung bei der Auswahl gemeinsam umsetzbarer Projekte gesehen. Die Kommunikationsebene wird hier als sehr günstig empfunden, da sie – beispielsweise im Vergleich zu baulichen Projekten – keine Konfrontation mit Unterschieden in der Gesetzgebung beinhaltet.

„Das Sachthema, da kann man gut diskutieren, doch wenn es um die Frage geht, wie ich das dann realisiere, da muss jedes Land seinen eigenen Weg finden.“ (Interview Singen)

Hervorgehoben wird auch die starke Vernetzung des geographischen Raums der Bodenseeregion. Insbesondere die Stadt Feldkirch gibt an, dass das Land Vorarlberg stärker an die grenzüber-

schreitende Bodenseeregion angebunden sei als an das österreichische Nachbarland Tirol. Durch den Bodensee als verbindendes und gleichzeitig trennendes Element wird der hohe Reiseaufwand im Rahmen der Kooperation angemerkt. Dies betrifft sowohl die Projektteilnehmer bei internen Treffen als auch Politiker und Presse bei öffentlichen Veranstaltungen des Projekts *Wir leben 2000 Watt*.

Ein Vorteil der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Möglichkeit der Förderung über das Programm Interreg. Hier werden von den Interviewpartnern die unterschiedlichen Fördersätze zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und der Schweiz sowie die fehlende Option von Folgeanträgen genannt. Dies wird von den Interviewpartnern teils als problematisch für die Umsetzung von Projekten mit langfristigen Zielen angesehen, teils wird jedoch auch die ständige Weiterentwicklung von Ideen durch den Innovationsgedanken geschätzt.

### **6.2.2. Fazit**

Bei der Betrachtung der Handlungsorientierungen der Akteure und Interaktionen im Rahmen des Projekts *Wir leben 2000 Watt* wurden die folgenden Faktoren als zentral identifiziert:

- Austausch und kooperatives Handeln
- Wissens- und Erfahrungstransfer

Diese Punkte erleichtern durch die Übernahme von Instrumenten und Materialien sowie den Erfahrungsaustausch die alltägliche Berufspraxis. Auch können durch die gemeinsame Bearbeitung und Umsetzung von Themen und Massnahmen Ressourcen eingespart werden. Hier spielen auch das Arbeitsklima und das daraus entstandene Vertrauen sowie das Engagement und die Sozialkompetenz der teilnehmenden Personen eine Rolle.

Weitere wichtige Faktoren sind:

- Übernahme administrativer Aufgaben im Rahmen des Programms Interreg durch einen erfahrenen externen Partner
- professionelle Koordination und Moderation der Planungs- und Entscheidungsprozesse

Als Herausforderungen werden die folgenden Punkte angesehen:

- divergierende Verwaltungsabläufe und dadurch Tempi der Aufgabenerfüllung
- hoher Reiseaufwand, Schwierigkeit der Organisation der Presse und Politiker aus den unterschiedlichen Städten an einen Ort
- mangelnde Einbindung der Kommunen in Prozesse auf der Landes- und Kantonsebene bezüglich des Themas der Suffizienz

- Vielzahl an Gremien und Projekten in der Bodenseeregion; Risiko der Überschneidung oder Dopplung von Vorhaben auf der kommunalen Ebene mit Vorhaben auf der regionalen Ebene

## 7. Diskussion – Herausforderungen und Erfolgsfaktoren

Im Folgenden werden die in der Analyse auf der kommunalen und interkommunalen Ebene (vgl. Kap. 6.1 und Kap. 6.2) im Projekt *Wir leben 2000 Watt* identifizierten Schlüsselfaktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter Einbezug der theoretischen Grundlagen (vgl. Kap. 3) und der Ausführungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion (vgl. Kap. 2) diskutiert. Dieses Kapitel beinhaltet die Beantwortung der dritten Forschungsfrage:

- 3) Welches sind – auf Basis der vorhergehenden Analysen – die zentralen Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf kommunaler und interkommunaler Ebene in der Bodenseeregion?

Als Voraussetzung für kollektives Handeln wird nach Fürst (2007, 358) das Erkennen eines bestehenden Handlungsbedarfs gesehen, welcher sich nicht durch individuelle Strategien erfüllen lässt. Dies ist im Fall des Projekts *Wir leben 2000 Watt* die Realisierung der wechselseitigen finanziellen und personellen Abhängigkeit der Kommunen bei der Umsetzung der Kommunikationskampagne. Das Förderprogramm Interreg ABH bietet hier einen finanziellen Anreiz und stellt die Weichen für eine produktive grenzüberschreitende Kooperation. Zudem geht dem Projekt *Wir leben 2000 Watt* ein kollektiver Lernprozess voraus. Basis ist eine partizipativ, dies meint unter Einbindung der kommunalen Akteure, entwickelte Regionalstudie (Schmausser et al. 2011). In dieser wird ebenso der kollektive Handlungsbedarf zur Umsetzung der politisch beschlossenen Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft unterstrichen (Schmausser et al. 2011, 9). Durch die Organisation der Kommunen über das Städtenetzwerk im Kontext einer energie- und gesellschaftspolitischen Vision wird den von Griffin (2010, 365) konstatierten Defiziten im politischen Handeln – politische Ineffizienzen, mangelnde Policy-Umsetzung und wachsende Umweltprobleme – entgegengesteuert und eine *Governance for Sustainable Development* realisiert. Der Definition von Lange et al. (2013, 420) folgend muss eine *Governance for Sustainable Development* einerseits Konsistenz mit Blick auf die normativen Ansprüche des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung (vgl. Kap. 1.1) aufweisen, andererseits wird das Streben nach einer Transformation struktureller oder behavioristischer Gegebenheiten gefordert. Unter diesen Bedingungen kann Governance nach Lange et al. (2013) einen tatsächlichen Einfluss auf eine nachhaltigere Gestaltung politischer Prozesse und bestehender Lebensformen ausüben (Lange et al. 2013, 420). Das Projekt *Wir leben 2000 Watt* erfüllt die genannten Kriterien sowohl inhaltlich (Vision der 2000-Watt-Gesellschaft, Schwerpunkt Suffizienz) als auch strukturell (Veränderungen im Konsum- und Alltagsverhalten der Bevölkerung, interkommunale Zusammenarbeit und gemeinsame Realisierung

konkreter Massnahmen). Netzwerke gelten als ein Ansatz, um Kosten- und Informationsineffizienzen entgegenzuwirken. Dieser Vorteil wird von Granovetter (1985) unter dem Begriff des strukturellen Effekts beschrieben (Wald / Jansen 2007, 101). Danach werden Informationen durch die vielfältigen Beziehungen der Akteure zueinander schneller und in höherer Qualität vermittelt (Wald / Jansen 2007, 101). Dies ist auf die Möglichkeit der präziseren Abstimmung innerhalb des Netzwerks und eine höhere Zuverlässigkeit, was die Glaubwürdigkeit der Information anbelangt, zurückzuführen (Wald / Jansen 2007, 101). Letzteres hängt nach Granovetter (1985) mit einem weiteren Effekt im Rahmen von Netzwerken zusammen, dem relationalen Effekt (Wald / Jansen 2007, 101). Darunter wird die Option des persönlichen Kennenlernens der teilnehmenden Partner neben dem Austausch zum Zweck der Zusammenarbeit verstanden (Wald / Jansen 2007, 101). Die beiden geschilderten Effekte werden von Granovetter (1985) unter dem Konzept *structural embedded action* gefasst und tragen zur Entstehung von Vertrauen und Verhaltenserwartungen in Netzwerken bei (Wald / Jansen 2007, 98). Auch Fürst (2007, 360) schreibt den zwischenmenschlichen Beziehungen eine wichtige Rolle zu: „Da Vertrauen zur Stabilisierung von Prozessen wichtig ist, kommt den Aktivitäten, die soziale Kommunikation stärken, Interaktionen intensivieren und Vertrauen aufbauen helfen, eine zentrale Funktion zu“. Im Rahmen der Untersuchung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* ist eine Übereinstimmung mit den im Konzept *structural embedded action* beschriebenen Netzwerkeffekten festzustellen. Die Interviewpartner nennen als Vorteile des Städtenetzwerks den Austausch, das kooperative Handeln (Möglichkeit der Übernahme von Instrumenten und Materialien) sowie den Wissens- und Erfahrungstransfer. Die genannten Faktoren werden von den Interviewpartnern als eine Erleichterung der alltäglichen Berufspraxis wahrgenommen, durch welche sich zudem Ressourcen einsparen lassen und Handlungsoptionen eröffnet werden. Dedeurwaerdere (2005, 2) fasst dies passend in folgendem Zitat zusammen: „From a functional point of view, the aim of network governance is to create a synergy between different competences and sources of knowledge in order to deal with complex and interlinked problems“. Durch die langjährige Zusammenarbeit – bereits innerhalb der Vorläuferprojekte *Lernende Verwaltung* und *Städte gestalten Zukunft* – hat sich zudem eine „Kultur des Vertrauens und der Verbindlichkeit“ (Interreg ABH 2014, 8) gebildet. Bei Granovetter (1985) wird dies unter dem Begriff der Tauschhistorie gefasst (Wald / Jansen 2007, 98). Mit Blick auf die Koordinationsprozesse innerhalb des Netzwerks lassen sich für den Untersuchungsgegenstand *Wir leben 2000 Watt* die folgenden Punkte als Erfolgsfaktoren identifizieren: Zum einen die professionelle Koordination und Moderation der Planungs- und Entscheidungs-

prozesse, zum anderen die Übernahme administrativer Aufgaben im Rahmen des Programms Interreg ABH durch einen erfahrenen externen Partner. Die Bedeutung einer klaren Prozessstrukturierung wird auch von Fürst (2007, 360) hervorgehoben. Die Kommunikation im Städtenetzwerk zeichnet sich durch einen gleichberechtigten und nicht-hierarchischen Umgang zwischen den städtischen Vertretern aus, wie es für Netzwerke als typisch angesehen wird (Wald / Jansen 2007, 97).

Insgesamt betrachtet lässt sich mit Blick auf die oben geschilderten Faktoren und auf den Output für das Projekt *Wir leben 2000 Watt* eine hohe kollektive Handlungsfähigkeit konstatieren. Diese wird nach Schimank und Werle (2000, 16) als das funktionierende Zusammenspiel des Handelns öffentlicher und privater Akteure begriffen, welches sich in einem Spannungsfeld zwischen den angestrebten Zielen und sich ereignenden strukturellen Dynamiken befindet. Bezüglich der strukturellen Kontextbedingungen werden im Zuge der Analyse die folgenden Herausforderungen beziehungsweise Schlüsselfaktoren identifiziert: Das persönliche Engagement der Vertreter im Projekt, die personelle und finanzielle Ressourcenausstattung der jeweiligen Städte, die Unterstützung der Ziele des Projekts durch die kommunale Verwaltungsspitze, die lokalpolitische Priorität umwelt- und energiepolitischer Fragestellungen, die Möglichkeit des Einflusses der Politik auf städtische Eigenbetriebe (Verkehr, Energie) sowie die dezentrale Organisation und Bearbeitung der Themenbereiche Energie und Umwelt in der städtischen Verwaltung. Letzteres meint die Anlage des Themenkomplexes Energie und Umwelt als Querschnittsthema, sodass für die Realisierung beschlossener Zielsetzungen mehrere Verwaltungsmitarbeiter Aufgaben übernehmen und Verantwortung innehaben. Dadurch kann den Risikofaktoren des Personalwechsels oder der Pensionierung eines Vertreters entgegengewirkt werden. Zudem verfügen die jeweiligen Verwaltungsmitarbeiter über sich ergänzende Kompetenzen in den jeweiligen Fachbereichen und ermöglichen durch die Nutzung von Synergien eine erhöhte Handlungsfähigkeit. Dies verdeutlicht der erzielte Output der Stadt Feldkirch, welcher den Output der anderen untersuchten Städte bei weitem übersteigt (vgl. Anhang C). Folgende strukturelle Faktoren bieten hierfür eine Erklärung: hohe politische Priorisierung und dezentrale Bearbeitung umwelt- und energiepolitischer Themen, hohe Ausstattung mit personellen Ressourcen im Rahmen des Projekts, auf Energieeffizienz und –substitution ausgerichtetes Profil des städtischen Energieversorgers.

Des Weiteren wurden in Bezug auf die Planungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb des Netzwerks die von Stadt zu Stadt divergierenden Verwaltungsabläufe und dadurch Tempi der Aufgabenerfüllung genannt. Diese wurden von den Interviewpartnern jedoch nicht als Hindernis-

se, sondern als zu beachtende Faktoren wahrgenommen. Eine genaue Analyse der prozeduralen Unterschiede im Vorfeld von Kooperationen würde die Zusammenarbeit jedoch erleichtern und sich wiederholende Erläuterungen notwendiger Vorgehen aufheben. Als Schwierigkeit wurde der hohe Reiseaufwand durch das trennende Element des Bodensees und den mässig ausgebauten Öffentlichen Nahverkehr in der Region genannt. Diese impliziert die Herausforderung der Organisation der Presse und Politiker aus den unterschiedlichen Städten an einen Ort bei der Durchführung von städteübergreifenden Veranstaltungen im Rahmen des Projekts *Wir leben 2000 Watt*. Die Analyse der Interaktionen des Städtenetzwerks mit Akteuren auf der Landes- und Kantonebene bestätigt zum Teil die in der Literaturrecherche bestimmten Defizite der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion. Ein Interviewpartner kritisiert die mangelnde Einbindung der Kommunen in Prozesse auf der Landes- und Kantonebene im Bereich Energie und Umwelt. Trotz der langen Tradition und der positiven Voraussetzungen für grenzüberschreitende Kooperationen – begründet durch eine gemeinsame Sprache und ähnliche kulturelle Kontexte in den Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz (Zumbusch / Scherer 2011, 107) – ist noch immer eine fehlende Durchlässigkeit zwischen den beiden politischen Ebenen festzustellen. Auch Röber (2012, 314) erkennt für die Bodenseeregion keinen Trend zur Entstehung ebenenübergreifender, formal institutionalisierter Netzwerke – wie es in anderen Grenzregionen mit ähnlichen Ausgangsbedingungen üblich ist. Dabei gilt insbesondere die lokale Ebene als entscheidend für die Entwicklung und das Erproben praktischer Lösungsansätze (Gabbe 2006, 385). Auch Schwalb und Walk (2007, 8) halten den direkten Einbezug der Bürger – und dies ist insbesondere für das Thema der Suffizienz relevant – fast nur auf der kommunalen Ebene für realisierbar. Durch die Vielzahl an grenzüberschreitenden Gremien und Kooperationen besteht ausserdem das Risiko der Überschneidung oder Dopplung von Vorhaben auf der kommunalen Ebene mit Vorhaben auf der regionalen Ebene. Im Projekt *Wir leben 2000 Watt* fand ein Abgleich mit den Energiefachstellen und –instituten bezüglich geplanter Aktivitäten im Bereich Suffizienz statt. Dennoch wird eine Intensivierung der Zusammenarbeit und mehr Transparenz zwischen den unterschiedlichen politischen Ebenen als notwendig erachtet, um die kollektive Handlungsfähigkeit der Akteure auf kommunaler und auch auf Landes- und Kantonebene in der Bodenseeregion zu steigern.

## 8. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Arbeit widmet sich dem Komplex der *Governance for Sustainable Development* auf kommunaler und interkommunaler Ebene. Die Relevanz des Themas liegt in der zunehmenden Verflechtung von globalen Problemzusammenhängen und lokalem Handeln (Kemp 2005, 15), dem zunehmenden Zusammenspiel staatlicher und nicht-staatlicher Akteure (Schwalb / Walk 2007, 9) sowie der Setzung kollektiver Handlungsfähigkeit als Bedingung für eine langfristig tragfähige Gesellschaft bei begrenzter Ressourcenverfügbarkeit (Burger 2007, 17). Nachhaltige Entwicklung wird dabei als ein andauernder Transformationsprozess verstanden, welcher durch die steigenden wechselseitigen Abhängigkeiten sozialer und ökologischer Systeme geprägt ist (Kemp et al. 2005, 23). Kollektive Handlungsfähigkeit meint das funktionierende Zusammenwirken der Interaktionen öffentlicher und privater Akteure basierend auf einem Mix an Koordinationsmechanismen (Schimank / Werle 2000, 16). Governance wird im Rahmen dieser Arbeit definiert als „process of – more or less institutionalized – interaction between public and / or private entities ultimately aiming at the realization of collective goals“ (Lange et al. 2013, 406).

Den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit bildet das grenzüberschreitende Städtenetzwerk *Wir leben 2000 Watt* im Dreiländereck Deutschland, Österreich und Schweiz, welches die Realisierung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion anstrebt. Das Projekt mit dem Schwerpunkt Suffizienz wurde in den Jahren 2012 bis 2014 im Rahmen des Förderprogramms Interreg IV ABH finanziert und umgesetzt. Vorhergegangen sind die Projekte *Lernende Verwaltung* (Interreg III ABH, Laufzeit: 2005-2008) und *Städte gestalten Zukunft* (Interreg IV ABH, Laufzeit: 2008-2011). Auch eine Fortführung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* findet statt, bisher jedoch ohne finanzielle Mittel des Programms Interreg ABH.

Das Interesse der empirischen Analyse liegt in der Planung und Implementierung von Projekten für eine Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene. Dabei wird eine Rekonstruktion des untersuchten Projekts *Wir leben 2000 Watt* angestrebt, um mögliche Wirkungszusammenhänge zwischen den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen und den Prozessen und Interaktionen der beteiligten Akteure herauszuarbeiten.

Analytisch wird dies mittels der Verknüpfung des Meta-Frameworks nach Lange et al. (2013) und dem Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995) gefasst. Der Meta-Framework nach Lange et al. (2013) dient der Analyse von *Modes of Governance for Sustainable Development* entlang der politikwissenschaftlichen Dimensionen *Polity*,

*Politics* und *Policy*. Der akteurzentrierte Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf (1995) stellt ein umfangreiches Handlungskonzept dar, welches sowohl die Struktur- als auch die Prozessebene einbezieht und die Analyse von Mikroprozessen, welche zur Beantwortung der Forschungsfragen notwendig ist, ermöglicht. Gleichzeitig bedarf es des Meta-Frameworks nach Lange et al. (2013) zur strukturierten Analyse der politisch-institutionellen Kontextbedingungen. Die entwickelten Forschungsfragen sind die folgenden:

- 1) Welches sind die zentralen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Kommunen in den Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz als Voraussetzung für die Planung und Umsetzung des Projekts *Wir leben 2000 Watt*?
- 2) Welche Interaktionsformen und Wechselwirkungen zwischen der strukturellen und der akteurzentrierten Ebene sind in der Planung und Umsetzung des Projekts *Wir leben 2000 Watt* festzustellen?
- 3) Welches sind – auf Basis der vorhergehenden Analysen – die zentralen Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf kommunaler und interkommunaler Ebene in der Bodenseeregion?

Methodisch wurde ein dreistufiges Forschungsdesign entworfen: Der erste Schritt beinhaltet die vergleichende Betrachtung der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen von drei am Projekt *Wir leben 2000 Watt* beteiligten Kommunen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der zweite Schritt analysiert die Handlungsorientierungen und Interaktionen der öffentlichen und nicht-öffentlichen Akteure sowie potentielle Wechselwirkungen mit den ermittelten lokalspezifischen Kontexten. Hier werden alle Kommunen in die Analyse einbezogen. Der dritte Schritt identifiziert auf Basis der erarbeiteten Ergebnisse zentrale Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion. Die erhobenen Daten bestehen zum einen aus Informationen aus öffentlichen Dokumenten zum Projekt *Wir leben 2000 Watt*, einer Regionalstudie zur 2000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion (Schmausser et al. 2011) und einer SWOT-Analyse zum Interreg V ABH Programmgebiet (Scherer / Zumbusch 2013). Zum anderen wurden qualitative Experteninterviews mit sieben städtischen Vertretern und zwei externen Partnern im Projekt *Wir leben 2000 Watt* durchgeführt.

Auf der kommunalen Ebene wurden die folgenden Faktoren als zentral identifiziert:

- persönliches Engagement der Vertreter im Projekt
- personelle und finanzielle Ressourcenausstattung
- Unterstützung durch Verwaltungsspitze und Politik
- politische Priorität umwelt- und energiepolitischer Fragestellungen

- Möglichkeit des Einflusses der Politik auf städtische Eigenbetriebe (Verkehr, Energie)
- dezentrale Organisation und Bearbeitung der Themenbereiche Energie und Umwelt in der Stadtverwaltung, Anlage als Querschnittsthema

Auf interkommunaler Ebene wurden die folgenden Faktoren als relevant erarbeitet:

- Austausch und kooperatives Handeln, Ressourceneinsparung
- Wissens- und Erfahrungstransfer
- Übernahme administrativer Aufgaben im Rahmen des Programms Interreg durch einen erfahrenen externen Partner
- professionelle Koordination und Moderation der Planungs- und Entscheidungsprozesse

Als Risikofaktoren beziehungsweise Herausforderungen wurden auf kommunaler und interkommunaler die folgenden Faktoren eruiert:

- Polarisierung des Themas der Suffizienz in der Gesellschaft
- Personalwechsel oder die Pensionierung eines Mitarbeiters bei der Bearbeitung der Themenbereiche Umwelt und Energie durch nur eine Person
- divergierende Verwaltungsabläufe und dadurch Tempi der Aufgabenerfüllung
- hoher Reiseaufwand, Schwierigkeit der Organisation der Presse und Politiker aus den unterschiedlichen Städten an einen Ort
- mangelnde Einbindung der Kommunen in Prozesse auf der Landes- und Kantonsebene bezüglich des Themas der Suffizienz
- Vielzahl an Gremien und Projekten in der Bodenseeregion; Risiko der Überschneidung oder Dopplung von Vorhaben auf der kommunalen Ebene mit Vorhaben auf der regionalen Ebene

Die vorliegende Arbeit leistet durch die präsentierten Ergebnisse einen Beitrag zum besseren Verständnis von Prozessen der *Governance for Sustainable Development* auf kommunaler und interkommunaler Ebene in der Bodenseeregion. Die Aussagekraft der Ergebnisse ist aufgrund des lokalspezifischen Kontexts beschränkt.

Nicht berücksichtigt wurden im Rahmen der Analyse sozio-demographische, topographische und geologische Aspekte. Diese könnten insbesondere mit Blick auf die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Städte bezüglich des Strommix und des primären Energiebedarfs aufschlussreiche Informationen liefern. Auch wäre deren Einfluss auf den Output des Projektes *Wir leben 2000 Watt* interessant.

In Bezug auf bereits durchgeführte Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, -substitution und Suffizienz wäre eine Wirkungsanalyse relevant, um weitere notwendige Schritte zur Erreichung der langfristigen, übergeordneten Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion zu identifizieren.

## 9. Literatur- und Quellenverzeichnis

- 2000-Watt-Städte (2011), Charta der 2000-Watt-Städte in der Bodensee-Region. (Vertrauliches Dokument).
- 2000-Watt-Städte (2013a): „Wir leben 2000 Watt (Broschüre)“. URL:  
[http://www.wirleben2000watt.com/fileadmin/content/user\\_upload/2000Watt\\_Broschuere\\_Web\\_131009.pdf](http://www.wirleben2000watt.com/fileadmin/content/user_upload/2000Watt_Broschuere_Web_131009.pdf) [Stand: 12.04.2016].
- 2000-Watt-Städte (2013b): „Wir leben 2000 Watt (Website)“. URL:  
<http://www.wirleben2000watt.com/wir-leben-2000-watt/> [Stand: 12.04.2016].
- 2000-Watt-Städte (2014): „Abschlussbericht WIR LEBEN 2000 WATT. INTERREG IV A – Umsetzung eines Kommunikationskonzepts und dessen Begleitung für das Projekt der 2000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion (April 2013 bis September 2014)“. URL:  
[http://www.wirleben2000watt.com/fileadmin/content/Infoblock/Allgemein/2000WG\\_Abschlussbericht\\_141029.pdf](http://www.wirleben2000watt.com/fileadmin/content/Infoblock/Allgemein/2000WG_Abschlussbericht_141029.pdf) [Stand: 12.04.2016].
- 2000-Watt-Städte (2016), Charta der 2000-Watt-Städte in der Bodensee-Region. (Vertrauliches Dokument).
- Aarebrot, Frank H. / Bakka, Pal H. (2003), „Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft“. In: Berg-Schlosser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich. 57-76.
- Arnouts, Rikke / Zouwen, Marielle van der / Arts, Bas (2012), „Analysing governance modes and shifts – Governance arrangements in Dutch nature Policy“. *Forest Policy and Economics*, Vol. 16, Nr. C, 43-50.
- Benz, Arthur (2004), „Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“. In: Benz, Arthur (Hg.), *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 11-28.
- Bevir, Mark (2009), *Key Concepts in Governance*. London: SAGE Publications Ltd.
- Blatter, Joachim / Scherer, Roland (2006), „Die Bodenseeleitbilder als Spiegel der grenzüberschreitenden Kooperation und im Spiegel der Wissenschaften“. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.), *Brennpunkt Stadt: Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt, politische Einheit: Festschrift für Heinrich Maeding zum 65. Geburtstag*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik. 281-292.
- Bogumil, Jörg (2001), *Modernisierung lokaler Politik: kommunale Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld zwischen Parteienwettbewerb, Verhandlungszwängen und Ökonomisierung*. Baden-Baden: Nomos Verlag (= Staatslehre und politische Verwaltung, Band 5).

- Bundesamt für Statistik (BFS): „Gemeindestatistik 1981-2014 nach demographischen Komponenten, institutionellen Gliederungen, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Jahr“. URL: [https://www.pxweb.bfs.admin.ch/Selection.aspx?px\\_language=de&px\\_db=px-x-0102020000\\_201&px\\_tableid=px-x-0102020000\\_201\px-x-0102020000\\_201.px&px\\_type=PX](https://www.pxweb.bfs.admin.ch/Selection.aspx?px_language=de&px_db=px-x-0102020000_201&px_tableid=px-x-0102020000_201\px-x-0102020000_201.px&px_type=PX) [Stand: 12.04.2016].
- Bundesgeschäftsstelle European Energy Award (eea) (2016): „Der European Energy Award“. URL: <http://www.european-energy-award.de/european-energy-award/> [Stand: 12.04.2016].
- Burger, Paul (2007), „Nachhaltigkeitstheorie als Gesellschaftstheorie. Ein philosophisches Plädoyer“. In: Kaufmann, Ruth / Burger, Paul / Stoffel, Martine (Redaktion und Konzeption): Nachhaltigkeitsforschung – Perspektiven der Sozial- und Geisteswissenschaften. Bern: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (=Nachhaltige Entwicklung). 13-34.
- Dedeurwaerdere, Tom (2005), The contribution of network governance to sustainable development. Paris: Institut du développement durable et des relations internationales (Iddri) (= Les séminaires de l’Iddri, Nr. 13).
- Driessen, Peter P. J. / Dieperink, Carel / Laerhoven, Frank van / Runhaar, Hens A.C. / Vermeulen, Walter J. V. (2012), „Towards a Conceptual Framework for The Study of Shifts in Modes of Environmental Governance – Experiences From The Netherlands. Environmental Policy and Governance, Vol. 22, Nr. 3, 143-160.
- Energieinstitut Vorarlberg: „Was ist e5?“. URL: <http://www.energieinstitut.at/gemeinden/das-e5-landesprogramm/das-ist-das-e5-programm/was-ist-e5/> [Stand: 12.04.2016].
- EnergieSchweiz (2015): „Nachhaltig unterwegs mit Energiestadt (Broschüre)“. URL: [http://www.energiestadt.ch/fileadmin/user\\_upload/Energiestadt/de/Dateien/Das\\_Label/energiestadt\\_broschuere\\_d\\_150423.pdf](http://www.energiestadt.ch/fileadmin/user_upload/Energiestadt/de/Dateien/Das_Label/energiestadt_broschuere_d_150423.pdf) [Stand: 12.04.2016].
- Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft: „2000-Watt-Gesellschaft“. URL: <http://www.2000watt.ch/> [Stand: 12.04.2016].
- Flick, Uwe (2007), „Auswahlstrategien: Sampling“. In: Flick, Uwe, Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag GmbH. 154-171.
- Fürst, Dietrich (2007), „Regional Governance“. In: Benz, Arthur / Lütz, Susanne / Schimank, Uwe / Simonis, Georg (Hg.), Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 353-365.
- Gabbe, Jens (2006), „Grenzübergreifende Zusammenarbeit – Eine politische Priorität der EU“. In: Alemann, Ulrich von / Münch, Claudia (Hg.), Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 383-394.

- Geißel, Brigitte (2007), „Zur (Un-) Möglichkeit von Local Governance mit Zivilgesellschaft: Konzepte und empirische Befunde“. In: Schwalb, Lilian / Walk, Heike (Hg.), Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 23-38.
- George, Alexander L. / Bennett, Andrew (2005), Case Studies and Theory Development in the Social Sciences. Cambridge: MIT Press.
- Gläser, Jochen / Laudel, Grit (2006), „Experteninterviews“. In: Gläser, Jochen / Laudel, Grit (Hg.), Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 107-190.
- Granovetter, Mark (1985), „Economic Action and Social Structure. The Problem of Embeddedness“. American Journal of Sociology, Vol. 91, Nr. 3, 481-510.
- Gray, Tim S. (2005), „Theorising about participatory fisheries governance“. In: Gray, Tim S. (Hg.), Participation in Fisheries Governance. Dordrecht: Springer (= Reviews: Methods and Technologies in Fish Biology and Fisheries, Vol. 4). 1–25.
- Griffin, Liza (2010), „Governance Innovation for Sustainability: Exploring the Tensions and Dilemmas“. Environmental Policy and Governance. Vol. 20, Nr. 6, 365-369.
- Hayek, Friedrich A. von (1969), Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) (= Walter Eucken Institut Freiburg. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen, Nr. 5).
- Helfferrich, Cornelia (2011), „Interviewplanung und Intervieworganisation“. In: Helfferrich, Cornelia (Hg.), Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 167-193.
- Héritier, Adrienne (2002), „New Modes of Governance in Europe: Policy-Making without Legislating?“. In: Héritier, Adrienne (Hg.), Common Goods. Reinventing European and International Governance. Maryland / Oxford: Rowman & Littlefield Publishers. (=Governance in Europe Series). 185-205.
- Himmel, Wolfgang (2000): „Lernende Region Bodensee – innovativ, integrativ und interaktiv. Dokumentation der KBE-Fachtagung „Neue Lernwelten“ vom 28./29.09.2000 in Bensberg.“. URL: [http://translake.org/tl\\_files/translake-content/publikationen/Himmel\\_Oeffnung.pdf](http://translake.org/tl_files/translake-content/publikationen/Himmel_Oeffnung.pdf) [Stand: 12.04.2016].
- Himmel, Wolfgang (2003), „Lernende Region Bodensee – Reflexion über den Gestaltungsprozess regionaler Netzwerke“. In: Matthiesen, Ulf / Reutter, Gerhard (Hg.), Lernende Region – Mythos oder lebendige Praxis. Bielefeld: Bertelsmann Verlag. 182 – 189.

- Holtkamp, Lars (2007), „Local Governance“. In: Benz, Arthur / Lütz, Susanne / Schimank, Uwe / Simonis, Georg (Hg.), Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 366-377.
- Hopf, Christel (1978), „Die Pseudo-Exploration – Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung“. Zeitschrift für Soziologie. Vol. 7, Nr. 2, 97-115.
- Hysing, Erik (2009), „From government to governance? A comparison of environmental governing in Swedish forestry and transport“. Governance. An International Journal of Policy, Administration, and Institution. Vol. 22, Nr. 4, 647–672.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2016): „Organization“. URL: <http://www.ipcc.ch/organization/organization.shtml> [Stand: 12.04.2016].
- Internationale Bodensee Konferenz (IBK) (2008): „Leitbild der internationalen Bodensee Konferenz (IBK) für den Bodenseeraum“. URL: [http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/8942/ibk\\_leitbild\\_22.8.2008\\_mitTitel.pdf?fd=3](http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/8942/ibk_leitbild_22.8.2008_mitTitel.pdf?fd=3) [Stand: 12.04.2016].
- Internationale Bodensee Konferenz (IBK) (2013): „Übersicht grenzüberschreitender Projekte und Akteure im Bereich Energie in der internationalen Bodenseeregion“. URL: <http://www.bodenseekonferenz.org/bausteine.net/f/10173/AWEL> [Stand: 12.04.2016].
- Interreg ABH (2008): „Endbericht Projekt Nr. 127: *Lernende Verwaltung* in der Region Bodensee“. URL: <http://interreg.org.w00870d0.kasserver.com/ViewDownloadsExec.php?targetid=320&fileid=250> [Stand: 12.04.2016].
- Interreg ABH (2011): „Schlussbericht für das Projekt Nr. 118. „Städte gestalten Zukunft““. URL: <https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwi9vsn0g9rLAhUGExoKHTD7BJAQFggcMAA&url=http%3A%2F%2Finterreg.org.w00870d0.kasserver.com%2FViewDownloadsExec.php%3Ftargetid%3D320%26fileid%3D387&usg=AFQjCNGOFkgddliXEJy8WycTQ5BjAxwDmw&bvm=bv.117604692,d.bGQ> [Stand: 12.04.2016].
- Interreg ABH (2014): „Schlussbericht für das Projekt Nr. 249. „2000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion““. URL: <http://interreg.org.w00870d0.kasserver.com/ViewDownloadsExec.php?targetid=320&fileid=534> [Stand: 12.04.2016].
- Interreg ABH: „Über Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“. URL: <http://www.interreg.org/programm/InterregV/ueberABH> [Stand: 12.04.2016].
- Jahn, Detlef (2013), „Strategien zur Auswahl von Fällen“. In: Jahn, Detlef (Hg.), Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS. 226-253.

- Kaiser, Robert (2014), „Konzeptionelle und methodologische Grundlagen qualitativer Experteninterviews“. In: Ehrhart, Hans-Georg / Frevel, Bernhard / Schubert, Klaus / Schüttemeyer, Suzanne S. (Hg.), *Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung*. Wiesbaden: Springer VS (= Elemente der Politik). 21-49.
- Kemp, René / Parto, Saeed / Gibson, Robert B. (2005), „*Governance for Sustainable Development: moving from theory to practice*“. *International Journal Sustainable Development*. Vol. 8, Nr. 1/2, 12-30.
- Kessler, Stefan / Schmausser, Erik (2011), *Regionalstudie 2000-Watt-Gesellschaft. Interreg IV „Städte gestalten Zukunft“*. Kurzfassung. Zürich: Amstein + Walthert AG / Infrac AG.
- Köhler, Stefan (2007), „Zukunftsregion Bodensee-Oberschwaben“. In: Köhler, Stefan (Hg.), *Wachstumsregionen fernab der Metropolen: Chancen, Potentiale und Strategien*. Hannover: Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (= Arbeitsmaterialien der ARL, Nr. 334). 104-115.
- Lamnek, Siegfried (2005), „Qualitatives Interview“. In: Lamnek, Siegfried (Hg.), *Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch*. Weinheim / Basel: Beltz Verlag. 329-407.
- Landman, Todd (2000), *Issues and Methods in Comparative Politics. An Introduction*. London / New York: Routledge.
- Lange, Philipp / Driessen, Peter P.J. / Sauer, Alexandra / Bornemann, Basil / Burger, Paul (2013), „Governing Towards Sustainability – Conceptualizing Modes of Governance“. *Journal of Environmental Policy & Planning*, Vol. 15, Nr. 3, 403-425.
- Lauth, Hans-Joachim / Winkler, Jürgen (2010), „Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft“. In: Lauth, Hans-Joachim (Hg.), *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 39-72.
- Linz, Manfred (2004), *Weder Mangel noch Übermaß. Über Suffizienzforschung*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (= Wuppertal Papers, Nr. 145).
- Luhmann, Niklas (1984), *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt / Main: Suhrkamp Verlag.
- Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W. (1995), „Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus“. In: Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W. (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag (= Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, Band 23). 39-72.
- Mayring, Philipp (1983), *Grundlagen und Techniken qualitativer Inhaltsanalyse. Dissertation*. Weinheim: Beltz Verlag.

- Mayring, Philipp (2002), „Verfahren qualitativer Analyse“. In: Mayring, Philipp (Hg.), Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim / Basel: Beltz Verlag. 65-134.
- Mayring, Philipp (2015a), „Techniken qualitativer Analyse“. In: Mayring, Philipp (Hg.), Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim / Basel: Beltz Verlag. 50-114.
- Mayring, Philipp (2015b), „Qualitative Inhaltsanalyse am Computer“. In: Mayring, Philipp (Hg.), Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim / Basel: Beltz Verlag. 115-122.
- Meadowcroft, James / Farrell, Katherine N. / Spangenberg, Joachim (2005), „Developing a framework for sustainability governance in the European Union“. International Journal Sustainable Development. Vol. 8, Nr. 1/2, 3-11.
- Moosbrugger, Mathias (2007), Grenzüberschreitende Kooperationen in der Bodenseeregion. Ein historischer Überblick. Regensburg: Roderer Verlag (= Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung, Nr. 4).
- Mürle, Holger (1998), Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) (= INEF Report, Heft 32).
- Nohlen, Dieter / Grotz, Florian (2011), Kleines Lexikon der Politik. München: Verlag C. H. Beck (= Beckische Reihe).
- Novatlantis (2015): „2000-Watt-Gesellschaft“. URL: <http://www.novatlantis.ch/forschung/2000-watt-gesellschaft/> [Stand: 12.04.2016].
- Röber, Jörg (2012), „Der See vereint, der See trennt“. Politische und administrative Kooperationsbeziehungen in der Bodenseeregion“. In: Jansen, Stephan A. / Stehr, Nico / Schröter, Eckhard (Hg.), Positive Distanz?: Multidisziplinäre Annäherungen an den wahren Abstand und das Abstandwahren in Theorie und Praxis. Wiesbaden: Springer Verlag (= zu | Schriften der Zeppelin Universität. Zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik). 311-339.
- Robichau, Robbie Waters (2011), „The Mosaic of Governance: Creating a Picture with Definitions, Theories, and Debates“. The Policy Studies Journal. Vol. 39, Nr. S1, 113-131.
- Scharpf, Fritz W. (2000), „Der akteurzentrierte Institutionalismus“. In: Scharpf, Fritz W. (Hg.), Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Verlag Leske + Budrich GmbH. 73-94.
- Scharpf, Fritz W. (2000), „Einleitung“. In: Scharpf, Fritz W. (Hg.), Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Verlag Leske + Budrich GmbH. 17-45.
- Scherer, Roland / Walser, Manfred (2009), „Regionen und ihr Blick in die Zukunft. Die Entwicklung der Zukunftsvorausschau auf der regionalen Ebene am Beispiel der Regio Bodensee“.

- In: Popp, Reinhold / Schüll, Elmar (Hg.), *Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*. Berlin / Heidelberg: Springer-Verlag (= *Zukunft und Forschung*, Band 1). 357-368.
- Scherer, Roland / Zumbusch, Kristina (2011), „Limits fir successfull cross-border governance of environmental (and spatial) development: the Lake Constance Region“. *Procedia Social and Behavioral Sciences*. Vol. 14, 101-120.
- Scherer, Roland / Zumbusch, Kristina (2013), *SWOT-Analyse des INTERREG V-Programmgebiets Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein*. St. Gallen: Institut für Systemisches Management und Public Governance der Universität St. Gallen (IMP-HSG).
- Schimank, Uwe (2007), „Neoinstitutionalismus“. In: Benz, Arthur / Lütz, Susanne / Schimank, Uwe / Simonis, Georg (Hg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 161-175.
- Schimank, Uwe / Werle, Raymund (2000), „Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit“. In: Werle, Raymund / Schimank, Uwe (Hg.), *Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit*. Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag (=Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, Band 39). 9-20.
- Schmausser, Erik / Fitz, Sven / Vogel, Urs / Kessler, Stefan / Moret, Fabia / Sigrist, Donald / Peter, Martin / Oettli, Bernhard (2011), *Regionalstudie 2000-Watt-Gesellschaft Bodensee. Interreg IV „Städte gestalten Zukunft“*. Zürich: Amstein + Walthert AG / Infrac AG.
- Schwalb, Lilian / Walk, Heike (2007), „Blackbox Governance – Lokales Engagement im Aufwind?“. In: Schwalb, Lilian / Walk, Heike (Hg.), *Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 7-20.
- Schweizerischer Bundesrat (BR) (2002): „Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002. Bericht des Schweizerischen Bundesrates“. URL: <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/1596.pdf> [Stand: 12.04.2016].
- Stadt Schaffhausen (2014): „Ergebnis der Abstimmung über die '2000-Watt-Gesellschaft'“. URL: <http://schaffhausen.ch/news/20E99EEA-8EB4-4455-ACBE5D80CF81F09D.htm> [Stand: 12.04.2016].
- Stadt St. Gallen (2014): „Wir leben 2000 Watt – Die Energiezukunft hat begonnen. Einladung zum Informationsanlass im Projekt »Die 2000 -Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion«“. URL: [http://www.stadt.sg.ch/news/14/2014/09/wir-leben-2000-watt--die-energiezukunft-hat-be-gonnen0/\\_jcr\\_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download\\_0.ocFile/2000Watt%20Einladung%2BProgramm%20SG.pdf](http://www.stadt.sg.ch/news/14/2014/09/wir-leben-2000-watt--die-energiezukunft-hat-be-gonnen0/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download_0.ocFile/2000Watt%20Einladung%2BProgramm%20SG.pdf) [Stand: 12.04.2016].

- United Nations (UN) (1987), *Our Common Future. Report of the World Commission on Environment and Development*. Oslo: United Nations.
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (2009): „Report of the Conference of the Parties on its fifteenth session, held in Copenhagen from 7 to 19 December 2009”. URL: <http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/11a01.pdf> [Stand: 12.04.2016].
- VERBI GmbH (2016): „MAXQDA. The Art of Data Analysis”. URL: <http://www.maxqda.de/> [Stand: 12.04.2016].
- Wald, Andreas / Jansen, Dorothea (2007), „Netzwerke“. In: Benz, Arthur / Lütz, Susanne / Schimank, Uwe / Simonis, Georg (Hg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 93-105.
- Walser, Manfred (2006), *Regionale Netzwerke für lokales Handeln. Die Bodensee Agenda 21 zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in der Regio Bodensee. Eine Fallstudie*. St. Gallen: Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus, Universität St. Gallen (= Working Paper).
- Wang, XiaoHu / Hawkins, Christopher V. / Lebrede, Nick / Berman, Evan M. (2012), „Capacity to Sustain Sustainability: A Study of U.S. Cities”. *Public Administration Review*. Vol. 72, Nr. 6, 841-853.
- Zäch, Christian / Pütz, Marco (2014), „Regional Governance in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: Eine Analyse des INTERREG-Programms ‚Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein‘“. *disP – The Planning Review*. Vol. 50, Nr. 4, 29-42.

## 10. Anhang

### A. Interviewsample

Die Interviews wurden in zwei Erhebungsphasen durchgeführt (Phase 1: 10. – 12.02.2016; Phase 2: 01.03.2016). Insgesamt wurden zehn am Projekt *Wir leben 2000 Watt* beteiligte Akteure interviewt.

<b>durchgeführte Interviews</b>		
Nr.	Wann?	Wer?
1 und 2	10.02.2016, 14 – 15:15Uhr	Christiane Kaluza-Däschle, Leiterin Umweltschutzstelle, Stadt Singen  Markus Zipf, Klimaschutzmanager, Stadt Singen (vertrat früher als Klimaschutzmanager die Stadt Radolfzell)
3	10.02.2016, 17:15 – 18:15Uhr	Felix Pfäfflin, Kommunikationsagentur Die Regionauten
4	11.02.2016, 10 -11Uhr	Carmen Günther, Projektleiterin Fachstelle Nachhaltige Entwicklung, Stadt Winterthur
5	11.02.2016, 14 – 16:30Uhr	Massimo Pedretti, Energieprojekte Amt für Umwelt und Energie, Stadt St. Gallen
6	12.02.2016, 8:15 – 9:00Uhr	Gabor Mödlagl, Gruppenleiter Umwelt im Bauamt, Stadt Feldkirch
7	01.03.2016, 11 – 12Uhr	Wolfgang Himmel, Koordinationsbüro translake
8 und 9	01.03.2016, 14:15 – 15:15Uhr	Martin Wichmann, Leiter Amt für Stadtplanung und Umwelt Heublein, Lorenz, Energie- und Klimaschutzprojekte
10	01.03.2016, 17 – 18:30Uhr	Urs Capaul, Leiter Umweltbereich im Amt für Stadtplanung
<b>weitere angefragte Kontakte</b>		
	Stadt Arbon	Vertreter pensioniert, Nachfolger nicht mehr am Projekt beteiligt.
	Stadt Überlingen	Stelle des Umweltkoordinators derzeit nicht besetzt, ansonsten ist kein Mitarbeiter in das Projekt eingearbeitet
	Stadt Gossau	keine Rückmeldung, Vertreter der Städtischen Werke

**Tab. 2:** Interviewsample (Quelle: Eigene Darstellung).

## B. Interviewleitfaden

Der folgende Leitfaden wurde für die Vertreter der Städte in der ersten Phase (10.02. – 12.02.2016) gebraucht. Anschliessend wurde dieser für die Interviews in der zweiten Phase (01.03.2016) leicht angepasst und konkrete Nachfragen zu noch offenen Punkten aufgenommen. Der Leitfaden für die Vertreter der vom Projekt beauftragten Koordinations- und Kommunikationsbüros wurde ebenso adaptiert.

Leitfragen	Check – was wurde erwähnt? Memo für mögliche Nachfragen.
<b>I. Institutioneller Kontext</b>	
1. Schildern Sie kurz Ihre Position / Ihre Aufgabenbereiche in der Kommune!	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wem sind Sie unterstellt – Amt für Umwelt und Energie? Bürgermeisteramt?</li> <li>- Personelle Ressourcen?</li> </ul>
2. Welche Rolle kam Ihnen im Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i> zu?  Seit wann sind Sie persönlich beteiligt und seit wann Ihre Kommune?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Administrative Aufgaben?</li> <li>- Haben Sie bereits am Vorläuferprojekt <i>Lernende Verwaltung / Städte gestalten Zukunft</i> / Regionalstudie (partizipativ gestaltet) teilgenommen? Wie waren Sie involviert?</li> </ul>
3. Das Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i> verfolgt die Ziele der Energieeffizienz, des Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie der Suffizienz.  Welche Bestrebungen, welches Engagement gibt es hierzu bereits in Ihrer Kommune?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- NH-Strategie / Energiestrategie?</li> <li>- Indikatoren / Monitoring / Evaluation?</li> <li>- Austausch zwischen den Sektoren / Verwaltungseinheiten?</li> <li>- Zertifizierung der Kommune mit dem eea? als Energiestadt? e-5 Label?</li> <li>- Zusammenarbeit mit / Anreize für Energieversorger, bzw. -berater / Unternehmer*innen / Bürger*innen</li> <li>- Partnerschaften / Austausch mit anderen Kommunen (auch grenzüberschreitend?)</li> </ul>
4. Das Projekt der <i>Wir leben 2000 Watt</i> verfolgt klare, politische Ziele mit langfristiger Perspektive.  Wie verbindlich und wirksam wurden diese in der lokalen und regionalen Politik verankert?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Welche Herausforderungen gab es? Welche Lösungswege wurden gefunden?</li> <li>- Handlungsempfehlung der Regionalstudie: Entwicklung einer Charta der 2000-Watt-Städte der int. Bodenseeregion und deren Beschluss durch die Kommunen – hat dies stattgefunden?</li> </ul>

<b>II. Städtenetzwerk – Akteure, Interaktionen</b>	
<p>5. Schildern Sie kurz die Entstehung des Projekts (inkl. Vorgeschichte)!</p> <p>Wie wurde Ihre Kommune involviert?</p> <p>Bestanden bereits frühere Kooperationen mit den beteiligten Städten?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kooperationen innerhalb des eigenen Landes?</li> <li>- Grenzüberschreitende Kooperationen?</li> </ul>
<p>6. Was waren die Gründe, weshalb Sie sich entschieden haben, an dem Projekt teilzunehmen?</p> <p>Welche Vorteile haben Sie in einer Teilnahme gesehen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachhaltigkeits- / Energiestrategie der Stadt?</li> <li>- Austausch von Knowhow? Raum für Innovation? Wechselseitiges Lernen?</li> <li>- Finanzielle Anreize?</li> <li>- Vorteile von Netzwerken: Verantwortlichkeiten / Spezialisierungen?</li> </ul>
<p>7. Wie liefen Planungs- und Entscheidungsprozesse ab?</p> <p>Was waren zentrale Herausforderungen / Erfolgsfaktoren?</p> <p>Gab es Unterschiede in der Beteiligung der Kommunen? Weshalb?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ungleiche personelle / finanzielle Ressourcen?</li> <li>- Finanziell: wie wurden Interreg-Gelder auf die Kommunen verteilt? Mussten diese extra etwas beisteuern?</li> <li>- Assymetrische Informationsvermittlung?</li> <li>- Unterschiedliche politische Ebenen?</li>   <li>- Findung und Entscheidung gemeinsamer Verständnisse / Ziele / Massnahmen (und deren Umsetzung)?</li> </ul>
<p>8. Das Projekt sieht die Erreichung folgender Akteurebenen vor: Politik und Verwaltung, Energieversorger und – dienstleister sowie Bürger*innen.</p> <p>Wie wurden diese beteiligt?</p> <p>Wurden diese bereits in Planungs- und Entscheidungsprozesse involviert?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Herausforderungen?</li> <li>- Vorteile?</li> <li>- Erfolgsfaktoren?</li> </ul> <p>Involviert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Energiefachstellen</li> <li>- Bürger*innen</li> <li>- Unternehmer*innen</li> <li>- Politiker*innen</li> </ul>

<b>III. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit</b>	
<p>9. Die Zusammenarbeit der Städte in der Bodenseeregion ist durch verschiedene Rahmenbedingungen bezüglich der Gesetzgebung, der zugesprochenen Kompetenzen sowie der klima- und energiepolitischen Ziele geprägt.</p> <p>Wie wurde mit dieser Herausforderung umgegangen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Welche Schwierigkeiten gab es?</li> <li>- Wie wurden diese überwunden?</li> <li>- Was waren Erfolgsfaktoren?</li>   <li>- Wie wurde ein ganzheitliches und vernetztes Vorgehen auf interkommunaler Ebene erreicht?</li> </ul>
<p>10. Welches waren weitere zentrale Herausforderungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie wurden diese gemeistert?</li> <li>- Gab es unüberwindbare Differenzen?</li> </ul>
<p>11. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat in der Bodenseeregion eine lange Tradition.</p> <p>Fand eine Kooperation mit bereits bestehenden Netzwerken / regionalen Programmen statt?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- IBK</li> <li>- Energieeffizienzgemeinden</li> <li>- Internationaler Städtebund</li> <li>- Etc.</li> </ul> <p>SWOT Interreg ABH:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- wachsende Redundanz der grenzüberschreitenden Kooperationsnetzwerke</li> </ul>
<b>IV. Abschlussfragen</b>	
<p>12. Das Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i> wurde mit dem <i>Climate Star</i> ausgezeichnet.</p> <p>Wo sehen Sie die Gründe für den Erfolg?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertrauensbildung?</li> <li>- Face-to-face-Kontakt? Regelmässiger Austausch?</li> <li>- Geteiltes Verständnis von NH / Ziele?</li> <li>- Gemeinsamer Planungsprozess?</li> <li>- Bestehende Kontakte zu Akteuren ausserhalb der Verwaltung?</li> </ul> <p><i>Climate Star</i> = Auszeichnung des Klimabündnis Europa; Kategorie: kommunale Netzwerke (Nachhaltigkeit, Multiplikatoreffekt, Medienwirksamkeit, Innovation und Einbindung der Bevölkerung)</p>
<p>13. Zitat Abschlussbericht: „Kultur des gegenseitigen Vertrauens und Verbindlichkeit“ – wie ist diese Ihrer Meinung nach entstanden?</p>	
<p>14. Gibt es Aspekte, die Ihrer Meinung nach nicht berücksichtigt wurden?</p>	

**Tab. 3:** Interviewleitfaden städtische Vertreter (Quelle: eigene Darstellung).

## **C. Vergleich Singen (D) – Feldkirch (A) – Schaffhausen (CH)**

Auf den folgenden Seiten ist die Tabelle der vergleichenden Analyse der drei Städte Singen (D), Feldkirch (A) und Schaffhausen (CH) gelistet. Der Inhalt ist – neben den qualitativen Interviews und der Regionalstudie (Schmausser et al. 2011) – den folgenden Quellen entnommen:

Feldkirch (2006): „Audit-Bericht e5-Zertifizierung“. URL:

[http://www.feldkirch.at/stadt/energieportal/dateien/Auditbericht\\_feldkirch\\_2006\\_Spinnendiagramm.pdf](http://www.feldkirch.at/stadt/energieportal/dateien/Auditbericht_feldkirch_2006_Spinnendiagramm.pdf) [Stand: 12.04.2016].

Feldkirch: „Energieportal“. URL: <http://www.feldkirch.at/stadt/stadt/energieportal> [Stand: 12.04.2016].

Schaffhausen (2011): „Klimaschutz und Energiekonzept. Die Stadt Schaffhausen auf dem Weg zur 2000 Watt Gesellschaft“. URL: [http://www.stadt-schaffhausen.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente/Umwelt\\_Energie/Klima-\\_und\\_Energiekonzept\\_SH\\_Techn\\_Bericht-2011-07-22.pdf](http://www.stadt-schaffhausen.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente/Umwelt_Energie/Klima-_und_Energiekonzept_SH_Techn_Bericht-2011-07-22.pdf) [Stand: 12.04.2016].

Schaffhausen (2011): „Stadtverfassung“. URL: [http://www.rss.stadt-schaffhausen.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente/gesetzestexte/Band\\_1/100.1.pdf](http://www.rss.stadt-schaffhausen.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente/gesetzestexte/Band_1/100.1.pdf) [Stand: 12.04.2016].

Schaffhausen (2012): „Energienstadt-Bericht“. URL:

[http://ds1.dreifels.ch/energienstadt/images/1\\_z\\_Schaffhausen\\_20120924.pdf](http://ds1.dreifels.ch/energienstadt/images/1_z_Schaffhausen_20120924.pdf) [Stand: 12.04.2016].

Singen (2013): „eea-Bericht. Internes Audit“. URL:

[http://inciti.net/data/departement/2/2uws\\_intaudit\\_2013.pdf](http://inciti.net/data/departement/2/2uws_intaudit_2013.pdf) [Stand: 12.04.2016]

Singen (2016): „Umweltschutzstelle“. URL: <http://www.in-singen.de/Umwelt--und-Naturschutz.579.html> [Stand: 12.04.2016].

	Singen (DE)	Schaffhausen (CH)	Feldkirch (AT)
Ausgangslage	Einwohner: ca. 45.500 Gewerbe: 40%, Handel: 24%, sonstige Dienstleistungen: 36%	Einwohner: ca. 34.500 Gewerbe: 32%, Handel und sonstige Dienstleistungen: 68%	Einwohner: ca. 30.500 Gewerbe: 30%, Handel: 20%, sonstige Dienstleistungen: 50%
	Primärenergiebedarf: ca. 5400 Watt CO2-Emissionen: ca. 7t Strommix: 17% fossile, 46% nukleare 37% erneuerbare Energieträger	Primärenergiebedarf: ca. 5400 Watt CO2-Emissionen: 6,7t Strommix: 2% fossile, 52% nukleare und 46% erneuerbare Energieträger	Primärenergiebedarf: 3500 Watt CO2-Emissionen: ca. 7t Strommix: 17% fossile, 0% nukleare und 83% erneuerbare Energieträger
AV: Output	Broschüre: mit Grusswort des Singener Oberbürgermeisters an alle HH (Auflage: 21.000) Plakatkampagne: 2000-Watt-Folie an der Rückseite der Stadtbusse; A3-Plakate in den Stadtbussen; A1-Plakate im ganzen Stadtgebiet, einschliesslich der Ortsteile Werbetor (6x6m): am südlichen Ortseingang; wöchentlich wechselnd: <i>Besser Leben mit weniger Energie</i> und <i>Wir leben 2000 Watt</i> Werbeflyer (5x1m): an 6 verschiedenen Standorten im Stadtgebiet (meist grosse Kreuzungen), in unregelmässigen Abständen über ein bis zwei Wochen <i>Wir leben 2000 Watt</i> Online: 2000-Watt-Banner auf städtischer Website Print: 2000-Watt-Logo bei Artikeln zum Thema Klimaschutz in den städtischen Medien	Broschüre: an Schaffhauser Schulen der Oberstufe verteilt; im Energiepunkt, in der Stadtplanung; an Eltern der Kinder des Puppentheaters Flyer: im Energiepunkt, in der Stadtplanung Plakatkampagne: in städtischen Bussen Website: Tablet mit Website-Verlinkung im Energiepunkt	Broschüre: Beilage der Stadtzeitung, an alle Feldkircher HH + 16.000 externe Bezieher; an Schulen, im Rathaus Bürgerservice, bei themenspezifischen Veranstaltungen Plakatkampagne: Plakate an Bushaltestellen, im Landkrankenhaus, am Bahnhof, im Handel und in der Gastronomie; Beschriftung auf Stadt- und Landbus; Bewerbung auf Feldkircher Fahrplänen / Display in Bussen
	Puppentheater: auf Freizeit der Waldeckschule, in städtischen Kindergärten	Puppentheater: sämtliche Kindergärten und Unterstufenklassen der Primarschule	Puppentheater: bei einer öffentlichen Veranstaltung im Theater, auf der Vorarlberger Umweltwoche, in Feldkircher Kindergärten; insgesamt: ca. 600 Kinder erreicht

	<p>2000-Watt-Menü: Aktionstag mit Singener Gastronomiebetrieben</p>	<p>2000-Watt-Menü: in Kochsendung im Schaffhauser Fernsehen (während einer ganzen Woche periodisch ausgestrahlt); Angebot in einem Restaurant; Auslage von Rezepten am Happy-Nature-Day</p>	<p>2000-Watt-Menü: Feldkircher Grossküchen über persönliche Mail des Feldkircher Bürgermeisters zum Mitmachen eingeladen; Teilnahme: 7 von 10 Grossküchen, 1 kleiner Gastronomie-Betrieb</p>
	<p>2000-Watt-Kit: an 11 Singener Institutionen und Organisationen verteilt 2000-Watt-Saisonkalender / Ausstellung (Woodies): bei städtischen Veranstaltungen</p>	<p>Aktion Clean Film School Contest: Information zur 2000-Watt-Gesellschaft; Animierung von Schülern zur Filmproduktion</p>	<p>2000-Watt-Kit: über persönliche Mail des Feldkircher Bürgermeisters an alle Feldkircher Vereine (340), zwei landesweite Vereine (Klimabündnis Vorarlberg / Vorarlberger Naturschutzbund) sowie den Vorarlberger Umweltgemeindevorband verschickt; Bitte das Projekt zu unterstützen und die Website des Projekts auf ihrer Website zu verlinken Ausstellungen 2000-Watt-Gesellschaft (Woody, Beachflags): an der Vorarlberger Umweltwoche mit einer eigens für die 2000-Watt-Gesellschaft konzipierten Stadtführung <i>Bewusst einkaufen und leben</i> (5 Führungen, ca. 100 Schüler); im Infopoint des Stadtmarketings; an der Eröffnung des Altstoffsammelzentrums und des Kraftwerks Illspitz (ca. 5000 Besucher), am ReUse-Day; jetzt: als Teil des Schulpakets Wanderausstellung an Feldkircher Schulen und bei themenbezogenen städtischen Veranstaltungen 2000-Watt-Schulpaket: Angebot an Schulen (Schuljahr 2014/15); Broschüren, Folder, 2000-Watt-Saisonkalender, Wanderausstellung, Unterrichtsstunden durch Mitarbeiter der Stadt Feldkirch</p>

<p>UV: Polity</p>	<p>Das politische System Deutschlands ist föderalistisch organisiert und in drei Ebenen gegliedert: Bund, Länder und Gemeinden. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Die Gemeinden verfügen über eigene Zuständigkeiten. Die Verfassungen der Gemeinden werden auf Länderebene (Legislative) festgelegt. Gemeinden eines Gebiets können einen Landkreis bilden. Parteien spielen eine zentrale Rolle für die Regierungen auf den jeweiligen Ebenen und bilden oft Koalitionen.</p> <p>Auf Gemeindeebene existiert für die Stadt Singen (Land Baden-Württemberg, Landkreis Konstanz) folgendes zentrales Gremium: der Gemeinderat (Oberaufsicht über Stadtverwaltung; Beschlussfassung; Exekutive). Den politischen Vertretern im Stadtrat unterliegen jeweils Verwaltungseinheiten (Referate).</p> <p>Zudem ist Deutschland Mitgliedsstaat der Europäischen Union.</p>	<p>Das politische System der Schweiz ist föderalistisch organisiert und in drei Ebenen gegliedert: Bund, Kantone und Gemeinden. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Die Gemeinden verfügen über eigene Zuständigkeiten und über eine eigene Verfassung. Durch die in der Schweiz geltende direkte Demokratie können die Bürger per Volksabstimmungen u.a. über Verfassungsänderungen (obligatorisches Referendum) entscheiden oder selbst Gesetzesvorschläge einbringen.</p> <p>Auf Gemeindeebene existieren für die Stadt Schaffhausen (Kanton Schaffhausen) die folgenden zentralen Gremien: der Grosse Stadtrat (Oberaufsicht über Stadtrat und Stadtverwaltung; Legislative) und der Stadtrat (Beschlussfassung; Exekutive). Den politischen Vertretern im Stadtrat unterliegen jeweils Verwaltungseinheiten (Referate).</p> <p>Die Schweiz ist zwar kein Mitgliedsstaat der Europäischen Union, jedoch über bilaterale Abkommen eng mit ihr verbunden.</p>	<p>Das politische System Österreichs ist föderalistisch organisiert und in drei Ebenen gegliedert: Bund, Länder, Gemeinden. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Die Gemeinden verfügen über eigenen Zuständigkeiten Die Verfassungen der Gemeinden werden auf Länderebene festgelegt (Legislative). Gemeinden eines Gebiets können Bezirke bilden. Parteien spielen eine zentrale Rolle für die Regierungen auf den jeweiligen Ebenen und bilden oft Koalitionen.</p> <p>Auf Gemeindeebene existiert für die Stadt Feldkirch (Land Vorarlberg, Bezirk Feldkirch) das folgende zentrale Gremium: der Stadtrat (Oberaufsicht über Stadtverwaltung; Beschlussfassung; Exekutive). Den politischen Vertretern im Stadtrat unterliegen jeweils Verwaltungseinheiten (Referate).</p> <p>Zudem ist Österreich Mitgliedsstaat der Europäischen Union.</p>
-------------------	--	--	--

<p>UV: Politics</p>	<p>Vertreter <i>Wir leben 2000 Watt</i> (seit Regionalstudie im Rahmen des Projekts <i>Städte gestalten Zukunft</i>): Leiterin der <i>Umweltschutzstelle</i>, diese unterliegt dem Fachbereich Bauen, welcher wiederum dem Oberbürgermeister unterstellt ist; ebenso Leiterin des Energieteams im Rahmen des eea-Programms.</p> <p>Die Umweltschutzstelle ist eine Koordinationsstelle für umwelt- und naturschutzrelevante Fragen. Auch ist sie Ansprechstelle für Bürger. Weitere Aufgabengebiete: Baumschutzsatzung, Naturdenkmäler, Umsetzung der im eea enthaltenen Energiestrategie. Personelle Ressourcen: 1 Leiterin, 1 Klimaschutzmanager (früher Vertreter der Stadt Radolfzell für Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i>; in Singen seit Sep- 2015), 1 Arboristin.</p> <p>Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i>: Beschluss des Gemeinderats dem Projekt beizutreten, Beschluss der Charta der 2000-Watt-Städte, Aufnahme der Ziele in städtisches Leitbild, jährliche Berichterstattung im Gemeinderat.</p> <p>Vor dem Projekt <i>Lernende Verwaltung</i> keine grenzüberschreitenden Kooperationen. Aber kommunaler Austausch / Workshops zwischen Konstanz, Radolfzell, Singen und Überlingen.</p>	<p>Vertreter <i>Wir leben 2000 Watt</i> (seit dem Projekt <i>Lernende Verwaltung</i>): Stadtökologin; angestellt im Bereich <i>Umwelt und Energie</i>, dieser unterliegt dem Bereich Stadtplanung, welcher wiederum dem Baureferat unterstellt ist. Verantwortlich für stadtökologische Fragen, Klimaschutz, Energierichtplan, Sicherstellung des Umweltschutzes in der Stadt, etc.</p> <p>Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i>: Mehraufwand (Arbeitszeit, Verantwortung) durch Übernahme der administrativen Aufgaben bzgl. der Interreg-Förderung auf Schweizer Seite ; Abstimmung zur Aufnahme der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in die Stadtverfassung fällt negativ aus, seitdem sind das Thema und die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft nicht mehr unter diesem Namen weiterzuführen.</p>	<p>Vertreter <i>Wir leben 2000 Watt</i> (seit dem Projekt <i>Lernende Verwaltung</i>): Person 1: Gruppenleiter des Bauamts in der Funktion des Stadtbaumeisters; Das Bauamt ist direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. Verantwortlich für Energiestrategien; ebenso Leiter des Energieteams im Rahmen des e5-Programms. Person 2: Leiterin der <i>Umweltabteilung</i>, welche wiederum dem Bauamt unterstellt ist. Verantwortlich für die Koordination von Massnahmen und Projekten im Energiebereich; Besonderheit: die Verantwortung für konkrete Energiethemen ist den jeweiligen Unterabteilungen des Bauamts zugeordnet. Das heisst, das Thema Energie ist nur Teil der Umweltschutzstelle, sondern jede Abteilung des Bauamts weist einen Energiebezug auf. Person 3: Mitarbeiterin aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit, unregelmässige Teilnahme an Treffen.</p> <p>Projekt <i>Wir leben 200 Watt</i>: Beschluss des Stadtrats dem Projekt beizutreten; Aufnahme der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in den Energiemasterplan.</p>
---------------------	---	--	---

	<p>Die Stadtwerke Singen sind ein Eigenbetrieb der Stadt Singen. Sie umfassen u.a. folgende Aufgabenbereiche: Abfallwirtschaft &amp; Wertstoffentsorgung, Abwasserentsorgung, Wasserversorgung und Verkehr.</p> <p>Die Thüga Energie GmbH ist zuständig für die Erdgas-, Strom- und Wärmeversorgung, losgelöst von der Stadt. Es besteht eine Kooperation in der Energieberatung (kompetentes Personal, finanzielle Anreize bei Beratung im Hintergrund).</p>	<p>Die Städtischen Werke Schaffhausen umfassen das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk und bilden ein Referat der Stadt Schaffhausen. Der Grosse Stadtrat legt die Versorgungs- und Geschäftsstrategie der Städtischen Werke fest.</p> <p>Das Energiedienstleistungsunternehmen EtaWatt AG ist eine Tochterfirma der Städtischen Werke und betreut u.a. das Kundenzentrum Energiepunkt.</p> <p>Zusätzlich gibt es noch einen kantonalen Energieversorger, den EKS, welcher die neuen Gemeinden (integriert nach Eingemeindungen) im Stadtgebiet versorgt.</p> <p>Es besteht eine gewisse Konkurrenz zwischen dem städtischen und dem kantonalen Energieversorger. Es ist personenbedingt, wie stark eine Zusammenarbeit angestrebt wird.</p> <p>Die Schaffhauser Verkehrsbetriebe sind dem Finanzreferat unterstellt.</p>	<p>Die Stadtwerke Feldkirch sind ein Unternehmen der Stadt Feldkirch. Sie zeichnen sich durch ein hohes Engagement im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz aus. Sie umfassen u.a. folgende Aufgabenbereiche: Strom-, Wärme- und Wasserversorgung.</p> <p>Der Stadtbus Feldkirch ist auch in die Stadtwerke Feldkirch integriert.</p>
--	---	---	---

<i>UV: Policy</i>	<p>Beschlossene Klima- und Energiepolitische Ziele (bis 2020):</p> <p>EU: 20% höhere Energieeffizienz</p> <p>D: 14% Anteil erneuerbare Wärme, 30% Anteil erneuerbarer Strom, -40% Treibhausgas-Emissionen (Vergleichsjahr 1990)</p> <p>Die Einhaltung der energie- und klimapolitischen Zielsetzungen auf nationaler Ebene würde ein Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ermöglichen.</p>	<p>Beschlossene Klima- und Energiepolitische Ziele (bis 2020):</p> <p>CH: -20% Treibhausgas-Emissionen (Vergleichsjahr 1990)</p> <p>KT Schaffhausen: -20% fossile Endenergie in Gebäuden bei Industrie, Gewerbe, Dienstleistung und Infrastruktur (Vergleichsjahr 1990); -5% fossile Endenergie im Verkehr (Vergleichsjahr 2000)</p> <p>Die Einhaltung der energie- und klimapolitischen Zielsetzungen auf nationaler Ebene würde ein Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ermöglichen.</p>	<p>Beschlossene Klima- und Energiepolitische Ziele (bis 2020,):</p> <p>EU: 20% höhere Energieeffizienz, 20% Anteil erneuerbare Energien am Total, 20% Anteil erneuerbarer Strom</p> <p>A: -14% Treibhausgas-Emissionen (Vergleichsjahr 1990)</p> <p>Der Beschluss zur Energiezukunft Vorarlberg auf Landesebene ist ambitioniert und beinhaltet weitgehend die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft.</p>
	<p>Kommune: Mitglied im Klimabündnis (-50% der Treibhausgasemissionen bis 2030, Vergleichsjahr 1990), eea, Leitbild zu Energie und Klimaschutz (enthält die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft als Leitschnur für die Nachhaltige Entwicklung der Stadt), Zielsetzungen der EU (20/20/20) bis 2020, umfangreiche qualitative Ziele in den Bereichen Nachhaltiges Planen, Bauen und Wohnen, Mobilität, Kultur und Bildung, umwelt- und gesundheitsbewusstes Handeln und Kooperation</p>	<p>Kommune: Mitglied im Verein Klimabündnis (-50% der Treibhausgasemissionen bis 2030, Vergleichsjahr 1990), Energiestadt, eea Gold, Ziele des Aktionsprogramms EnergieSchweiz (für Verwaltung: Verschärfung der Ziele um 10%), Ablehnung der gesetzlichen Verankerung der 2000-Watt-Ziele durch die Bevölkerung</p>	<p>Kommune: Mitglied im Verein Klimabündnis (-50% der Treibhausgasemissionen bis 2030, Vergleichsjahr 1990), e5-Stadt (Vorreiter in Österreich: energieeffizienteste Stadt), umfassendes Umweltleitbild mit Klimaschutzziele und Zielen bezüglich des Anteils erneuerbarer Energien; gemeindeeigene Gebäude: Ziel der Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energiequellen zur Deckung des Gesamtenergiebedarfs von heute 30% auf 55% im Jahr 2020</p>

	<p>Städtische Massnahmen (Auszug): 2000-Watt-Familien vor dem Projekt <i>Wir leben 2000 Watt</i> (Kooperation Radolfzell-Konstanz; Suffizienzthema erstmals behandelt); Engagement bzgl. Energieeffizienz: v.a. im Bereich Gebäude; Engagement bzgl. Erneuerbare Energien v.a. im Bereich Photovoltaik-Anlagen, auch Holzpellet-Anlagen, etc.; Energie-Förderprogramm</p>	<p>Städtische Massnahmen (Auszug): Filmprojekt zu Umweltthemen in Kooperation mit Schulen; finanzielle Anreizaktionen für Elektrowelos, energiesparende Kaffeemaschinen; Energiepunkt: Ausstellung, Klimashop; Aktion mit regionalen Landwirten, Klimakochbuch; Förderprogramm für Gebäudesanierungen; Gesamtverkehrskonzept</p> <p>Im Bereich Energie- und Umweltschutz wird sehr viel in Kooperation mit privaten Organisationen und Trägern realisiert; dies wird durch die geringe Stadtgrösse und die geringen finanziellen Mittel begründet.</p>	<p>Städtische Massnahmen (Auszug): Energiemasterplan zur Verknüpfung und Messung der Aktivitäten im Rahmen des e5-Programms und der 2000-Watt-Gesellschaft; Energieförderung; Energieberatung; Umweltbericht, städtisches Verkehrsmanagement (Fahrradbeauftragter, etc.) Profil als <i>Fahrradstadt</i></p>
--	---	--	---

**Tab. 4:** Vergleich Singen (D) - Schaffhausen (CH) - Feldkirch (A) (Quelle: eigene Darstellung)

